

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie
in Freiheit und Frieden

Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza
eine Einführung
von Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 177.0

00000000000000

Text 177.13.1

Meine Beurteilung der politischen Lage
am Abend meines Lebens
Teil 1

Juli 2024

(Unter den Bedingungen der angeschlagenen Gesundheit geschrieben.)

1. Einleitung

So wie für einen trockenen Alkoholiker der leichte Zugang zum Alkohol eine ständige Gefahr sein soll, seinen Widerstand gegen seine Sucht zu schwächen, so besteht für den politisch denkenden und handelnden Menschen die Gefahr, in die Resignation abzugleiten, wenn seine Bemühungen keinen Erfolg zeigen.¹ Die Abhängigkeit einzelner Menschen vom Alkohol oder vom politischen Erfolg bringt eine Gesellschaft nicht an den Abgrund, wohl aber wenn beide Erscheinungen getrennt oder zusammen zu einer Massenerscheinung werden. In der Politik kann dann die Masse der Gesellschaftsmitglieder in eine resignative Stimmung verfallen, die von den Politikern nichts Positives mehr erwarten und sich selber ohnmächtig fühlen. Es stellt sich eine Berechtigung zum Nichtstun ein (Man kann sowieso nichts machen.) oder eine gewaltbereite Stimmung kommt auf. (Wir werden es denen jetzt mal zeigen.). So oder so oder anders entsteht der Weg, der in den Terrorismus, den Bürger- oder Völkerkrieg führt.

Die Gefahr, in der Resignation abzugleiten, die sich in der aktuell von Kriegen und der Zerstörung der Lebensbedingungen der Menschen zeigt, scheint vielfach wahrgenommen zu werden, denn mir sind in letzter Zeit die Erzählung von der Wirkung des Flügelschlags eines Schmetterling im Süden der Erde, der seine Wirkung im Norden hat, – oder umgekehrt – mehrfach lesend wieder verdeutlicht worden. Diese Erzählung soll ja die Resignation der einzelnen Menschen in der scheinbaren Situation der Wirkungslosigkeit bekämpfen. Die Geschichte vom Flügelschlag des Schmetterling ist aber nicht nur eine manipulierende Erzählung zur Hebung des gesellschaftlichen Wohlbefindens, sondern hat einen Wahrheitskern. Jede Zelle in unserem Körper, dessen Wirkung ja auch nicht unmittelbar wahrgenommen werden kann, hat auch seine Funktion und Wirkung, die nicht unmittelbar wahrgenommen werden kann. Und jeder Mensch ist eben auch eine Zelle in seiner Gesellschaft, die wieder eine Zellenanhäufung in der Weltgesellschaft auf unserer Erde ist.

Ich beschreibe diesen Vorgang hier hauptsächlich, um mir selbst den bequemen – aber unbefriedigenden – Weg in die eigene Resignation zu verbauen. Aber die Geschichte vom Flügelschlag des Schmetterlings alleine genügt noch nicht, um der Resignation zu entgehen, denn die Häufung ihrer Wirkung könnte ja ein weltweites Konzentrationslager oder ein Schlachtfeld sein, das am Ende den letzten Menschen zwingt, sich selber umzubringen, weil er seine

¹ Der Erfolg ist für die politisch aktiven Menschen der stimulierende Alkohol.

Einsamkeit auf dem Erdrich nicht länger erträgt. Wir Menschen sind also gezwungen, die Wirkung vom Flügelschlag zu ergänzen und durch unser Fühlen und Denken eine Richtung zu geben, die ein Ausweg aus dem Tal der Tränen aufzeigt. Und die Flügelschläge der Schmetterlinge als Motivationsschübe ernst zu nehmen, ist kein einzelner Akt, sondern ein nicht endender Prozess, der zu einem Himmel oder einer Hölle auf Erden führen kann.² Und hier kommt es auf jeden einzelnen Menschen an, auf welches Ziel der Prozess ausgerichtet wird. Und das Ziel kann in einer freien Gesellschaft weder durch einen „guten“ Diktator noch durch eine Mehrheit eines demokratischen Organs festgelegt werden, sondern ist und bleibt die Aufgabe jedes einzelnen Menschen. Eine Verweigerung ist hier schlicht nicht möglich, denn eine Enthaltung oder eine aktive Zustimmung bestärkt oder verhindert das, was sich bei den Handlungs- und Entscheidungswilligen als Ziel durchsetzt oder im Nachhinein betrachtet durchgesetzt hat. Das Ziel muss nicht präzise beschrieben sein, es kann auch die Form eines neuen Narratives haben.³ Das Ziel, das sich die Mitglieder einer Gesellschaft geben können kann dann dominant zentristisch, dezentral oder auch gemischt aus beiden reinen Ordnungsformen gebildet sein. Der einzelne Mensch kann dabei eine rationale oder gefühlsmäßige Unterstützung oder den Widerspruch zu der Form, die sich durchzusetzen beginnt, leisten, wenn er die Wirkungen der möglichen Modelle zur Kenntnis nimmt und sich bemüht, ihre jeweilige Wirkung, zu durchdenken. Diese Leistung ist bisher von zu wenigen Bürgerinnen und Bürgern im vorigen Jahrhundert und in diesem, das bald ein Viertel vergangen ist, geleistet worden. Daher wurde die Unsicherheit in Bezug auf das Handeln in der Demokratie und der Wirtschaft verursacht und das Bedürfnis nach einem neuen Narrativ geboren, welches aber noch keine eindeutige Ausrichtung anzeigt.

2. Wiedereinstieg in das Thema „Überwindung der Parteienherrschaft“

Der Wiedereinstieg in das alte, selbst gewählte Thema, das leicht zu einer Überforderung führen kann, habe ich begonnen, als meine körperliche Befindlichkeit meistens wieder zuträglich waren, die familiären Bedürfnisse einigermaßen berücksichtigt wurden und ich zwei Vorträge in der *Fachtagung Erich Mühsam in Oranienburg anlässlich seines 90. Todestages* (meines Geburtsjahres) von Erich Mühsam gehört habe.⁴ Die Motivation dafür ist meinem nachfolgenden wiedergegeben Schreiben vom 1. Juli 2024 zu entnehmen. Der Inhalt der Tagung wurde, soweit ich es verstanden habe, von der *Gustav Landauer-Initiative* gestaltet. Die Teilnahme an

2 Oder bescheidener: ... in der eigenen Gesellschaft führen kann.

3 Siehe: »Narrativ« – eine neue progressive Erzählung Von [Andrea Römmele](https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/narrativ-eine-neue-progressive-erzaehlung-2709/)
<https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/narrativ-eine-neue-progressive-erzaehlung-2709/>

4. Der Zubringerdienst wurde durch meine Frau und eines meiner Söhne geleistet.

dem Teil der Veranstaltung, den ich besuchen konnte, hätte größer sein können. Ich denke, dass hier auch das öffentlich – gesteuerte – Andenken an die Opfer des Nazi-Terrors nach politischer Gesinnung der Opfer vorgenommen wird. Und wenn ein Opfer in der Rubrik Anarchist einsortiert werden kann, dann braucht er auch nicht gewürdigt werden. Das ist politisch bequem und effektiv, schließt aber jene Bausteine im Denken über die Zukunft aus, auf die nicht verzichtet werden kann. Anarchismus heißt nach seinem Begriffsschöpfer Proudhon eben nicht Mord, Terror und Gesetzlosigkeit, sondern Herrschaftslosigkeit. Aber an die Teilhabe der Herrschaft – so kommt man leicht bei der Beobachtung des politischen Betriebes zum Schluss – geht es den meisten Menschen, die ein politisches Amt innehaben oder anstreben. Aber schon das ist ein antidemokratisches Streben, denn auch – wenn eine Vertretung gewählt wird – bleibt die Macht im demokratischen Modell beim Volk. Das heißt aber, die politische Macht muss zum Großteil atomisiert bleiben, und wenn dies nicht Fall ist, angestrebt werden.

00000

Tristan Abromeit ...

abromeit@t-online.de / www.tristan-abromeit.de

1. Juli 2024

Kulturverein Alte Mosterei Eden e. V.
Stuveweg 505
16515 Oranienburg

Warum ich mich in meinen alten Tagen für die Gedenkveranstaltung
in Oranienburg interessiere

Erich Mühsam, die Siedlung Eden und den Vortragenden Dr. Siegbert Wolf

Sehr geehrte Frauen Annett Plaethe und Silke Marienenfeld,
sehr geehrte Herren Martin Meissner und Bruno Weber und
Verehrte Mitglieder der Vorbereitungsgruppe
"90. Jahrestag der Ermordung von Erich Mühsam"

Mir ist es ein Bedürfnis Ihnen zu erklären, warum ich auf meine alten Tage noch für
Erich Mühsam, für die Reformsiedlung Eden und Siegbert Wolf interessiere.

Ich kann nicht behaupten, dass ich ein Kenner des Lebens und Werkes von Erich Mühsam bin. Aber schon vor mehr als einem halben Jahrhundert hat sich in meinem Ge-

dächtnis eingepägt, dass Erich Mühsam der einzige Mensch war, der eine würdige Aussage zum Tod von Silvio Gesell gesprochen oder geschrieben hat. Abgesehen davon taugt sein Name immer wieder auf in Schriften, die in meinem Bestand sind auf, so auch in der Schrift „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik ...im April 1918)“ von Werner Onken vom Mai 2018. Eine Schrift von Rudolf Rocker mit dem Titel „Der Leidensweg von Zensl Mühsam“ Verlag die Freie Gesellschaft, Nov. 1949 ist schon „ewig“ in meinem Bestand.

Von Dr. Siegbert Wolf liegt mir ein Mitschnitt einer Sendung des Hessischen Rundfunks vom September 1981 über Gesell vor. Er ist einer der wenigen, die die Mauer des Schweigens zu Gesell und der Freiwirtschaft in der Alt-BRD durchbrochen hat. Im Gegensatz zu den Antifa-Aktivisten hat er sachlich über Gesell berichtet und nicht versucht die Freiwirte auch mit Hinweisen auf Eden in die politisch rechte Ecke zu stellen und festzunageln.

In der Alt-BRD war der Name Eden bekannt durch die Reformhausprodukte. Aber ich denke, die meisten BRD-Bürger, die den Markennamen kannten, hatte keine Ahnung von der Siedlung Eden. Es war wohl nur eine kleine Minderheit, die sich mit der Bodenrechtsproblematik auseinandergesetzt hatte von daher von der Bedeutung der Siedlung Eden wusste.

Hinweisen möchte ich auch, dass der Verleger von freiwirtschaftlichen Büchern und Schriften, Rudolf Zitzmann, einen Teil seiner Inhaftierung im KZ Sachsenhausen erleiden musste.


https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Zitzmann

Als die Mauer gefallen war, haben meine Frau, zwei Söhne und ich eine Erkundungsfahrt durch die DDR gemacht. Und mir lag daran, Eden nicht nur als Ort in der Literatur sondern konkret in Augenschein zu nehmen.⁵ Da ich mich nicht mehr annähernd genau an diese Zeit erinnern konnte, habe ich in meinem Ordner „Interforum Oranienburg“ zur Hilfe genommen und nach Spuren gesucht. Unsere Erkundungsrundfahrt war im Juni 1990. Ich war später noch einmal zu einer Tagung des *Interforums Oranienburg* vor Ort, habe daran aber keine guten Erinnerungen.

Ich füge diesem Schreiben die nachfolgend benannten Scanns an:

- a) mein Bericht an freiwirtschaftliche Organisationen vom 23. Juni 1990:
 - b) mein Schreiben an den Rat der Stadt Oranienburg vom 23. Juni 1990
 - c) ein Beitrag von mir zum Wandel der Erwachsenenbildung in der DDR vom 24. Juni 1990
- und eine Einladung zu den Oranienburger Kulturtagen vom 23. - 25. November 1990

Ich möchte dann noch auf drei Texte von mir aufmerksam machen:

 142.0 **Hinweise und Anliegen, die zur Gründung von Siedlungsgenossenschaften mit Reformanspruch geführt haben**

Ein Merkzettel für am Bodenrecht Interessierte und Anmerkungen zu den Versuchen von bestimmten linken Gruppen das Anliegen zu desavouieren

⁵ Meinen beigegeführten Bericht von 23. Juni 1990 entnehme ich, dass ich wohl am Rande mitbekommen wollte, was mit der Gründung des Interforums Oranienburg vor sich ging.

von Tristan Abromeit / Abschluss: 12. Oktober 2016 (48 Seiten / 4.832 KB)

 6.1 **Darauf kommt es an!** (108 Seiten, 610 KB)

Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990*
(6.2 Anhang / 6.3 Ergänzungen)

 2.0 **Der Dritte Weg** (75 Seiten, 406 KB)

Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im *März 1980* in Saarbrücken

 2.2 **Umschlag: Titel und Rückseite** (2 Seiten / Bilddatei 92 KB)

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Hier ohne Anhänge!

00000

Wieder zu Hause angekommen lese ich in der HAZ vom Montag, den 8. Juli 2024 den Artikel:

„**Das Gesellschaftsspiel** / Neben der Enttäuschung über das EM-Ausscheiden bleibt Versöhnliches zurück: Dafür ist Bundestrainer Julian Nagelsmann verantwortlich, der ein gesellschaftliches Miteinander fordert. Dass das Turnier politisch ist, zeigt auch der Auftritt der Türken.“ von: H. Manssen, J. Sternberg, P. Strasser. u. N. Weinert

Da mir hier zu wenig direkt zitiert wurde habe ich nach einer anderen Quelle gesucht. Unter dem folgenden Link (https://www.t-online.de/sport/fussball/em/id_100442986/julian-nagelsmann-haelt-flammende-rede-nach-em-aus-gegen-spanien.html) ist in dem vermittelten Text zu lesen ⁶:

Einen Tag nach dem EM-Aus betonte Julian Nagelsmann die Stärke der Gemeinschaft. Er richtete einen flammenden Appell an die Gesellschaft.

Die vergangenen Wochen rund um die [Heim-EM](#) haben Fußball-Bundestrainer [Julian Nagelsmann](#) offensichtlich sehr beeindruckt. Einen Tag nach dem Viertelfinal-Aus des DFB-Teams gegen Spanien, blickte Nagelsmann in einer emotionalen und phasenweise tränenreichen Pressekonferenz auf die Wochen der [EM](#) zurück. Vor allem die Begeisterung und das Gemeinschaftsgefühl im Land haben es Bundestrainer angetan.

⁶ Ob der Hinweis „Quelle: Paul Chesterton“ sich auf den Text oder auf die Bilder bezieht, kann ich nicht ausmachen.

Entsprechend richtete er einen Appell an die Gesellschaft, sich das auch nach dem Turnier beizubehalten.

"Ich glaube, wir leben in einer Zeit, wo jedem das einzelne Posting, sich selbst darzustellen, wichtiger ist als vielleicht eine gemeinsame Stunde zu verbringen", sagte Nagelsmann. "Wir waren lange und ewige Zeiten ein Land der Vereine, wo Menschen zusammenkamen und unterschiedliche Dinge gemacht haben", so Nagelsmann weiter. Das habe von Fußball, über Musikverein und Trachtenverein gereicht.

"Gemeinsamkeit extrem wichtig"

"Die Menschen haben sich mehrmals die Woche getroffen und gemeinschaftlich schöne Stunden verbracht", erinnert er sich. Heute sei es hingegen mehr wert, alleine an irgendeinem Bergsee ein Instagram-Foto zu machen. "Ich glaube, diese Gemeinsamkeit und gemeinsame Dinge zu bewirken sind extrem wichtig."

Es sei nun wichtig zu realisieren, dass Deutschland ein schönes Land sei, in dem viele Dinge mögliche seine, wenn man mehr zusammenhalte und weniger schwarz male. "Ich habe noch nie einen Menschen getroffen, der Dinge alleine macht und dann automatisch schneller, besser, weiter kommt als, wenn er das mit irgendjemandem zusammen macht", sagt Nagelsmann. Es sei ihm wichtig, dass die Einigkeit, die während des Turniers um die Nationalmannschaft geherrscht habe, auch ins normale Leben übertragen werde.

"Wir hatten ein brutales Problem"

Dazu müsse jeder "in seinem kleinen Kreis, in seiner Straße" anfangen, sich gegenseitig zu helfen. Es darum zu versuchen, "sich einfach zu unterstützen, gemeinsam alle Menschen zu integrieren, willkommen zu heißen und ihnen zu helfen, dass sie sich wohlfühlen und auch die Menschen dann für sich zu einen, gemeinsam mit einem selbst an einer besseren Zukunft zu arbeiten", so Nagelsmanns Appell.

Die Menschen hätten einen Hang dazu, Dinge negativ zu betrachten. "Man kann ja immer Probleme sehen und wir haben Probleme im Land, man kann aber auch immer von Lösungen sprechen", sagt der Bundestrainer. "Wir hatten beim [DFB](#) auch ein brutales Problem, aber ich glaube nicht, dass ich in einer PK hier saß und gesagt habe: Ja, wir haben ein Riesen-Problem. Hoffentlich kriege ich das hin. Ich habe gesagt: Wir haben Lösungen", sagt er. Ob die Lösungen funktionierten, müssen man sehen und dann gegebenenfalls den Mut haben, auch nochmal neue Wege zu gehen. Immer nur zu meckern, aber sich nicht selbst verantwortlich zu fühlen, helfe nicht. "Ich glaube, wir können alle anpacken."

Das sind durchaus zu berücksichtigen Worte. Wenn es heißt: >"Ich habe noch nie einen Menschen getroffen, der Dinge alleine macht und dann automatisch schneller, besser, weiter kommt als, wenn er das mit irgendjemandem zusammen macht", sagt Nagelsmann.<

Dann ist das richtig. Der Professor unter anderem für Rechtsphilosophie Dieter Suhr⁷ sagt in seinem Buch „Gleiche Freiheit“, das die Freiheit des Einzelnen oft nur durch Kooperation mit und durch die Anderen gewonnen werden kann. Und doch ist es wichtig, dass der Einzelne sich traut, sein eigenen Fähigkeiten zum Denken und Handeln unabhängig und auch im Widerspruch zu den Anderen einzusetzen.

Natürlich ist ein Hang zum Negativen genauso wenig förderlich, wie die Flucht in die Resi-

⁷ <https://www.dieter-suhr.info/de/>

gnation. Aber die Fähigkeit zum positiven Handeln und die Fähigkeit auf andere zuzugehen sind auch erschöpfbar. Diese Fähigkeiten müssen durch die Art der Gesellschaftsgestaltung erhalten werden. Wenn man aber die Gesellschaft böswillig oder aus Unfähigkeit, so formt, das die große Mehrheit keine Durchblick mehr hat, dann stirbt auch der Wunsch, zu neuen Ufern zu kommen. Das Vakuum wird dann von Führerfiguren oder Gruppen genutzt um die Gesellschaft und ihre Organisationsform so zu formen, dass sich aus Bürgerinnen und Bürgern glückliche Sklaven formen lassen. Das ist nicht nur eine Möglichkeit, sondern die gegenwärtige Wirklichkeit.

Nebenbei: Bei dem Umfang des Zuspruches und der Menge an Gefühlsbewegungen die das Fußballspiel auslöst, kommt bei mir der Verdacht auf, dass diese Spiele jene sind, die dem alten Rom unter dem Begriff „Brot und Spiele“ als Herrschaftsinstrument zugeordnet werden.

Mit der Wiedergabe eines anderen Berichtes aus der HAZ vom 8. Juli 2024 kann ich ebenfalls verdeutlichen, worum es mir geht: (nächste Seite!)

Papst warnt vor „Verlockung des Populismus“



08.07.2024, 00:00 Uhr HAZ Seite 4

Papst Franziskus hat sich besorgt über den Zustand der Demokratie in vielen Ländern geäußert. „Seien wir ehrlich: In der heutigen Welt erfreut sich die Demokratie keiner guten Gesundheit“, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche am Sonntag bei einer Veranstaltung in der norditalienischen Stadt Triest. Zugleich rief er dazu auf, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen, also beispielsweise zur Wahl zu gehen. Wörtlich sagte der Papst: „Gleichgültigkeit ist ein Krebsgeschwür der Demokratie.“ Ausdrücklich warnte er vor einer „Verlockung des Populismus“.

Franziskus äußerte sich zum Abschluss einer einwöchigen Veranstaltungsreihe, in der sich die katholische Kirche insbesondere mit sozialen Fragen beschäftigt hatte. Vor den etwa 1200 Teilnehmern sagte er: „Jeder muss sich als Teil eines Gemeinschaftsprojekts fühlen. Niemand darf sich nutzlos fühlen.“ Hinter der Distanzierung von sozialer Wirklichkeit stecke oft Gleichgültigkeit. Der Papst ging nicht im Detail darauf ein, auf welche Länder sich seine Kritik am Zustand der Demokratie bezieht. Franziskus zeigte

sich auch besorgt über die zurückgehende Wahlbeteiligung in vielen Staaten. „Demokratie verlangt, dass Bedingungen geschaffen werden, sodass jeder sich ausdrücken kann.“ Ausdrücklich appellierte er an die Mitglieder der katholischen Kirche, auch in der Politik Verantwortung zu übernehmen. „Das bedeutet insbesondere Mut, in der öffentlichen Debatte Vorschläge für Gerechtigkeit und Frieden zu machen.“

Der Papst, der mir durch seine Kapitalismuskritik sympathisch ist, sieht müde aus. Dem Papst, der ein Symbol für eine hierarchisch gegliederte Kirche ist, steht es nicht gut an, sich für die Demokratie einzusetzen, es sei denn, er schätzt die Existenzsicherheit der katholischen Kirche in der Demokratie höher ein als in einer Diktatur.

Recht hat er, wenn er gesagt hat: „*Gleichgültigkeit ist ein Krebsgeschwür der Demokratie.*“

Zu fragen ist aber immer, wenn diese Gleichgültigkeit in einem mehr oder weniger ausgeformten demokratischen Staat feststellbar ist, ob diese Gleichgültigkeit von den Regierenden gewollt ist oder aus ihrer Unfähigkeit entsteht. Denn ein gleichgültiges Volk ist mit weniger Widerstand zu regieren als ein solches, das auf seine Mitsprache beharrt.

Die Wahlbeteiligung als Zeichen der Zustimmung der Demokratie zu werten, ist aber fragwürdig. Erstens kollidiert das Urteil mit dem Ausschluss der Stimmen, die der Fünfprozentklausel zum Opfer fallen und zweitens wird die Wahl, so wie die Demokratie bei uns eingerichtet ist, als politische Selbstentmündigung – jeweils für eine Wahlperiode – verstanden. Dem Satz: „*Demokratie verlangt, dass Bedingungen geschaffen werden, sodass jeder sich ausdrücken kann.*“ kann ich voll zustimmen, wenn in dem Wort „ausdrücken“ auch der Inhalt des Wortes „gestalten“ enthalten ist. In der realen Gestalt unserer heutigen Demokratie ist die Bedingung aber nicht erfüllbar. Das hängt mit den Ordnungsformen zusammen, die die Gesellschaftsmitglieder ihrem Staat geben. Die Entwicklung der Staaten geht fast überall in der Richtung der Zentralisierung. Die Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger ist aber nur bei einer ausgeformten Dezentralisierung möglich.

Nach der zitierten HAZ (= Hannoversche Allgemeine Zeitung) trafen bei mir folgende Zeitschriften ein. Es sind der Reihenfolge nach jeweils die aktuellen Ausgaben vom *CGW-Rundbrief* (CGW = Christen für gerechte Wirtschaftsordnung) (www.cgw.de), *Humane Wirtschaft*, (www.humane-wirtschaft.de), *demokratie Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie* (indo@mehr-demokratie.de) und das *PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft* (offizielles Magazin des Wettbewerbes „Großer Preis des Mittelstandes“ (info@op-pt.de))

Diese Anzahl der Zeitschriften, die neben den großen Druck- und digitalen Medien auf die Bürger unserer Gesellschaft einwirken, kann geschätzt sicher mit 100 – der genannten vier – multiplizieren werden. Sie sind aber auch notwendig, weil die großen Medien die Vielfalt des Denkens und Handelns in unserer Republik nicht widerspiegeln.⁸ Die vielen kleinen Zeitschriften liefern sozusagen die unfrisierten Gedanken⁹ in der Politik. Die Ausgaben der von mir genannten Zeitschriften, sollen mir dienen, bestimmte Themen, die geklärt werden müssen, zu benennen.

In keinem Fall geht es mir bei dem, was ich in die Tasten tippe, darum, Personen herunterzusetzen. Wenn die Würde des Menschen als Verfassungsnorm gelten soll, dann hat sie sogar auch noch Geltung für jene Menschen, die die Demokratie verneinen. Die Verfassung und auch das Demokratieprinzip legen nahe, auch mit ungeliebten Gegnern und sogar mit den Demokratiefeinden manierlich umzugehen. Die Logik von der Demokratie besagt nämlich auch, dass das Volk / die Gesellschaft, auf die ihr zugeschriebene direkte und indirekte Herrschaft ganz verzichten kann. Dass dies nicht wünschenswert und nicht ratsam ist, sollte klar sein. Aber die Werbung für eine andere Staatsform unter Strafe zu stellen, kann eine demokratische Staatsform nicht schützen und ist selbst ein Angriff auf die Demokratie.

Die Bewertung von Personen und von Sachthemen, Problemen und Lösungen sollte zumindest in schriftlichen Auseinandersetzungen klar getrennt werden, weil in der Schriftform die Emotionen besser als in der wörtlichen Rede unter Kontrolle gehalten werden können. Auch kann nicht jeder Dissens mit einem Kompromiss – der Heiligen Kuh der Parteienherrschaft – gelöst werden. Mir ist dazu eine Anfrage zu dem Thema von mir bei Prof. Dr. Erich Reigrotzki eingefallen, der einst einen Lehrstuhl für Staatswissenschaft an der Universität in Marburg hatte. Ich füge die Anfrage und Antwort nachfolgend ein.

Tristan Abromeit ...
18. 9. 1991

Herrn
Prof. Dr. Erich Reigrotzki
...
3550 Marburg

Lieber Prof. Reigrotzki,
ich hoffe, sie sind immer noch aktiv an der politischen Meinungsbildung und der wissenschaftlichen Klärung gesellschaftlicher Vorgänge beteiligt.

8 Die Suche nach einer Antwort, warum das so ist, kann sicher viele Seiten füllen.

9 Unfrisierte Gedanken ist ein Titel von dem Polen Stanisław Jerzy Lec .

In der Zeitschrift "Der Dritte Weg" (7/71 und 9/91) haben sich Franz X. Laxy und Ekkehard Lindner über die mangelnde Kompromißfähigkeit der Freiwirtschaftler ausgelassen. Mich reizt es, in das Thema einzusteigen und den Kompromiß als verschleiendes politisches Instrument, das als heilige Kuh behandelt wird, zu entlarven. Ich habe auch meine eigenen Überlegungen dazu, weiß aber, daß Sie sich in der Vergangenheit dazu geäußert haben. Ich nehme an, daß Ihre Aussagen dazu mir helfen könnten, meine zu präzisieren. Ich finde Ihren Text aber nicht mehr. Können Sie mir mit ihrer alten oder aktuellen Interpretation des Problems behilflich sein.

Noch besser fände ich es allerdings, wenn Sie sich selber dazu äußern würden. Ich bitte Herrn Schmülling, dem Redakteur von "Der Dritte Weg", mit einer Kopie dieses Schreibens Ihnen die zum Thema "Kompromiß" bisher erschienenen Beiträge zuzusenden. Seine Anschrift lautet: Wilhelm Schmülling, Erftstr. 57, 4300 Essen 18.

Am Wochenende fahre ich nach Konstanz zur Tagung der INWO. (Kurzhinweis in der Anlage).

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlage

00000

Lieber Tristan Abromeit,

Eben kam Ihr lieber Brief hier in meiner Münchener Wohnung an. Meine Marburger Wohnung gilt zwar noch "amtlich" und sie existiert auch noch und ist jederzeit benutzbar; aber in meinem nunmehr 90. Lebensjahr werde ich hier gut betreut; in Marburg wäre ich allein.

Eben bin ich auf dem Sprung zu meiner Tochter (samt Mann und zwei Kindern) nach Genua zu einem längst fälligen Besuch. Deshalb hier nur eine kurze Bestätigung. Natürlich: Tristan Abromeit: da war die Erinnerung gleich wieder voll da. Garnicht so selbstverständlich für mein Alter aber auch die für mich typischen Namens-Vergeßlichkeit (bald nur noch zwei Namen: mein eigener und . . . Goethe) Und nun das Thema: Wiederum Goethe!

So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück. Sobald ich (in ca. 10 Tagen) zurück bin, werde ich versuchen, die Kontakte wieder herzustellen.

In aller Eile und alter Freundschaft
München 20.09.91

E. R.

00000

Auf der Suche nach den beiden zitierten Briefen von Erich Reigrotzki stieß ich auf zwei Texte von ihm, die wie die weiteren unten verzeichneten Texte von anderen Autoren für das in der Textreihe 177 verhandelte weite Thema Überwindung der Parteienherrschaft, Vertiefung der Demokratie, Frieden zwischen den Völkern und mit der Natur von Interesse sind.

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt
An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
30044 Hannover
Offener Brief vom 1. Mai 2001
Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil
Dokumentation 5 Seite 1 bis 37
Beiträge und Auszüge aus Texte von:

Fritz Penserot: „Die Verwirklichung der Gerechtigkeit in Freiheit“	2
Erich Reigrotzki: Thesen zum Thema „Institutionsabsolutismus“	10
Erich Reigrotzki: Freie Gesellschaft - Ihr notwendiger Wirkraum und ihr notwendiger Gegenpol	12
Seminar für freiheitliche Ordnung: Wir brauchen einen eigenständige Sozialwissenschaft der Kultur	16
Ralf Dahrendorf: Demokratie aus der Basis	17
Fritz Bauer: Die neue Gewalt	28

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.5%20OB%20Lt.%20Doku%2005.pdf>

00000

Jetzt die Impulse aus den genannten Zeitschriften:

Eine Begrüßung auf der Startseite des Internetauftrittes der CGW (Christen für gerechte Wirtschaftsordnung) www.cgw.de

>> Willkommen

“... damit Geld dient und nicht regiert”

CGW-Leitspruch von Prof. Dr. Roland Geitmann ca. 1998 (damals Vorsitzender)

“Geld soll dienen und darf nicht regieren”

Papst Franziskus 2013 <<

Es folgt auf der nächsten Seite der Text von der Titelseite des CGW-Rundbriefes 24 / 2. Mai 2024: Leben wie im Paradies - geht das? Und wie kommen wir da hin?

Workshop der CGW-Beiratstagung am 5. April

**Das Gleichnis vom
Aufwachsen der Saat (Markus**

**4, 26-29) trägt vielleicht
zur Frage bei, wie wir zu
paradiesischen Zuständen
kommen können**

Und er sprach: Mit dem Reich Gottes ist es so, wie wenn ein Mensch den Samen auf das Land wirft und schläft und aufsteht, Nacht und Tag, und der Same sprießt hervor und wächst, er weiß selbst nicht wie.

Die Erde bringt von selbst Frucht hervor, zuerst Gras, dann eine Ähre, dann vollen Weizen in der Ähre. Wenn aber die Frucht es zulässt, so schickt er sogleich die Sichel, denn die Ernte ist da.

Dieses Gleichnis erinnert an das Emtedanklied: *Wir pflügen, und wir streuen den Samen auf das Land, doch Wachstum und Gedeihen steht in des Himmels Hand...*

Der Gedanke fasziniert, bestärkt, ermutigt immer wieder: Arbeitsteilung zwischen Gott und Mensch! Wir müssen anfangen, sonst wird nichts daraus. Aber ob es wirklich reift, liegt nicht bei uns.

Ärgerlich, dass nicht alles in unserer Macht steht - aber auch tröstlich und beruhigend — je nach Sichtweise.

Aber auch unser Anteil ist wichtig: Wie bereiten wir den Boden, was für Samen streuen wir? Die Landwirtschaft steckt viel Aufwand in Samenauswahl und -zucht - viele Jahre wird erprobt, die Ergebnisse verglichen und ausgewählt.

Auch im Sozialen bereiten wir gleichsam den Boden und säen. Wie erziehen wir unsere Kinder, wir setzen Ziele und Regeln im Wirtschaftsleben: Konkurrenz, Verdrängungswettbewerb, unbedingt Bester sein - oder Kooperation, alle bringe ihre unterschiedlichen Fähigkeiten ein und nutzen gemeinsam das Ergebnis. Fängt das nicht schon in der Schule an und im Elternhaus?

Was ist die Ernte von Rüstung und Krieg, von massiven Förderungen der Wirtschaft aus Steuergeldern, Leistungskürzungen in Sozialbereich?

Leider gehen wir hier überhaupt nicht so vor wie bei der Samenzucht von Pflanzen. Es gibt keine Langzeitstudien z.B. über den Nutzen von Förderungen, von einer Kosten-Nutzen-Betrachtung von Rüstung und Krieg (einschließlich der Folgeschäden) ganz zu schweigen.

000

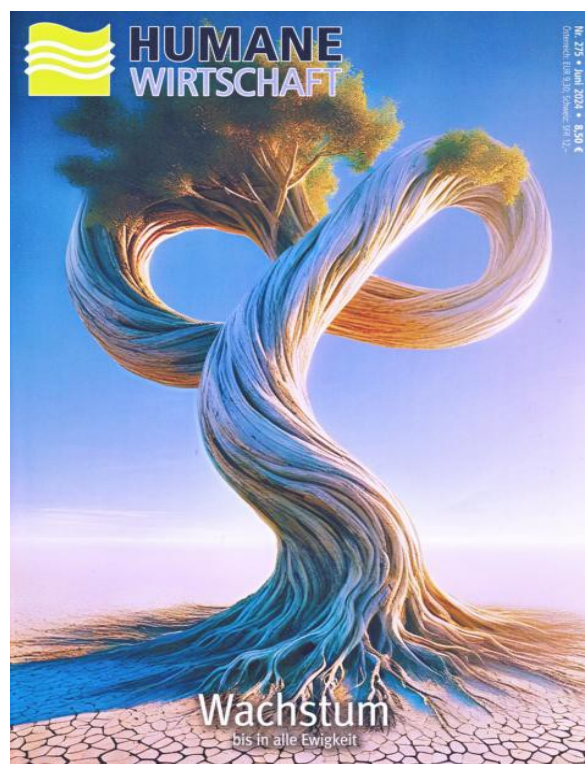
In einer Rezension zu dem Buch von Otfried Höffe, ***Die hohe Kunst des Verzichts. Kleine Philosophie der Selbstbeschränkung***. 192 Seiten, München 2023, Verlag CH. Beck von Jörg Gude heißt es:

Inhalt und Anliegen des Buches sind treffend auf dem Klappentext beschrieben: „Vom Verzicht als Mäßigung der Leidenschaften oder als religiöse Askese über die Einschränkung der eigenen Freiheit bis hin zur großen Verzichtaufgabe, die wir im Angesicht von Klimawandel und Artensterben nicht ignorieren dürfen. Otfried Höffes kurze Geschichte des Verzichts zeigt, dass ein gelingendes Leben ohne die hohe Kunst der freiwilligen Selbstbeschränkung nicht auskommen kann.“

Höffe, selbst ausgewiesener Kant-Kenner, hat im Personenregister die meisten Bezüge zu Kant, Aristoteles, Platon und Nietzsche. Verzicht bedeutet Resilienz gegenüber der Herrschaft des Lustprinzips. Im theologischen und kirchlichen Umfeld vermisst Höffe die Betonung von Verzicht, Askese und Fasten, obgleich es doch um den Auftrag der Bewahrung der Schöpfung geht. Hauptaufgabe der Gegenwart sei die Beendigung des Raubbaus an der Natur und das Überbeanspruchen der Umwelt sowie die Begrenzung des Bevölkerungswachstums. Kollektiver und individueller Verzicht werden erforderlich sein zur Bewältigung.

...

Das Gerede von dem notwendigen Wachstum in der Politik und der Wirtschaftswissenschaft ist in seiner Absolutheit eine Ideologie, besonders dann, wenn Kriege angezettelt werden, um Wirtschaftswachstum (Rendite-Sicherung) zu erhalten oder zu fördern. Die Gestalter der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* versuchen mit dem nachfolgend gezeigten Titelbild der Ausgabe 275 vom Juni 2024 mit der liegenden 8 als Zeichen für das Unendliche in der Grafik und der verdursteten Erde darunter, das Problem visuell zu verdeutlichen.



In der Einleitung des Beitrages „**Das Ende der Wachstumsillusion / Erklärung zur Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels**“ von **Andreas Bangemann** heißt es:

Überall in Europa und in der Welt sind die gesellschaftlichen Verhältnisse durch unermesslichen Reichtum einiger Weniger und weit verbreitete Armut vieler Menschen gekennzeichnet. Um einem weiteren Auseinanderdriften entgegenzuwirken, basieren die meisten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen auf dem uneingeschränkten Glauben an ein

immerwährendes Wirtschaftswachstum. Angesichts der drängenden ökologischen Herausforderungen ist die Suche nach Wegen zur Verknüpfung von Wirtschaftswachstum mit einer nachhaltigen Reduktion des absoluten Ressourcenverbrauchs einschließlich der damit verbundenen CO₂-Emissionen von zentraler Bedeutung. Ziel ist es, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, so dass die Wirtschaft weiter wächst, während der Ressourcenverbrauch kontinuierlich sinkt. Eine einfache Rechnung und die heutige Realität zeigen jedoch, dass dies unmöglich ist. Daher der dringende Aufruf zum Aufwachen und Handeln, denn wir müssen mit der Illusion des unendlichen Wachstums brechen, bevor wir in eine soziale und ökologische Katastrophe stürzen.

...

Schlussfolgerung

Dies ist ein dringender Appell, mit der Illusion des unendlichen Wachstums zu brechen. Das Wachstumsparadigma ist mit dem Erhalt der ökologischen Integrität unvereinbar. Berechnungen zeigen, dass das gegenwärtige Wachstumsmodell langfristig nicht tragfähig ist. Eine sofortige Abkehr davon ist dringend notwendig und erfordert mutige politische Entscheidungen, tiefgreifende wirtschaftliche Reformen und einen breiten gesellschaftlichen Wandel. Nur durch gemeinsames und entschlossenes Handeln können wir eine nachhaltige, gerechte und lebenswerte Zukunft für alle sichern.

Wir dürfen nicht länger warten. Die Zeit zum Handeln ist jetzt.

Dieser Weckruf soll deutlich machen, dass eine Fortsetzung des derzeitigen Wachstumspfad es nicht nur unrealistisch ist, sondern auch unser aller Zukunft gefährdet. Es liegt nun an uns - den Politikerinnen und Politikern, den Wirtschaftsführerinnen und Wirtschaftsführern und jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger - diesen Wandel zu gestalten. Nur wenn ein Ruck durch alle Teile der Weltgemeinschaft geht, werden wir die Herausforderungen meistern und die radikalen Veränderungen herbeiführen können, die notwendig sind, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu sichern.

Felix Fuders kommt in seinem Beitrag zu „**Die UN-Nachhaltigkeitsziele und Silvio Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung**“ zum Schluss:

...

In der NWO ist Wachstum nicht mehr Pflicht

Durch eine Gesellsche NWO könnten wir endlich zu einer „Entwicklung nach menschlichem Maß“ kommen. Der Begriff „Entwicklung nach menschlichem Maß“ wurde von Max-Neef et al. (1991) geprägt und meint eine Entwicklung, in der Menschen ihre fundamentalen Bedürfnisse optimal befriedigen können²⁾. Heute ist Wachstum dagegen ein Selbstzweck und fördert ganz überwiegend die Einkommensungleichheit während nur ein kleiner Teil des Wachstums (wenn überhaupt) der Verbesserung der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient, schematisch dargestellt im linken Teil von Abb. 2. Nach Einführung einer NWO wären wir nicht mehr zu Wachstum gezwungen, aber Wachstum würde andererseits auch nicht verhindert, wenn es notwendig wäre, um fundamentale menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Dadurch, dass Überschüsse nicht wie heute einfach auf Bankkonten gehortet werden könnten, sondern investiert werden müssen, um nicht an Wert zu verlieren, und jede Investition Risiken mit sich bringt, werden wir **automatisch relaxter** in all unserem Tun und Handeln. Es macht dann weniger Sinn als heute, viel mehr zu verdienen als wir ausgeben können.

Anders als heute würde eine solche wirtschaftliche Stagnation nicht zu mehr Arbeitslosigkeit führen. Denn heute müssen wir wachsen, damit die Arbeitslosigkeit nicht zunimmt. Wir wissen anhand der Okunschen (**nach Arthur Okun, 1962**) 3-zu-1-Regel,

dass wir etwa 3 % Wirtschaftswachstum brauchen, damit die Arbeitslosigkeit 1% abnimmt. Wir wissen aus Erfahrung und empirischer Beobachtung, dass es so ist, aber kaum jemand versteht warum. Eine Theorie besagt, dass Unternehmen stets Produktivitätssteigerung anstreben, der Anteil der menschlichen Arbeitskraft an der Arbeitsleistung daher stets abnimmt. Das ist richtig. Aber warum ist das so? Auch das hat mit dem Zins als Opportunitätskosten einer jedweden realwirtschaftlichen Investition zu tun. Wenn ein Unternehmen es nämlich nicht schafft zu wachsen (seinen Umsatz zu steigern), dann wird es versuchen, an andere Stelle zu sparen, um die Rendite mindestens auf dem Niveau des Zinses zu halten, den es bei der Bank erhalten würde. Da menschliche Arbeitskraft in den meisten Unternehmen der größte Kostenfaktor ist, wird man versuchen, hier zu Sparen. Dieser Druck, krampfhaft Kosten zu sparen entfällt in der NWO. ...

Fußnote Fuder: 2 Manfred Max-Neef wurde für seine Theorie als einer der wichtigsten Denker auf dem Gebiet der Entwicklungstheorie anerkannt (Simon, 2016). Zu den Auswirkungen seiner Lehren, siehe Barrera et al. (2023). Max-Neef erhielt 1983 den Right Livelihood Award, der auch als „alternativer Nobelpreis“ bezeichnet wird.



Abb. 2: BIP-Wachstum und Ungleichheit.
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Fuders (2023).

Zum Autor
Prof. Dr. Felix Fuders, M.A.



Jhg. 1975 ist Professor für Mikroökonomie, Ökologische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der *Universidad Austral de Chile*. Direktor des Volkswirtschaftlichen Instituts sowie des *Right Livelihood College – Campus Austral*. Seit 2017 erster Vorsitzender der INWO e. V. Deutschland.

00000

Ich hatte einem Organisator der Mühsam-Veranstaltung um Berichte danach gebeten.

Ich erhielt folgenden Link mit einer Reihe von Ankündigungen der Gedenkveranstaltung.

Ich bekam als Pressespiegel einen ellenlangen Link mit wenigsten ein Dutzend

Ankündigungen der Tagung, aber ich habe nur einen Bericht gefunden, der aus der Rückschau geschrieben wurde.

Bericht danach unter

<https://www.jungewelt.de/artikel/478943.antifaschismus-der-erste-ermordete.html>



Ich füge hier noch einen Link ein, der Mühsams Nachruf und die Erinnerung von Ökonomie-Professor Oswald Hahn an Gesell wiedergeben.

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/schmitt/text8.htm>

Nach den Vorträgen, die ich gehört habe, erfuhr ich in einem Gespräch mit einem Teilnehmer aus Süddeutschland, dass er ein Studium zum höheren (?) Lehramt gemacht hätte, aber zum Referendariat auf Grund des Radikalenerlasses¹⁰ wurde er nicht zugelassen. Die Prüfer hätten von ihm ein Abschwören von seinen anarchistischen Gedanken verlangt ohne dass diese die geringst Ahnung von dem hatten, was Anarchismus bedeutet. Mein Gesprächspartner berichtete, dass er sich ein Arbeitsleben lang als freier Dozent im Bereich der Volkshochschulen durch geschlagen hat. Es ist verrückt, die Demokratie kann man mit Denk- und Symbolverboten nicht schützen, aber sicher Verneiner der Demokratie fördern.

Es war doch damals schon so, dass die politischen Parteien, die die Regierung und die Parlamente dominierten, Bundesbürger in den Links- und Rechtsextremismus getrieben haben. Das galt besonders als der Glanz des Modells „Soziale Marktwirtschaft“ aufgrund von Mängel verblasste. Freiheitliche und gerechte Lösungen für gesellschaftliche Probleme wurden von der herrschenden Politik in der BRD genauso ignoriert wie in der DDR. Aber nicht nur Lehrer taten sich schwer mit den staatlichen Brötchengeber, sondern auch Theologen mit ihren Kirchen.

Es gab nicht nur Theologen, die gegen das Nazi-Regime waren, sondern auch solche, die ihre Schwierigkeiten aufgrund ihres Widerspruchs mit der BRD-Politik und ihren Kirchenleitungen hatten. Für mich ist der Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes in Bückeburg,

¹⁰ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/346271/vor-50-jahren-radikalenerlass/>

Pastor Wilhelm Mensching,¹¹ ein Beispiel dafür. Er hat nach dem Krieg dadurch Versöhnungsarbeit in Bückeberg betrieben, dass er ehemalige Kriegsgegner zusammenbrachte. Das wurde sicher auch von der Politik honoriert, da er aber eine pazifistische Haltung gegen die Wiederaufrüstung einnahm und sich bemühte, den Kontakt zur anderen Seite des Eisernen Vorhanges aufrecht zu erhalten, war das Freundschaftsheim eben nicht förderungswürdig genug. Während andere Begegnungsstätten der Kirchen vom Staat genügend gefördert wurden, um sich zu halten oder gar zu wachsen, musste das Freundschaftsheim einem Einkaufstempel weichen.

Wilhelm Mensching hätte mich 1957 gerne als Hausmeister im Freundschaftsheim engagiert, meinte aber, dass könnte er nicht verantworten. Ich müsse meinen Weg gehen. Einen Weg, den ich selber nicht kannte. Am 23. 4. 1962 schrieb er mir:

Lieber Tristan,
Sehr vielen Dank für Ihren frdl. Brief und das beigefügte Büchlein. ... Ich selbst bin recht herunter mit meinen Kräften. Dazu trug u.a. bei, daß meine liebe Frau seit Mitte Februar krank ist ... und wir keine rechte Hilfe haben. Ich brauche Ruhe, Ruhe, Ruhe nachdem ich zu lange hier war. Wir bemühen uns sehr um eine kleine Wohnung in Hannover ... Nehmen sie bitte mit diesem kurzen Gruß von uns fürlieb. Ich werde Sie in guter Erinnerung behalten. Ihr dankbarer
W. Mensching

000

Nach meinem Ausflug nach Oranienburg zu den Vorträgen über Erich Mühsam und Silvio Gesell erhielt per E-Mail am 11. 07. 2024 folgende Nachricht:

Sehr geehrter Herr Abromeit,
der frühere Pastor Lechner, der locker mit dem Pastor Schiesches in Kontakt gestanden hatte, den ich im Rahmen meiner Aufsätze zu den evangelischen '68er Pastoren kennengelernt hatte, hat sich kürzlich zu seiner Motivation geäußert. Vielleicht interessiert es dich ja auch, was er aus der Rückschau von 50 Jahren dazu denkt: <https://podcastb3a56c.podigee.io>
Schöne Grüße
Carsten Linden

Der Hintergrund: Um die Jahrtausendwende hatte ich auf einer Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN von jungen Leuten das Buch, *Anbruch der Freiheit* von Wolfgang Schie-

11 https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_Freundschaftsheim
<https://dehmlow.de/index.php/de/schaumburg/304-es-war-einmal-das-internationale-freundschaftsheim-ifh-in-bueckeberg>
<https://www.synagoge-stadthagen.de/bildungsarbeit/verfolgte-im-nationalsozialismus/wilhelm-und-anna-mensching.html>
<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/174.3.Freundschaftsheim.persoenerlicher.Kontakt.AK.Anthropologie.pdf>

sches gekauft. Da mir der Autor unbekannt war, hat mich wohl der Titel gereizt oder ich habe den engagierten Werbern für Schiesches einen kleinen Erfolg für ihr Bemühen gegönnt. Ich stellte danach fest, dass Wolfgang Schiesches ein politisch aktiver ehemaliger Pastor war, der in Bremen wohnte. Im August 2009 habe ich bei ihm angefragt, ob ich auf dem Rückweg von einer Beerdigung einer Kusine ¹² in Delmenhorst bei ihm reinschauen könnte. Wir haben ein langes und interessantes Gespräch in angenehmer Atmosphäre geführt.

Im Text 67.0 habe ich unter dem Titel „Jesus, der Unbenannte, der Anarchist, der Pazifist / Gedanken zwischen den Jahren 2008 – 2009 / eigene und weiter getragene von und durch TA“ einzelnen Teile dieser Bemühungen benannt. Dabei hat der Text 67.2 den Titel: „Jesus erklärt, wie er sich eine menschenwürdige Gesellschaft vorstellt: die Anarchie. Und weitere Auszüge aus Anbruch der Freiheit von Wolfgang Schiesches, 1972 „ / Meldungen zu W. Schiesches Beiträge zu Dietrich Bonhoeffer. ¹³

Mein Beitrag zu Schiesches im Netz war wohl die Ursache dafür, dass Carsten Linden, der zu den Theologen im Widerstand gegen die Mehrheitsmeinung in der Kirche und im Staat standen geforscht hat, den Kontakt zu mir aufgenommen. Hier steht der Bericht darüber, um zu zeigen, dass es nicht nur in der DDR seinen Preis hatte, gegen die Vorgaben durch die Politik und mächtigen Institutionen zu stehen.

000

Zwischenbemerkung

Ich bin immer noch dabei wieder in die Position meines Denkens hineinzufinden, wo ich die Erstellung meine Textreihe 177 unterbrechen musste. Dass dabei neue Aspekte oder Erinneretes zu Tage kommen, dürfte nicht verwundern. Ich schreibe ja keinen Roman und auch keine wissenschaftliche Arbeit, sondern sammle Gelesenes und selbst Gedachtes das nicht mehr ohne Niederschrift für die Entwicklung der Demokratie zur Verfügung steht, wenn ich den Rasen von unten ansehe. Das Urteil darüber, ob das von Bedeutung ist, steht anderen zu. Wenn der Zweifel an der Kraft der Mitwirkung der Demokratie immer und bei allen größer wäre, als das Vertrauen auf die eigene Wirkungskraft, dann gäbe es überhaupt keinen Fortschritt. Es gäbe keine Erlösung von dem Durchwursteln in der Politik. Und die Demokratie

¹² Ich habe meiner Kusine Helene Bauer auf meiner Internetseite Platz für einen Teil ihres schriftlichen Nachlass eingeräumt. Helene und ihr Mann Karl haben mir in Bremen Unterkunft gewährt, als ich bei Nord-Mende am Fließband Teile von Fernsehgeräte eingeschraubt habe und später als Eisenflechter auf einer Hochbaustelle tätig war. Helene hat sich nach dem Krieg als Krankenschwester bei der Pflege von Ex-Konzentrationshäftlingen die **Tuberkulose** geholt hat und mit einer halben Lunge ihr Leben bewältigt. Karl ein ehemaliger Klavierbauer und Musiker hatte im KZ seine Gesundheit verloren. Helene hatte ihre Krankheit nur überlebt, weil die Familie des Bruders, meines Großvaters mütterlicherseits, der in jungen Jahren in die USA ausgewandert war, Penicillin geschickt hat, als es hier noch nicht (oder nicht genügend) verfügbar war.

¹³ <https://www.tristan-abomeit.de/pdf/67.0%20Jesus%20Gedanken%20Impulse.pdf>
<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/67.2%20Jesus%20Gedanken%20Schiesches.pdf>
Schiesches: <https://taz.de/Nachruf/15136379/>

wäre überhaupt nicht möglich, wenn die „Weisheit“ der „Dummen“ nicht die „Dummheit“ der „Klugen“ wenigstens zum Teil kompensieren würden.

000

Ich komme zu dem *Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie* des Vereins MEHR DEMOKRATIE. Der Titel der Ausgabe 01.2024 trägt den Titel „Was stärkt die Demokratie“ und der Titel für die Ausgabe 02.2024 lautet: „Ungleichheit und Demokratie“. Gemeint ist die ökonomische Ungleichheit. Es ist ein Thema, das auch von dieser leistungsfähig gewordenen Organisation, die sogar mit Mitgliedern (und Ausschüssen?) des Bundestages korrespondiert, zu wenig beachtet wurde. Ich beobachte die Entwicklung von *Mehr Demokratie e.V.* schon wohlwollend seit der Gründung ihrer Vorgängerorganisation. Der Titel der Ausgabe dieses Magazins 02. 2023 lautet: „35 Jahre Mehr Demokratie / Ein Blick zurück nach vorn.“ Ich hoffe, dass diese Freunde der Demokratie auch noch die Dezentralität als Vorbedingung der Entwicklung der Demokratie entdecken. Das war schon mein Thema in der Tagung »*Bürgerwille und Parteienherrschaft*« in einer Tagung der Ev. Akademie Loccum. Nachzulesen in den den Auszügen des Loccumer Protokolls 8`87. Siehe dazu:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/177.1.Ueberwindung....Buergerwille.u.Parteienherrschaft.Loccumer.Protokolle.8.87.pdf>

Auf den Seiten 26 und 27 der Ausgabe 02.2024 des Magazin von Mehr Demokratie ist folgender Beitrag zum Thema zu lesen:

Wie viel Ungleichheit hält unsere Demokratie aus?

Einleitende Gedanken von Philip Hilgers

Hilgers beginnt wie folgt:

Ungleichheit

Wie viel Ungleichheit hält unsere Demokratie aus?

Einleitende Gedanken von Philip Hilgers

Nein, es geht nicht um Ideologie oder Neiddebatte. Es geht um einen grundlegenden Pfeiler unserer Demokratie, die politische Gleichheit: Schadet materielle Ungleichheit der politischen Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger? Diese Frage beschäftigt eine Arbeitsgruppe „Ungleichheit und Demokratie“, die sich im Rahmen der Mitgliederversammlung im November 2023 zusammengefunden hat, um zu diesem Thema ein Diskussionspapier zu erstellen. Startpunkt war die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland, es wurde jedoch schnell klar, dass eine Beschränkung auf materielle Ungleichheit zu kurz gesprungen ist.

In einer Demokratie sollten alle Meinungen die gleiche Chance im politischen Wettbewerb haben. Eine ungleiche Ausstattung der Menschen mit Vermögen, Bildung, Wissen, Kommunikationsmöglichkeiten, Zugang zu politischen Kontakten etc. gefährdet dieses Prinzip.

Die im internationalen Vergleich extreme Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland ist eine besonders hervorstechende Form der Ungleichheit.

Die Entscheidung, welche Einkommens- und Vermögensverteilung gerecht sein soll, ist Ergebnis des politischen Meinungsbildungsprozesses. Doch was ist, wenn ungleiche Vermögensverteilung die Demokratie gefährdet? Wenn Armut dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger sich nicht einbringen im Meinungsbildungsprozess? Und wenn Besitzende großer Vermögen diesen Prozess zu ihrem Vorteil beeinflussen können? Dann besteht ein Reparaturbedarf an unserer Demokratie.

Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragte Studie zeigt erstmals auch für Deutschland „einen deutlichen Zusammenhang zwischen den getroffenen politischen Entscheidungen und den Einstellungen der Bessergestellten, aber keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang für die Einkommensschwachen.“ (Elsaesser, Hense, Schäfer, 2016). Das Gewicht der politischen Stimme korreliert also mit der Höhe des Einkommens. Die Studie berücksichtigt nicht Vermögen; man kann aber davon ausgehen, dass die ungleiche Vermögensverteilung die politische Ungleichheit noch verstärkt: Für einen Lobbyisten oder eine Lobbyistin ist nicht entscheidend, ob das Gehalt aus Einkommen oder Vermögen bezahlt wird. ...

www.mehr-demokratie.de | Nr. 139 | 02.2024

Wir müssen über Geld reden!

Ein Zwischenbericht zum Bürgerrat Zukunft Steuern –
von Christoph Trautvetter

Im Jahr 2024 wurde schon viel über Geld gesprochen. Aber die eigentliche Frage wird in der aktuellen Ampelkoalition weitgehend ausgeklammert: Wer kann mehr zur gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit beitragen und wer muss am dringendsten entlastet werden? Welchen Beitrag ein Bürgerrat zum Thema Gerechtigkeit und Steuern zur Antwort leisten kann, hat das Netzwerk Steuergerechtigkeit in einem von der Bosch-Stiftung finanzierten Projekt untersucht.

Wie Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird

Entscheidend für ein gutes Leben ist ein auskömmliches Einkommen. 2019 lebten in Deutschland laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nur noch 2,6 Prozent der Menschen mit erheblicher materieller Deprivation, konnten sich also Miete, Heizung, gesunde Ernährung, Waschmaschine oder eine Woche Urlaub im Jahr nicht leisten.

Aber das Einkommen muss nicht nur zum Überleben reichen, es soll auch Partizipation ermöglichen und Respekt vermitteln und der Unterschied zwischen Arm und Reich darf nicht zu groß werden. Da sind sich fast alle Menschen in Deutschland einig. Bei der Verteilung der verfügbaren Einkommen liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld und ist damit weltweit eines der Länder mit der geringsten Ungleichheit – auch dank einer relativ starken Umverteilung durch Steuern und Sozialsystem.

Bei der Vermögensverteilung liegt Deutschland dagegen in der Gruppe der ungleichsten Länder weltweit. Zwei Drittel aller Vermögen gehören den wohlhabenden zehn Prozent und die vier reichsten Familien haben so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Solange es eine verlässliche soziale Absicherung gibt, muss das für das eigene Leben kein Problem sein. Wenn diese gesellschaftliche Absicherung aber

in Frage gestellt wird, löst das bei Menschen ohne eigene Sicherheiten entsprechend große Existenz- und Abstiegsängste aus. Und für die Demokratie ist die extreme Vermögensungleichheit eine große Herausforderung, weil Vermögen gesellschaftlichen Einfluss und Macht vermittelt.

Eine große Mehrheit der Menschen meint, es gehe in Deutschland zu ungerecht zu. Nur einer von zehn Befragten stimmt der Aussage zu, dass wirtschaftliche Gewinne in Deutschland gerecht verteilt werden (Baarck et al, 2022) und eine große Mehrheit spricht sich regelmäßig für eine höhere Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften aus (FES, 2023). Trotzdem kommt die AfD auf hohe Zustimmungswerte; mit einem Programm, das verspricht, vor allem Menschen mit sehr hohen Einkommen zu entlasten und die Steuer auf Erbschaften sogar komplett zu streichen (DIW, 2023 und Spiegel, 2024). ...

Das Magazin ist meines Wissen im Netz abrufbar. Die zitierten Artikel können zu Ende gelesen werden. Und weitere stehen in der benutzten Ausgabe.

www.mehr-demokratie.de / Nr. 139 / 02.2024

Für den Anfang sind die gestellten Fragen und Hinweise von Philip Hilgers und Christoph Trautvetter genug gestellt. Aber das Fragen darf nicht schon vor dem Erscheinen der nächsten Ausgabe des Magazins von Mehr Demokratie e.V. aufhören. Und ich denke, die Fragen nach den Ursachen in der Ökonomie und im Sozialgefüge – der ungleichen Ausstattung der Menschen mit Fähigkeiten und Chancen müssen erst einmal getrennt beantwortet werden, sonst wird aus einem solchen Vorhaben doch eine Neiddebatte. Es geht letztlich um die *gleiche Freiheit*, ein Titel von Dieter Suhr und um die *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus / Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre aus wirtschaftsethischer Sicht von Roland Wirth*.¹⁴

Die Demokratie benötigt die Marktwirtschaft als dezentrale Wirtschaftsordnung. Die Versuche, die Probleme der Marktwirtschaft, die ihr durch die Überlagerung mit dem Kapitalismus entstanden sind, mit dem Fiskalismus zu überwinden, landen über kurz oder lang in der Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW), die nicht an der marxistischen Ideologie gebunden ist. Und eine demokratische Verfassung in der ZVW ist ein schlechter Witz. Und alle Ungleichheit im Sozialgefüge gesetzgeberisch auszugleichen führt zur Einschränkung der Freiheit und wird zur Lüge wie der Titel Soziale Marktwirtschaft für unsere heutige deformierte Wirtschaftsordnung.

000

Ich komme zum *PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft*, dem Offizielles Magazin des Wettbewerbes „Großer Preis des Mittelstandes“ als letzten Impulsgeber nach dem Ausflug nach Oranienburg, der Stadt, mit einem Ort des Drangsals und des Mordens und mit der

14 St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 34

Siedlung Eden, die einst in der Hoffnung gegründet wurde, um im kleinen Maßstab mit an der Schaffung einer besseren Welt zu arbeiten.

Der Aufmacher auf der Titelseite der Ausgabe 3 . 4 / 2024 des PT-Magazins lautet **Mut zum Neustart**. Ich war erst verduzt und fragte mich, ob ich irgendwelche Botschaften überhört oder übersehen hätte, die den Titel eine Berechtigung geben. Eine Besonderheit dieses Magazins ist, das die Empfänger / Leser mit einer Namen und Begrüßungstext auf der Titelseite angesprochen werden. Bei meinem Exemplar ist dort zu zu lesen:

Sehr geehrter Herr Abromeit,

Was zeichnet ein starkes Unternehmen aus? Es ist aus sich selbst heraus stark, unabhängig davon, wer gerade regiert, wer gerade opponiert, oder was gerade für neue - oder alte - Heilsbotschaften herumposaunt werden. Starke Unternehmen werden nicht gepampert, sondern finden auch in unterschiedlichen Umgebungen ihr Geschäftsmodell, ihre Werte, ihren Purpose. Starke Unternehmen gibt es im Netzwerk der Besten. Hier im Heft!

Herzliche Grüße, H. Schmidt & P. Tröger

Die Nennung des Namens des Empfängers im jeweiligen Heft eines Magazins ist nur möglich bei einem festen Abonnenten-Stamm und der Digitalisierung der Drucktechnik. Die Abonnentinnen und Abonnenten wissen meistens natürlich, dass ihre Eitelkeit damit bedient werden soll. Die Gelegenheit mit dem eigenen Namen auf dem jeweiligen Heft Besitzrechte an den Exemplaren nachweisen zu können, wird so selten sein, dass man gerne darauf verzichten kann.

Die Situation, der Existenzkampf von Unternehmern (von Menschen, die auf eigene Rechnung arbeiten) ist bestimmt nicht immer einfach. Auch die Formel Unternehmer = Ausbeuter ist Unsinn. Aber so, wie ihre Situation in der Botschaft für den jeweiligen Leser beschrieben wird, ist es ein Honig um den Bart schmieren. Heute ist doch gar nicht leicht erkennbar, ob der Unternehmer die Ursache für den Konkurs oder die blühende Entwicklung seines (oder ihres) Unternehmens ist oder der Staat mit seinen Eingriffen und Unterlassungen. Ich rede nicht gegen die Unternehmer, ich empfinde es als Mangel, dass ich die Rolle des Unternehmers nicht ausgelebt habe. Ich habe aber genug an Mitempfinden mit ihnen, da ich aus einer großen Familie kommen, wo die meisten sich durch eine selbständige Existenz ernährten.

Als ich dann das Editorial „Die unerwartete Kraft des Neuanfangs“ von Helfried Schmidt gelesen hatte, war ich doch versöhnt mit dem Motto „Mut zum Neustart“ auf der Titelseite. Die Aussage muss man ja nicht als etwas Gegebenes lesen, sondern kann er mehr als Aufforderung verstehen. Ich gebe nachfolgend das ganze Editorial wieder und mache meine Anmerkungen danach.

Die unerwartete Kraft des Neuanfangs

Wenn es in der gegenwärtigen Debattenlandschaft einen Begriff gibt, der sich hartnäckig hält, dann ist es der „Neuanfang“. Politiker aller Couleur schwören darauf, Manager predigen ihn in endlosen PowerPoint-Präsentationen, und selbst die feine Welt der Feuilletons feiert ihn als Allheilmittel. Doch wie so oft, wenn ein Begriff zur Worthülse verkommt, lohnt ein Blick in die Tiefe — oder, wie in diesem Fall, zu einer Denkerin, die den Neuanfang in ihrer ganzen Philosophie verankert hat: Hannah Arendt.

Von Hannah Arendt stammt das Konzept der Natalität. Nun, bevor Sie sich fragen, ob dies der neueste Wellness-Trend aus Kalifornien ist - keine Sorge. Natalität beschreibt nichts anderes als die Fähigkeit des Menschen, stets von Neuem zu beginnen. Ja, Sie haben richtig gelesen: Wir sind nicht nur auf die ewige Wiederholung des Immergleichen verdammt, sondern besitzen die Gabe, die Welt durch unser Handeln zu verändern.

In einem Interview mit Günter Gaus im Jahr 1964 erzählte Hannah Arendt, dass ihr die Idee zum Konzept der Natalität beim Hören des Oratoriums „Messias“ von Georg Friedrich Händel kam. Und zwar bei der Textzeile „Unto us a child is born“ („Uns ist ein Kind geboren“): Mit jedem Menschenkind, das auf die Welt kommt, ist Neues möglich, ist Bisheriges überwindbar, ist Verbesserung in Sicht. Und mit jeder Entscheidung, die wir treffen, können wir Neues erschaffen. Denn im Gegensatz zu Tieren sind wir nicht an unsere Instinkte gebunden.

In einer Zeit, in der das Wort „Krise“ inflationär verwendet wird, sollten wir uns an Arendts Konzept der Natalität erinnern. Denn es erinnert uns daran, dass auch jede Krise die Möglichkeit eines Neubeginns in sich birgt. Während manche in ihren Redaktionsstuben und Parteizentralen unermüdlich das Ende der Welt heraufbeschwören, könnten wir uns auf das konzentrieren, was wirklich zählt: Die Fähigkeit, kreativ und mutig neue Wege zu gehen.

Für Unternehmer und Führungskräfte bedeutet dies, dass das ewige Schielen auf den Mitbewerber und das Festklammern an althergebrachten Strategien wenig bringt. Stattdessen sollten wir den Mut haben, neue Ideen zuzulassen und unkonventionelle Wege zu beschreiten. Eine Organisation, die nicht nur über Innovation redet, sondern sie tatsächlich lebt, ist am Ende immer erfolgreicher als jene, die auf Sicherheit setzt und dabei im Mittelmaß versinkt.

Natürlich ist dies leichter gesagt als getan. Unsere Gesellschaft legt mehr Wert auf Fehlervermeidung als auf Risikobereitschaft. Und jeder Neuanfang ist mit Unsicherheit verbunden. Aber wer, wenn nicht wir Unternehmer, sollte die Fahne des Muts hochhalten? Ein echter Neuanfang erfordert nicht nur Ideen, sondern auch die Bereitschaft, für diese einzustehen und Widerstände zu überwinden.

Nachhaltige Veränderung kann nicht von oben verordnet werden. Sie muss von den Menschen selbst getragen werden. Jede Entscheidung, die wir treffen, hat das Potenzial, die Welt ein Stück weit zu verändern. Lassen Sie uns also nicht in der Passivität verharren, sondern die Welt aktiv gestalten. Fragen Sie sich: Wo kann ich heute einen Unterschied machen? Welche neuen Wege kann ich beschreiten, die vielleicht unbequem, aber notwendig sind? In einer Welt, die oft nur die Probleme sieht, sollten wir die Möglichkeiten erkennen. Arendts Konzept der Natalität ist ein Aufruf an uns alle, die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Lassen Sie uns diesen Aufruf beherzigen und die Welt nicht nur anders denken, sondern auch anders machen.



Ihr Helfried Schmidt

Die Worte von Helfried Schmidt gefallen mir und besonders freut mich, dass er bei seinen Überlegungen auf Hannah Arendt zurückgreifen konnte. Ich wollte ergänzen, dass ich Bücher von und über sie lesen sollte, die ich im Regal stehen habe, denn als Asche in der Urne habe ich keine Gelegenheit mehr dazu. Ich gehe die wenigen Schritte zum Bücherregal und greife mir das Buch mit dem Titel „Hannah Arendt oder die Liebe zur Welt“ von Alois Prinz heraus und stelle an die fast zwei Dutzend Fähnchen– die ich eingefügt habe – fest, dass ich das Buch intensiv gelesen habe.¹⁵ Es zeigt, dass das Gelesene, aber auch das Erfahrene, so in das eigene Denken übergehen kann, dass man gar nicht mehr erkennen kann, das Gedanken in der eigenen Innenwelt in Köpfen anderer, die ja die persönliche Außenwelt sind, erzeugt wurden.

Nun warfen mich die Entdeckung der Fähnchen aus der Formulierung meiner Erwiderung zu Helfried Schmidts Aussagen heraus. Ich wollte durch einige Beispiele wissen, welche von Alois Prinz Aussagen zu Hannah Arendt ich durch das Setzen von Fähnchen einen Wiedererkennungswert beim Lesen gegeben habe. Ich habe die Seiten des Buches unter meinen rechten Daumen gleiten lassen. Der erste Stopp war wohl in diesem Moment nicht so ergiebig, aber beim zweiten Stopp hatte ich das Gefühl, sie seien für meine augenblickliche Situation geschrieben worden, deswegen füge ich sie hier ein. Als ich den Text einscannen wollte, habe ich erst geprüft, ob ich einen Ordner für H.A. angelegt habe, damit ich weiß, wo ich den Scann speichern kann. Ich fand einen Ordner, auf dem eine Seite aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 9. Februar 2018 gespeichert ist. Dort wird das Buch von H.A. Mit dem Titel „Die Freiheit, frei zu sein“ vorgestellt.

¹⁵ Hier gilt wohl was Georg Christoph Lichtenberg geschrieben haben soll: „Ich vergesse das meiste, was ich gelesen habe, so wie das, was ich gegessen habe; ich weiss aber soviel, beides trägt nichtsdestoweniger zur Erhaltung meines Geistes und meines Leibes bei.“

In dem Buch „Hannah Arendt oder Die Liebe zur Welt“ von Alois Prinz heißt es auf der Seite 205:

Sie hält sich für feinfühlig genug, um zu merken, dass sie sich oft benimmt »wie die Axt«. Aber für sie ist das kein Charakterfehler, sondern eine bewusste Haltung, die nicht zu trennen ist von ihren Überzeugungen. Der Ton, so meint sie einmal, ist die Person. Und die Person, so könnte man ergänzen, hängt von der Situation ab. Wenn Hannah mit Heinrich oder ihren Freunden zusammen ist, kann sie die Liebenswürdige selbst sein. Wenn sie aber die Bühne der Öffentlichkeit betritt, dann hält sie einen anderen Ton für angebracht. Auf dieser Bühne findet für sie der leidenschaftliche Streit um das Richtige statt. Bei diesem Streit soll kein Teilnehmer aus falsch verstandener Bescheidenheit sein Licht unter den Scheffel stellen, genauso wenig wie er auf die anderen falsche Rücksicht nehmen soll. Erst wenn sich jeder auf diese Weise riskiert, entsteht so etwas wie Wahrheit. Man müsse, so meint Hannah in einem Aufsatz, sich provozieren lassen und auch selbst provozieren, um die wirklich bedeutsamen Konflikte offen zu legen. Konflikte, die wir oft sorgsam ersticken mit »sinnlosen Artigkeiten« und jenem falschen Mitgefühl, das wir haben, wenn wir meinen, die Gefühle anderer nicht verletzen zu dürfen.

Zurück zu den Zeilen von Helfried Schmidt : „Uns ist ein Kind geboren“. In dem Oratorium „Messias“ von Händel geht es ja um Jesus, den Friedensfürsten. Es ist für die Wirkung egal, ob er nur eine philosophische Figur oder geschichtlicher Mensch war. Da Millionen Menschen glauben, dass dieses Kind tatsächlich geboren wurde und Gottes Sohn ist, ist nach seinen Wirkungen zu fragen, auch im Sinne von Neuanfängen. Sicher haben viele Menschen durch ihn Trost gefunden und Kraft geschöpft, Gutes und Großes zu tun. Und über Generationen ist das Abendland dadurch im Guten wie im Bösen geformt worden. Aber ist er wirklich (in der Wirkung) der Friedensfürst geworden, beten nicht viele christliche Unternehmer und Kriegsparteien, er möge ihre Geschäfte, ihre Siege fördern, auch wenn diese im Widerspruch zu seinen Lehren stehen, die seine Jünger der Nachwelt übermitteln haben? Wenn Jesus Auftrag war, dass er die Welt befrieden sollte, dann hat er dank jener Menschen, die ihn als ihren Anführer sahen und sehen, seinen Auftrag nicht erfüllt. Kinder können nur der Anfang von Neuanfängen werden, wenn die Eltern und die Gesellschaften¹⁶ ihnen mehr Freiraum in ihrer eigenen Entwicklung zubilligen. Davon hängt ab, dass Gestaltungsfreiräume in der Jugend entwickeln können und für das Erwachsenenalter für Neuanfänge speichern können. Und das ist bis auf die Ausbrecher aus der üblichen Sozialisation schwierig, weil das angelegte Maß dafür die eigene genossene Sozialisation das Maß für die Übertragung der Freiräume auf ihre Kinder ist. Die Erwachsenen erschweren so – ohne dass das gewollt sein muss, die Neuanfänge durch die heranwachsenden Kinder oder machen sie unmöglich. Wirkliche tragfähige Neu-

16 Das Merkwürdige ist, dass die Politik den Eltern die Unfähigkeit der Erziehung unterstellt, wenn aber aus diesem Umfeld Personen als staatliche Funktionäre ausgesucht oder als Parlamentarier gewählt werden, dann sollen sie die notwendigen Kenntnisse und Erkenntnisse für den Erziehungs- und Bildungsprozess haben. Das ist wie bei den Wahlen, bei denen unterstellt wird, dass Wähler bei der Wahl die fachkundigsten Volksvertreter in die Parlamente heben, aber sonst die Dummen ohne Sachverstand sind.

anfänge haben wir Deutsche bei der Formung unsere Gesellschaft als Demokratie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die aus einem eingeschrumpften Deutschland entstanden sind, nicht hinbekommen. Und dies ist wirklich ein Hindernis für einen heutigen gesellschaftlichen und ökonomischen Neustart, egal ob man ihn von Unternehmern, Arbeitnehmern oder von politischen Parteien erwartet. Ich schließe aber nicht daraus, dass es keinen Neustart geben kann. Wenn das so wäre, würde ich diese Zeilen nicht schreiben. Ansonsten liebe ich Kinder, besonders kurz nach der Geburt und in den ersten Lebensjahren, Aber es gilt auch: Kleine Kinder kleine Sorgen, große Kinder große Sorgen, Und wir sollten von den Kindern eine Leistung zum Wandel der Gesellschaften in der Zukunft nicht erwarten, die heute angestrebt und vollzogen werden muss, vor der sich die Erwachsenen drücken oder als Gefangene der Sozialisation in ihrer Kindheit nicht erbringen können. Aber trotz des Verharrens der Menschen im allgemeinen Unwohlseins gibt es gesellschaftlich Entwicklungen. In meiner Kindheit galten Prügel im Elternhaus und der Schule noch als anerkannte pädagogische Instrumente und heute nicht mehr. Das heißt aber nicht, dass ein paar Generationen weiter nicht kritisiert wird, was man heute Kindern angedeihen lässt. Das ist aber nur wie der Wechsel der Mode: einmal sind die Hosenbeine weit, dann wieder eng geschneidert; mal sind die Kleider lang, dann wieder kurz. Es geht aber bei der gesellschaftlichen Entwicklung besonders im Zeichen des Klimawandels und der nicht reißenden Kette von Kriegen nicht um modischen Schnickschnack, aber auch nicht um Lösungen für ewige Zeiten.

In der wöchentlichen Vorschau der der Zeitschrift DIE ZEIT heißt es in der Ausgabe vom 17. 07. 2024 unter dem Stichwort FEUILLETON:

Giovanni di Lorenzo / Chefredakteur

Ein Mensch kann seine Aufgaben nicht mehr erfüllen. Er will es nicht wahrhaben. Ein Stück wie von Samuel Beckett. Aber wen sehen wir in der Hauptrolle? Wirklich nur Joe Biden – oder auch uns selbst?

Diese Frage kann bei jedem Menschen in jedem Alter in jeder Rolle, die er inne hat, gestellt werden. Aber ich stelle mir in meinem 91. Lebensjahr durchaus selbst die Frage, ob meine Themen in meinem Alter noch angemessen sind und ob ich in diesem Alter noch „alle Tassen im Schrank habe?“ Im Hinblick auf die USA ist die Frage nach den Fähigkeiten des jetzigen Präsidenten bezogen zu kurz gestellt. Hier muss bei dem Anspruch der USA auf Macht und auf Dominanz gegenüber anderen Staaten gefragt werden: „Halten wir die Vereinigten Staaten von Amerika noch für eine Demokratie?“

Die Frage, die in der wöchentlichen Ankündigung der jeweiligen aktuellen ZEIT gestellt wird, von der ich nicht weiß, ob sie einer besseren Informationsgrundlage der Journalisten dient oder den Lesern das Gefühl geben soll, dass sie aktiv an dem Produktionsprozess der Wochenzeitung *DIE ZEIT* beteiligt sind, lautet vom 17. Juli:

Glauben Sie, dass das Verbot des Magazins »Compact« ein wirksames Mittel gegen rechtsextreme Propaganda darstellt? ¹⁷

Auf das Ergebnis dieser Frage bin ich auch neugierig. In Bezug auf dieses Verbot sollten sich die Politikakteure mehr an die USA orientieren, weil dort die Meinungsfreiheit höher eingeschätzt wird als bei uns. Außerdem traut man bei uns der Form von Demokratie, wie wir sie leben, nicht zu, gegen eine verneinende Berichterstattung widerstandsfähig genug argumentieren zu können. Anstatt sich selbst zu fragen „Was machen wir falsch?“, glaubt man, sich durch Verbote in die Rolle der guten Demokraten spielen zu können. Außerdem soll das Verbot den Glauben bestärken, dass Propaganda in der Weimarer Republik die Nationalsozialismus an die Macht gespült hat. NS-Propaganda gab es, sie konnte aber nur fruchten, weil die Demokraten die Bürger vorher ins ökonomische und gesellschaftliche Elend gestürzt haben und nicht bedachten, dass man nicht eine ganze Gesellschaft durch Beschluss zu Demokraten machen kann¹⁸. Der Politik der BRD unterlegte Rückblick auf die Weimarer Republik ist mindestens zum Teil frisiert, um die BRD-Gesellschaft in der Schuldhaft halten zu können.

Zu lesen ist, dass bei uns und in der Welt politische rechte Tendenzen auf den Vormarsch sind. Warum hört und liest man darüber Klagen und nicht die Frage, was hat und was macht eine links-mittige oder rechts-mittige Politik falsch, dass diese negative Wendung in der Politik vorhanden ist. Warum sieht man nur im rechten Gedankengut eine Gefahr und nicht im linken? In einem Buch las ich, dass links einmal für Aufklärung und Fortschritt stand, das wäre aber schon lange her. Wenn wir an Russland, China, Kuba und weitere Staaten denken, dann hat linke Politik im Sinne von Marxismus nicht weniger Schaden als der Nationalismus angerichtet. Warum haben so viele Zeitbeobachter ein schielendes Auge. Ich schreibe das nicht aufgrund einer Abneigung gegen Karl Marx.¹⁹ Bei der Bewertung von gesellschaftlichen Ge-

¹⁷ Ich habe die Existenz von > Compact < im Netz wahrgenommen, habe aber noch nie eine Ausgabe gelesen oder in der Hand gehabt.

¹⁸ Die Marxisten, die die Gründung der GRÜNEN nicht angeschoben haben, aber glaubten durch Beschlüsse auf der Bundesdelegiertenkonferenz machen zu können, haben nur erreicht, dass die GRÜNEN heute weder Fisch noch Fleisch sind.

¹⁹ Marx sagt von sich, dass er kein Marxist ist, habe ich schon Damaschke aus seinem Werk „Geschichte der

staltungsideen, sollte man Sympathien und Antipathien gegen die Urheberautoren außer acht lassen. Das Vertrauen in die Demokratie sinkt, weil ihre Gestaltungsfähigkeit immer mehr in den Keller geht. Das ist nicht in dem System angelegt, sondern in der Politikgestaltung derjenigen, die sich über die Abwertung der Demokratie beklagen.

Gestern traf auch folgende Einladung per E-Mail ein:

Save the date: Mut macht Zukunft

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freund*innen und Freunde,

hiermit laden wir Sie und Euch herzlich ein zu unserem Kongress:

Mut macht Zukunft | Kongress der grünen Bundestagsfraktion
am: 30. September 2024; 11:30-20:30 Uhr
im: KOSMOS, Karl-Marx-Allee 131A, 10243 Berlin

Bühne frei für die Zukunft: Die Welt von Morgen braucht zentrale Weichenstellungen heute. Wir richten deshalb den Blick nach vorn und wollen abseits des politischen Tagesgeschäfts mit Ihnen und Euch zentrale politische Fragen diskutieren: Wie führen wir Europa in eine sichere, demokratische Zukunft? Wie schaffen wir die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und sichern auch morgen unseren Wohlstand? Welchen Schutz braucht unsere Demokratie gegen zersetzende Kräfte von innen wie außen? Wie können wir Zusammenhalt, Miteinander und Teilhabe in einer vielfältigen und älter werdenden Gesellschaft weiter stärken?

Wir werden auf dem Zukunftskongress in Podien und Workshops unsere Ideen und Impulse für unsere zukünftige parlamentarische Arbeit zur Debatte stellen und wollen mit unseren bündnisgrünen Ministerinnen und Ministern, mit unseren Bundestagsabgeordneten, mit unseren Podiumsgästen und Ihnen und Euch darüber diskutieren.

Bitte merken Sie sich und merkt Euch den Termin vor. Eine Einladung mit dem vollständigen Programm erfolgt im August.

Wir freuen uns auf Sie und Euch!

Veranstaltungen wie diese werden nicht nur durchgeführt um die jeweilige Sicht- und Wählbarkeit zu erhalten, sondern da kommt auch die echte Sorge um die aktuellen Probleme und der Wille zur Suche nach Lösungen für die Zukunft zum Ausdruck. So ein Kongress kann die Probleme benennen und ihre Bedeutung unterstreichen, aber Arbeit an den bisher formulierten und weiteren Lösungen müssen in einem längeren Zeitraum von kleinen Gruppen und auch Einzelpersonen geleistet werden. Die Richtigkeit der Ergebnisse können nicht durch Abstimmungen bestätigt werden. Das Vertrackte an einer solchen Arbeit liegt darin, dass die Gewissheit über erkundete Wege oder gewonnene Einsichten und sogar die Richtigkeit immer nur die vorläufigen sein können, das politische Handeln meistens nur ein „Richtig“ oder „Falsch“

Nationalökonomie“ zitiert.

gelten lässt. Wenn dann das Ja oder Nein fein säuberlich nach Fraktionen gesprochen wird, dann liegt mit großer Wahrscheinlichkeit eine moralische Vergewaltigung eines Teils von Mitgliedern eines Parlamentes vor.

Das tragische an den heutigen Bemühungen der Grünen ist, dass der Fragenkatalog von heute in etwas geänderter Form schon Ende der 70er Jahre vor der Gründung der Partei DIE GRÜNEN auf den Tisch lag. Aber im Programmkongress der GRÜNEN im März 1980 standen nicht die Lösung der Probleme im Mittelpunkt, sondern die innerparteiliche Machtergreifung der linken Parteifreunde. Ich will gar nicht ihren guten Willen in Frage stellen, sondern auf ihr problematisches Politikverständnis hinweisen und darauf, dass dadurch die Vorstellung von der neuen Partei als eine Alternative Partei zu den herkömmlichen zu Nichte gemacht wurde.²⁰

Ich würde aber gerne als Beobachter die Tagung besuchen, um zu sehen, wie DIE GRÜNEN heute miteinander umgehen und ob sie etwas Zukunftsfähiges zu sagen haben. Aber das traue ich mir aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zu. Zu dem Programmkongress der GRÜNEN von 1980 ist mir noch ein Briefwechsel mit Rudolf Bahro eingefallen. Ich füge einen Brief von mir ein und dann von Bahro und weiter einen weiteren von mir nachfolgend ein. Aus einem zweiten von mir mache ich Auszüge,:

Tristan Abromeit

12. 3. 80

Lieber Rudolf,

ich habe Deine Karte vom 29.2.30 erhalten. Es war wohl 1972 als Ota Sik auf der 29. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e.V. das unter dem Gesamthema „Gibt es einen dritten Weg?“ veranstaltet wurde, sprechen sollte. Wenn ich mich richtig entsinne, ist er aus Sicherheitsgründen damals nicht aus der Schweiz angereist. Ich habe Ota Sik dann aber 1974 auf den 2. Kongreß Dritter Weg in Achberg reden hören und kennengelernt. Seinen „Dritten Weg“ habe Ich in meinen Programmbeitrag für die Grünen, den ich in Saarbrücken als Broschüre anbieten werde, erwähnt. Sein Buch „Argumente für den Dritten Weg“ liegt mir vor.

20 Der Beitrag, den ich für die Gruppe Dritter Weg NWO zum Programmparteitag geschrieben habe kann hier gelesen werden: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf> Der Beitrag wurde in größeren Auflage von den Mitgliedern gegen Bezahlung abgenommen, wurde aber kein Parteitagsdokument.

Die offizielle Geschichte der GRÜNEN kann hier gelesen werden: <https://www.gruene.de/unsere-gruene-geschichte>

Weiter: "Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?" Anmerkungen zu einer Dissertationsschrift von Anna Hallensleben: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/51.0%20Dissertation%20Grundungszeit%20der%20Grünen.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/31.0%20Fuenfundzwanzig%20Jahre%20DIE%20GRUENEN.pdf>

Es ist auch so, daß ich mit einem Teil von Siks Argumenten besser zu recht komme als mit jenen aus Achberg. Ich selber habe meinen Beitrag zum Dritten Weg von der freiwirtschaftlichen Position her beschrieben. Die unterschiedlichen Auffassungen über den Dritten Weg dürfen uns aber nicht daran hindern, die Diskussion darüber zu fördern. Vielleicht ist es gerade so, da die unterschiedlichen Ausformungen des Dritten Weges ein besonderer Anreiz ist, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Auseinandersetzen kann man sich aber nur mit Dingen, die bekannt sind. Und damit sind wir bei dem Thema Informationsfreiheit. Du bist durch Deine Sondersituation durch Medien und Verleger verwöhnt worden. Ich glaube Du kennst nicht die Schwierigkeiten, die der weniger bekannte BRD-Bürger hat, wenn er hier einen Gedanken öffentlichkeitswirksam äußern will. Wer weiß z.B. mit den Begriff Dritter Weg etwas anzufangen? Es sind doch nur wenige, obwohl sogar die Junge Union (CDU-Jugendorganisation) einen Dritten Weg gefordert hat. Bei den Grünen sind jene, die das Wort in den Mund nehmen auch nur Weltverbesserer (im negativen Wort-sinn).

Die grünen Medien stehen auch für die Diskussion darüber nicht zur Verfügung. Und Aussagen über den Dritten Weg über den informatorischen Teil der programmatischen Aussagen der GRÜNEN > §5 (3)3 der Satzung < zu machen, dieses Recht hat der Bundesvorstand einfach gestrichen, weil dazu noch keine Ausführungsbestimmungen vorhanden sind.

Rudolf, da Du aus der Unfreiheit der DDR in die relative Freiheit der BRD gekommen bist, hast Du mehr Freiheit gewonnen, als es die Alt-Bürger der BRD haben. Ich meine Du solltest diese zusätzliche Freiheit nutzen, um Dich im Sinne von Rosa Luxemburg durch ein klares Wort für die Freiheit der anders Denkenden, für die innerparteiliche Informationsfreiheit bei der Grünen , z.B. auf dem Programmkongreß einsetzen.

Es grüßt Dich

Tristan

Kopien an Wilfried Heidt vom Kulturzentrum Achberg
und Georg Otto / Arbeitskreis Dritter Weg NWO

000

26.3.80

Lieber Tristan!

Mehr als Du denkst bin ich mir über das wahrscheinlich auch nur momentane Privileg des Zugangs zur Öffentlichkeit im klaren. Solange sich Positionen, und seien es die allerbesten, so durchsetzen, wie jetzt in Saarbrücken (wohin ich, wegen Auslandsaufenthalts, nicht delegiert war; jetzt bin ich froh, nicht dort gewesen zu sein, denn es war ad hoc gewiß nichts mehr zu ändern), wird natürlich positiv nichts herauskommen, hoffentlich nicht mal was besonders Schlechtes, sondern einfach gar nichts. Abstimmungssiege in Fragen, wo es echte Meinungsdivergenzen über die Zielsetzung gibt, bringen bekanntlich auf längere Sicht niemanden etwas, und die größte Enttäuschung dem augenblicklichen Sieger. Während ein bisschen links von SPD und Gewerkschaft halt noch nicht unbedingt vorn ist, schlagen allerdings die anderen Konzeptionen auch noch nicht durch. Und es ist bestimmt unmöglich, die verschiedenen Konzeptionen von der Euren über die Achberger bis zur marxistischen einfach eklektisch miteinander zu versöhnen. Wir müssen, einfach arbeiten, um ein wenig jenseits aller möglichen Theorien, mit möglichst unverstellten Blick auf die Wirklichkeit (die allerdings komplizierter ist, als daß ein Allheilmittel dagegen hülfe) ein einigermaßen kohärentes Konzept zustande bringen. Ob wir damit durchkämen, würde m.E. nicht primär davon abhängen, ob sich einer für den Zugang zu den Publikationsmöglichkeiten einsetzt. Man kommt einfach solange nicht aus den speziellen Fachorganen und -zirkeln heraus, wie eine Konzeption noch nicht greift. Irgendwie gilt das alte Wort von Marx: Es genügt nicht, daß sich der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß sich auch zum Gedanken drängen. Und jetzt erstmals scheint mir, daß hierzulande seit 1945 eine Chance besteht, daß irgendwer was Anderes hören will, als was ohnehin an Prosperität und sie umkleidenden Theorien gelaufen ist. Wenn es eine Konzeption gäbe, in der die verschiedenen Richtungen einigermaßen konvergieren, angesichts der ökologischen Krise und des "Unbehagens in der Kultur", dann bekämen wir die auch gedruckt. Übrigens hatte ich einen brieflichen Schlagabtausch mit einem Dr. Winkler, der mir "Fragen der Freiheit" zunächst mit einem bösen Brief geschickt hatte. Ich merke jetzt erst, daß das dieselbe Sache sein könnte, von der Du sprichst. Ich hatte ihm auch scharf geantwortet. Darauf aber schrieb er mir einen weite-

ren, freundlichen Brief, und ich ihm soeben auch. Förderndes Mitglied Eures Seminars zu werden, hieße nun für mich zu schnell gesprungen. Ich lege aber 60 Mark bei für die (b.w.) Schriftenreihe, und wir können das auch weiter so machen. Vielleicht stehen irgendwo noch ältere Hefte herum, die man mir schicken könnte. Weißt Du, von den Begriffen her ist es gar nicht so einfach, zu erkennen, wer nun eigentlich hinter dem „Menschenbild des deutschen Idealismus“ und „der abendländisch-christlichen Geistes-tradition“, beispielsweise; steht. Ich war dem Dr. Winkler gegenüber gar nicht sicher, einfach im Hinblick auf viel deutiges Begriffsgut, ob er nicht doch was mit Strauß zu tun haben könnte, und er war ganz empört über diese unqualifizierte Annahme. Leite also bitte für mich ein, daß ich regelmäßig die Hefte kriege. Mit dem Programm usw., wie gesagt, ist es noch nicht aller Tage abend. Meinem Eindruck nach trägt der Schein, wonach sich Fronten verhärten. Die vorhandenen kommen nur erst mal schärfer konturiert heraus, und es geschieht andererseits zunächst fast automatisch, daß das unpolitische Potential, das sich jetzt erstmalig aktiviert, zunächst von den erfahrenen Aktivisten "unserer" Seite überfahren wird, einfach weil es das Reagieren noch nicht beherrscht. Nach dem Programmtext war eigentlich schon klar, was in Saarbrücken passieren würde - so oder so herum. Auch ich habe nicht genug praktisch-politische Erfahrung, daß ich das vorab so klar gesehen hätte wie jetzt danach. Wir müssen die Sache einfach offenhalten.
Herzlich Dein

Rudolf Bahro

Abschrift durch T.A. Juli 2024

000

Es folgen Auszüge von meinem Schreiben vom 2. 4. 80 an Rudolf Bahro.

Lieber Rudolf,
ich danke Dir für Dein Schreiben vom 26. 3. 80. Um die Informationseffektivität meiner Antwort zu erhöhen und mir die Arbeit zu erleichtern mache ich von meinem Schrieb einen Multibrief. ...

... In Saarbrücken habe ich mich gewundert, daß Du nicht da warst und irgendjemand sagte mir dann, daß Du zur Zeit der Delegiertenwahl nicht in Bremen warst, auch wolle man Dich nicht zu groß werden lassen. Letzteres ist eine Haltung, die manche Grüne aus den etablierten Parteien mitgebracht haben. Damit Du Dich nicht vorzeitig verschleißt oder verschleißt läßt und Du auch nicht zu früh - damit meine ich: bevor Du die vielen neuen Eindrücke und Informationen, die Du hier im Westen erhalten hast bzw. erhältst, geistig verarbeitet hast - auf eine Position festgenagelt wirst, bekommt Dir sicher eine gewisse Zurückhaltung besser, als der Zwang zur geistig-politischen Produktion im Presse-Rampenlicht.

Saarbrücken war gemessen an dem geistigen Bild von einem ökologischen Kongreß eine schwache Leistung der Grünen, gemessen aber an den in anderen Organisationen erfahrenen und geprägten Verhaltensmustern war er von den Mitgliedern der GRÜNEN eine enorme Leistung.

Die Programmarbeit konnte, da sie in keiner Weise alternativ vorgenommen wurde, noch nicht besser ausfallen. Ich habe den Gedanken der Achberger von den drei Programmabteilungen frühzeitig aufgegriffen und weiter ausbauend vorgeschlagen: Wir beschreiben 7 politisch-geistige Positionen innerhalb der GRÜNEN von christdemokratisch bis kommunistisch, die Mitglieder ordnen sich selber einer Position zu und jede Positionsgruppe formuliert dann nach einem gleichen feingliedrigem Raster ihr Programm. Der Vorteil wäre: 1. Keine gegenseitige inhaltliche Vergewaltigung, 2. leichtes feststellen der Übereinstimmungen und der Gegensätze, 3. Kenntnis von der jeweiligen Gruppenstärke, 4. durchschaubare Wahl von Parteiamtsinhabern und Mandats-Kandidaten und 5. eine leichtere Verfolgung der in inhaltlichen Entwicklung der Grünen (wenn z.B. alle zwei Jahre die Programme neu geschrieben würden, wäre ohne Abstimmungs-kampf bestimmt eine Angleichung und Schrumpfung der²¹ divergierende Positionen festzustellen).

Aber um einen solchen Gedanken den Mitgliedern der GRÜNEN vorzutragen, nützt es nichts, wenn ich die Freiheit habe, dem Vorstand den Gedanken mitzuteilen, sondern dazu ist ein offenes Informationssystem erforderlich. Z. Zt. wissen wir einfach noch nicht, welches Potential an Problembeschreibungen und Problemlösungen in den Köpfen der Grünen ruht. Die meisten

21 „divergierenden“ = eingesetzt im Sommer 2024

Grünen finden sicher den Kampf ums Wort auf den Kongressen für unwürdig und unökologisch und fahren enttäuscht wieder nach Hause, weil sie weder ihren Problemdruck noch ihren Gedankenreichtum mit anderen teilen konnten.

Die Achberger bereiten nun einen alternativen Parteitag ohne Beschlußzwang vor. Am 26./27. April soll in Ottersberg bei Bremen im Atelierhaus, Am Brink 5, eines der drei Vorbereitungstreffen sein. Da zum gleichen Zeitpunkt im Collegium Humanum²² in Viotho ein Seminar zum Verhältnis Ökologie und Ökonomie ist und ich daran teilnehmen möchte, kann ich dort nicht hinfahren. Die Idee der Achberger finde ich gut. Nur befürchte ich Mißverständnisse und Widerstände.

Eine Einladung Einladung zu einem Ökoseminar mit dem Thema "Einübung eines alternativen Parteitag" wäre inhaltlich das selbe gewesen und nach meiner Einsicht für die meisten Grünen leichter zu akzeptieren.

Ich stimme Dir voll zu, wenn Du sagst, daß freiwirtschaftliche, achberger, marxistische Positionen (und weitere) nicht eklektisch mit einander versöhnt werden können. Die Gemeinsamkeiten und die Gegensätze müssen deutlicher sichtbar-gemacht werden. Dann muß untersucht werden, ob die Gegensätze im unterschiedlichen Gebrauch der Begriffe begründet sind. Wenn dies nicht der Fall ist, muß untersucht werden, wo Fehler in der Begründung der Theorien liegen. Letzteres ist aber nicht immer leicht, weil die Gewißheit (dass etwas richtig ist) ja nicht nur aus der logischen Schlüssigkeit kommen kann, sondern auch aus der Intuition. Mit Mehrheitsbeschlüssen lassen sich jedenfalls keine Wahrheiten finden, allenfalls definieren. Ich kann mich jedenfalls nicht mit der ständigen Behauptung, Politik sei Kompromisse zu finden, anfreunden. Es ist doch kein Zufall, daß der Begriff aktive Toleranz in der grünen Bewegung auftaucht und nicht in den etablierten Parteien und in den stagnierenden Randparteien.

Wenn Du freiwirtschaftliche Literatur liest, oder wenn Dir Freiwirte begegnen, dann muß Du immer bedenken, daß Freiwirtschaft eine Position ist, die mehr oder weniger von allen anderen politischen und wissenschaftlichen Positionen unterdrückt oder lächerlich gemacht wurden. Viele Freiwirte haben mit Kommunisten und Marxisten schlechte Erfahrungen gemacht. Die Freiwirtschaft war mal eine stolze Bewegung und hat - kaum wahrnehmbar - ihren Tiefpunkt gerade hinter sich. Das Wissen um die Möglichkeit einer besseren Welt und das Gettodasein dieser Position, haben manchen Vertreter dieser Position geschädigt und sonderlich gemacht. Der dauernde Mißerfolg hat dazu geführt, daß jeder von jedem glaubt, er verhindere den Erfolg. Auch wurde vermutet, daß sich die Freiwirtschaft nicht als ein, sondern als der Problemlöser versteht, so daß sie Menschen mit paranoischen Zügen anzieht.

Da die Freiwirtschaft dann einfach eine mit Fehlinterpretationen, mit Unterstellungen und problematischen Menschen belastete Sache wurde, versuchten dann die kritischeren Vertreter das Anliegen und die Erkenntnisse unter anderen Begriffen und umschreibend unter die Leute zu bringen. Dabei ging fast die Identität dieser Schule verloren. Da ich meine, daß auch die Marken einer Person oder Sache zur Identität gehören und weil die grüne Bewegung auch eine Bewegung zu den Wurzeln der Erkenntnis ist und weil ich meine, daß die Freiwirtschaft für die grüne Bewegung einen wesentlichen Beitrag zu leisten hat, nenne ich mich nicht mehr einen Liberalen oder freiheitlichen Sozialisten sondern schlicht Freiwirt. Die Notwendigkeit der aktiven Toleranz gilt für mich auch für die problematischen Positions-Genossen. Ich bin mir bei der Formulierung einer solchen Beschreibung durchaus bewußt, daß ich für andere auch ein Problemtyp bin oder sein kann.

000

Im E-Mail-Eingang war von der

[Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit / Theodor-Heuss-Akademie / 51645 Gumpersbach vom 17. 7 2024 war auch nachfolgendes zu lesen:](#) ²³

Sehr geehrter Herr Abromeit,

²² Hinweis von heute: Dieser Tagungsort stellte sich später als politisch und weltanschaulich als belastet heraus.

²³ Die Wiedergabe der Einladung ist als Werbung gedacht. Noch rechtzeitig???

am 22. April 1724 wurde **Immanuel Kant** in Königsberg geboren. Dieser Geburtstag jährt sich nun zum dreihundertsten Mal. Dies wollen wir als Anlass nehmen, dem großen Philosophen der Aufklärung eine Bühne zu geben und sowohl grundlegendes als auch tiefgehendes Wissen in einer mehrteiligen Reihe zu vermitteln.

In verschiedenen Diskussionspanels werfen wir einen Blick auf die zentralen Aspekte seiner Arbeit im Kontext seiner Zeit und diskutieren sein Wirken mit dem Fokus auf unsere heutige politische Lage.

Lernen Sie Kant auf verschiedenen Ebenen kennen und bringen Sie sich ein, wenn namenhafte Philosophinnen und Philosophen das Leben und das Werk von Immanuel Kant diskutieren.

Sie können sich zentral mit dem Betreff „300 Jahre Kant“ für alle kostenfreien Veranstaltung anmelden und Zeit sparen. Nutzen Sie unseren Service unter 030 2201 2634 oder unter service@freiheit.org!

Sie können sich aber auch selbstständig für ausgewählte Veranstaltungen anmelden. Dies ist unser Programm für Sie:

Donnerstag, 12.09.2024 | 18:00 Uhr – 19:00 Uhr
Folge 1: Kant als Person und sein Leben in Königsberg
<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/6ijrm>

Donnerstag, 19.09.2024 | 18:00 Uhr – 19:00 Uhr
Folge 2: Kritische Philosophie
<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/2v89h>

Donnerstag, 26.09.2024 | 18:00 Uhr – 19:00 Uhr
Folge 3: Der Kategorische Imperativ
<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/1fe5s>

Donnerstag, 03.10.2024 | 18:00 Uhr – 19:00 Uhr
Folge 4: Rechts- und politische Philosophie
<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/uvw2g>

Donnerstag, 10.10.2024 | 18:00 Uhr – 19:00 Uhr
Folge 5: Freiheit und Autonomie
<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/7hdas>

Donnerstag, 17.10.2024 | 18:00 Uhr – 19:00 Uhr
Folge 6: Die Aufklärung
<https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/sxhkl>

Wir hoffen, dass Ihnen diese Reihe zusagt und freuen uns über Ihre Anmeldung. Am Tage der Veranstaltung erhalten Sie eine Erinnerung inkl. Zoom Link.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Reif

Themengebietsleiter

Liberale Positionen und Kooperationen

Hier werde ich mich bemühen, mich als Zuhörer zu beteiligen. Danach oder zwischendurch werde ich dann wohl nach den drei Bänden von Kant in meinen Bücherregalen greifen und

streckenweise lesen. Bisher sind sie von mir ungelesen. Ich habe bei der Teilnahme an dem Webinar nur die Schwierigkeit, dass ich aufgrund meiner Schwerhörigkeit trotz Hörhilfe nicht jede Sprechstimme oder -weise verstehe.

00000

3. Versuch einer kurzen Beschreibung unserer politischen Lage

Ich muss gestehen, dass ich zu diesem Thema beim Lesen der Zeitung oder Hören der Nachrichten viele gute Einfälle gehabt habe, aber weil ich sie nicht gleich aufgeschrieben habe und die Zeit bis zur nächsten Möglichkeit, dieses nachzuholen, immer zu lang war, sind sie verloren gegangen. Ich hoffe, dass bei diesem neuen Versuch „meine letzte (?) Botschaft“ zu schreiben, sich die Erinnerungen aus der Kammer des Vergessens befreien können. Eines weiß ich aber genau, nämlich, dass ich gleich am Anfang deutlich machen wollte, dass ich es als erforderlich halte, die Beurteilung von Personen und die politischen Programme, von Lösungsansätzen für gesellschaftliche Probleme – die sie vertreten – und von ihren Einschätzungen geschichtlicher Vorgänge als zwei verschiedene Gegenstände einer Betrachtung zu halten. Die Sympathie oder Antipathie von Personen und das was redend oder schreibend von sich geben deckt sich nicht immer.

Solange eine Person ihre Meinung zu einem Sachverhalt ehrlich äußert, ist sie zu respektieren, auch wenn das, was sie fordert oder beurteilt, falsch ist. Problematisch wird es, wenn aufgrund von Partei- oder Fraktionsraison nicht mehr erkennbar ist, ob gelogen wird oder eine unangemessene Anpassung an einen Personenzusammenhang (Partei, Fraktion, Regierung) vorliegt. Die Lüge als politisches Instrument kann durch die Verfassung nicht verhindert werden. Man kann die Lüge vermutlich nur eindämmen, wenn man z. B. die Stellung der Mitglieder in den Parlamenten von Parteien und Fraktionen unabhängig macht.

Es wird dann zu leicht die Meinungsfreiheit unterdrückt, um die eigene – private, politische und / oder dienstliche – Denkungsart und Beurteilungen von Sachverhalten vor dem Urteil *irrig* oder *falsch* zu schützen oder umgekehrt, einer sachlich richtigen Darstellung die Glaubwürdigkeit zu nehmen. Für mich sind das Zeichen, dass sich unsere Verfassungswirklichkeit jener nähert, die mit der DDR untergegangen ist. Bei uns scheint sich eine Art *McCarthyismus* (Verfolgung von Linken nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA) zu entwickeln. Nur hat man hier die Rechten im Visier. Es ist also Zeit sich mit der Meinungsfreiheit zu beschäfti-

gen, nicht um rechte Tendenzen in der Politik zu fördern, sondern um eine Grundbedingung für die Demokratie zu schützen und dazu gehört, dass wir mit Ausgrenzungen äußerst sparsam umgehen und immer Fragen sollten, warum die Menschen, die uns stören oder verstören, etwas sagen oder wollen, was in uns auf Widerspruch stößt.

Die Meinungsfreiheit – die eine Meinungsverkündungsfreiheit ist, wie ich neulich las – lautet im Grundgesetz Art. 5 folgt:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Der Absatz 2 des Art. 5 schränkt die im Absatz 1 gewährte Freiheit schon wieder ein. Denn Bürger und Bürgerin können sich nicht einfach an das GG Art. 5 (19) halten, sondern sie müssen immer prüfen, ob die Politik ihnen nicht irgendwo eine Einschränkungshürde gebaut hat, die sie beachten müssen, wenn sie von ihrem Grundrecht Gebrauch machen wollen. Welche Schutzbestimmungen für die Jugend sind überhaupt sinnvoll und durchsetzbar? Und wann tangiert die Aussage des einen die persönliche Ehre des anderen Menschen? Und welchen Schutz benötigt die Jugend? In jedem Jahr müsste zum Schutz der Ehre und der Jugend ein sich ständig endender Katalog mit Beispiel-Aussagen herausgegeben werden. Wir leben doch in einer Zeit, wo sich viele einzelne oder in Gruppen organisierte Menschen ermächtigt fühlen, anderen sagen zu dürfen, welche Worte, Sätze oder Sprachbilder sie benutzen dürfen oder nicht. Dass die Haltung, die hinter solchen Sprachverboten steht, die Freiheit und die Demokratie mehr gefährden, als Aussagen darüber, dass beide abgeschafft werden sollte, wird nicht genügend bei uns und anderswo eingesehen. Ich rede hier natürlich nicht einer kränkenden oder gar rüpelhaften Sprache das Wort. Wer etwas zu sagen hat und wünscht, dass seine Botschaft bei den Angesprochenen ankommt, wird sich um einen verbindenden Sprachstil und um eine Wertschätzung der Empfänger bemühen. Aber die Angst, ins Fettnäpfchen zu treten, ist auch nicht angebracht. Ich wiederhole daher die Aussage von Alois Prinz über Hannah Arendt, die ich weiter oben zitiert habe.

Wenn sie aber die Bühne der Öffentlichkeit betritt, dann hält sie einen anderen Ton für angebracht. Auf dieser Bühne findet für sie der leidenschaftliche Streit um das Richtige statt. Bei diesem Streit soll kein Teilnehmer aus falsch verstandener Bescheidenheit sein Licht unter den Scheffel stellen, genauso wenig wie er auf die anderen falsche

Rücksicht nehmen soll. Erst wenn sich jeder auf diese Weise riskiert, entsteht so etwas wie Wahrheit. Man müsse, so meint Hannah in einem Aufsatz, sich provozieren lassen und auch selbst provozieren, um die wirklich bedeutsamen Konflikte offen zu legen. Konflikte, die wir oft sorgsam ersticken mit »sinnlosen Artigkeiten« und jenem falschen Mitgefühl, das wir haben, wenn wir meinen, die Gefühle anderer nicht verletzen zu dürfen.²⁴

Es können aber nicht nur die Wertschätzung der Personen und die Zustimmung zu den Inhalten, die sie vertreten auseinander klaffen, sondern auch Teile der Inhalte, die ihnen zugeordnet werden können. Ich will das mithilfe eines Artikels aus der HAZ vom 18. Mai 2024 verdeutlichen. Der Titel eines Interviews von Steven Geyer lautet:

„Es gibt Grenzen der Auslegung“

Als Ex-Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts waren beide lange oberste Hüter des Grundgesetzes. Hans-Jürgen Papier und Andreas Voßkuhle über die Stärken der Verfassung, den Einfluss darauf von Politik und Justiz – und ob der Text geändert werden soll.

Andreas Voßkuhle kenne ich nur medienvermittelt, abgesehen von dem was in dem vorliegenden Artikel steht, kann ich aus meinem Gedächtnis wenig Konkretes sagen, aber es lässt sich ein gutes Gefühl des Vertrauens reaktivieren. Das gilt auch von Hans-Jürgen Papier. Bei diesem kommt hinzu, dass ich sein Buch *>Die Warnung / Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird<* gelesen habe. In meinem Text *>Anmerkungen zur Ökonomie und Demokratie im Corona- und Wahljahr 2021 / Steuert unsere Republik die Form einer DDR II an? / Eine Selbstvergewisserung zum Mitlesen <*²⁵ kommentiere ich ein Zitat aus diesem Buch wie folgt:

(Diese Aussage von Papier ist „Kaffee“ oder „Tee“ für meinen Geist, den ich auch mir selber zubillige. Die Aussage von Papier spiegelt den Hintergrund, auf dem ich argumentiere. Ich brauche ihn hier nicht zu kommentieren.)

Das Interview beginnt wie folgt:

Herr Professor Papier, Herr Professor Voßkuhle, das Grundgesetz feiert 75. Geburtstag, aber im Volk herrscht kaum Partystimmung. Sind die Deutschen ihrer Verfassung emotional nicht so verbunden wie, sagen wir, der Fußballnationalmannschaft?

Papier: Auch ohne Feierlaune identifiziert sich ein Großteil der Deutschen mit dem Grundgesetz. Das gilt sicher nicht für alle Artikel gleichermaßen. Aber es gilt insbesondere für die Festschreibung einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Grundordnung und für das Bekenntnis zur Sozialstaatlichkeit.

T.A. Die Festschreibung an eine Verfassung hält nur solange, wie sich die Gesellschaftliche Wirklichkeit darin widerspiegelt und der Spruch von unserer Verfassung, sie sei die beste, die es gibt, nicht durch Wirklichkeit als Propaganda entpuppt wird.

24 Hannah Arendt oder die Liebe zur Welt von Alois Prinz, Seite 205

25 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/172.2.Ist-Zustand.der.Bundesrepublik..pdf>

Und wo haben Sie das Volk skeptischer erlebt?

Papier: Weniger groß scheint mir zum Beispiel die Zustimmung zur Bundesstaatlichkeit. Der Föderalismus wird nicht selten zu Unrecht als Hemmschuh oder als Grundlage eines Flickenteppichs gesehen.

Voßkuhle: Die Zustimmung zum Grundgesetz ist aber insgesamt sehr hoch: Laut einer neuen Studie vertrauen ihm und dem Bundesverfassungsgericht mehr als 80 Prozent der Deutschen. Dieser „Verfassungspatriotismus“ ist schon lange sehr stabil. Er mag nicht so emotional geprägt sein wie der Glaube an die Nationalmannschaft oder die Religion. Aber er ist eine zentrale Grundlage unserer bundesrepublikanischen Identität. Da braucht es keine Girlanden!

T.A. zu Papier: Mir erscheint die mangelnde Zuneigung zu dem, was politisch bei uns als Föderalismus praktiziert wird als ein Mischmasch von Zuständigkeiten und Eingriffen der verschiedenen politischen Ebenen einschließlich Europas, deren Ergebnis am Ende nicht der totale Krieg, sondern die totale Bürokratisierung ist. Wenn ich mich richtig erinnere, haben die Siegermächte auf eine föderative Struktur der BRD bestanden, weil sie das Risiko der Aggression durch einen zentralistischen deutschen Staat vermeiden wollten. Es ist mit dem Föderalismus so, wie mit unserer Demokratie, weil die Voraussetzungen ihrer zufriedenstellenden Leistungsfähigkeit nicht erarbeitet und erlernt wurden, sind sie Kümmerlinge geblieben.

T.A. zu Voßkuhle: Ich würde mich freuen, wenn die Umfrageergebnisse wirklich den Sachverhalt richtig darstellen würden. Mir scheint, die Zahlen der Zustimmung der realen Verfassung unserer Gesellschaft drücken eher Wunsch nach Erhalt eines politischen Besitzstandes aus, weil aufgrund fehlender Alternativen befürchtet wird, dass uns politische Veränderungen unsere Lebensbedingungen nicht verbessern, sondern verschlechtern würden.

Sie beide waren für viele Jahre oberste Hüter des Grundgesetzes, haben Sie denn einen emotionalen Bezug dazu? Können Sie sich für bestimmte Artikel regelrecht begeistern?

Voßkuhle: Ich spüre durchaus eine emotionale Verbindung. Das Grundgesetz ist für mich nicht nur ein Text, sondern ein großes Versprechen. Dieses Versprechen am Bundesverfassungsgericht zu konkretisieren und mit Leben zu erfüllen war für mich eine Herzensaufgabe und nicht nur ein Job. Ich glaube, jedem Verfassungsrechtler geht das Herz auf, wenn er Artikel 1 Absatz 1 liest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Von diesem Satz her müssen wir das ganze Grundgesetz lesen: Im Mittelpunkt steht der Einzelne als Träger von Rechten, den wir als frei und gleich betrachten.

T.A. zu Voßkuhle: Ich habe keinen Grund daran zu zweifeln, dass ihm seine Tätigkeit beim Bundesverfassungsgericht eine Herzensangelegenheit war. Auf das große Versprechen, das das Grundgesetz darstellt, komme ich weiter unten zurück.

Papier: Dem stimme ich uneingeschränkt zu. Schon diesen Satz 1949 so prominent zu platzieren war auch im Vergleich mit anderen Grundrechtserklärungen einmalig - natürlich war das eine Reaktion auf die Willkürherrschaft der Nationalsozialisten. Ein Weiteres kommt hinzu: In-

dem Artikel 1 Absatz 3 direkt danach besagt, dass alle staatlichen Gewalten unmittelbar an diese Grundrechte gebunden sind, sind diese nicht nur lyrische Verheißungen, sondern einklagbares Recht, bindend auch für die Gesetzgebung. Und ein zweiter Artikel, der für mich zentral ist, ist Artikel 5.

T.A. zu Papier: Dass alle staatliche Gewalt und auch die Gesetzgebung an die Grundrechte bei uns gebunden sind, ist wirklich ein Fortschritt. Nur ist es so, dass die Grundrechte im Grundgesetz nicht so präzise beschrieben wurden, dass ihre Verletzung durch den Staat auch immer nachgewiesen werden kann. Und die Allgemeinen Menschenrechte, die von den Vereinten Nationen im Jahr 1948 aufgeschrieben wurden, haben ja für die Anwendung nur den Charakter einer Empfehlung. Die Grundrechte, sind auch keine Rechte, die die Staaten setzen, sondern sich mehr oder weniger verpflichten, sie zu beachten. Die Menschenrechte können auch nicht den Menschen verliehen werden, sondern Staaten können wie im Fall der BRD nur verpflichtet werden, sie zu beachten. Die Grundrechte sind sozusagen das Ergebnis eines vielfältigen Nachdenkens darüber, was die Natur des Menschen ist, was den Menschen auszeichnet, ein Mensch zu sein.

„Menschenrechte brauchen Schutz

In vielen Ländern der Welt werden diese Menschenrechte von der Staatsmacht missachtet. Das zeigt, dass es keineswegs selbstverständlich ist, dass die Menschenrechte anerkannt sind, und dass jeder aufpassen muss, dass der Staat diese Rechte auch achtet.“

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320444/grundrechte-menschenrechte/>)

Die Freiheit von Meinung, Presse, Kunst und Wissenschaft.

Papier: Diese ist eine der Grundlagen jeder Freiheit überhaupt und für eine Demokratie konstitutiv. Bedenklich ist, dass die Meinungsfreiheit inzwischen zunehmend eingegrenzt wird oder dies zumindest versucht wird - nicht unbedingt vom Staat, sondern von einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen. In Umfragen sagen heute 40 Prozent der Deutschen, sie haben das Gefühl, man könne nicht immer frei reden.

Voßkuhle: Man muss hier klar unterscheiden: Das Grundgesetz gewährleistet weiter in Artikel 5 Absatz 1 die freie Meinungsäußerung. Daran hat sich nichts geändert. Aber immer mehr Menschen haben trotzdem das Gefühl, mit ihren Äußerungen schnell Ärger und heftige Gegenreaktionen auszulösen, gerade auch in den sozialen Medien. Das tut der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung nicht gut. Die Vorstellung, dass man sich vor Meinungen, die man nicht teilt, schützen muss, ist das Ende einer offenen, streitbaren Demokratie.

T.A. Da stimme ich mit beiden Ex-Verfassungsrichtern voll überein.

Herr Voßkuhle wurde von der SPD nominiert und ist von Konservativen für sein liberales Gesellschaftsbild kritisiert worden, etwa beim Thema gleichgeschlechtlicher Paare. Herr Papier wurde von der Union aufgestellt und hat sich etwa in der Asylpolitik klar konservativ geäußert. Unterscheiden Sie sich auch in der Auslegung des Grundgesetzes? So wie sich die konservativen Verfassungsrichter in den USA an den Wortlaut halten und die liberalen den Geist der Verfassung auf die Gegenwart anwenden?

Papier: Nein, denn die Auffassung, man müsse sich streng an den Text halten, gab es in Deutschland nie. Jede Verfassung steht in der Zeit und muss für Veränderungen offen sein. Ent-

weder, indem die Politik Verfassungstexte verändert, oder, indem die zum großen Teil sehr offen formulierten Artikel vom Verfassungsgericht durch Auslegung an die gesellschaftliche Entwicklung angepasst werden. Das hat Karlsruhe wiederholt getan - etwa beim Recht auf informationelle Selbstbestimmung und in Reaktion auf die Digitalisierung beim „Computergrundrecht“. Damals sind keine neuen Grundrechte erfunden, sondern diese aus dem allgemeinen Persönlichkeitsschutz entwickelt worden.

Kann man als Verfassungsrichter mit der Weiterentwicklung zu weit gehen? Herr Voßkuhle, Ihnen wurde als Gerichtspräsident zum Beispiel vorgeworfen, in Karlsruhe eine eigene Gesellschaftspolitik zu betreiben, indem sie die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare nach und nach gekippt haben.

Vollkuhle: Natürlich gibt es Grenzen der Auslegung, und jeder Gerichtspräsident hat damit zu kämpfen, dass ihm vorgeworfen wird, das Gericht habe diese Grenzen überschritten. Dabei ist das gar nicht so leicht: Man entscheidet zu acht im Senat, es gibt das Sondervotum, man diskutiert mit den Mitarbeitern, die Entscheidungen werden durch die Wissenschaft und die Medien ausführlich kommentiert, und es existiert intern ein großer sozialer Druck, nicht politisch zu argumentieren. Wer gehört werden will, muss juristisch argumentieren.

Papier: Hier stellt sich eine weitere Frage: Wie weit geht das Bundesverfassungsgericht in die politische Streitentscheidung? Im US-Recht gilt die „political question“-Doktrin, die das unterbindet, hierzulande nicht. Hier argumentieren wir von der Verfassung her: Setzt sie der Politik Grenzen, muss das Verfassungsgericht diese auch durchsetzen. In der Praxis ist es allerdings manchmal umgekehrt - denken Sie etwa an die Rechtsprechung zu den Corona-Maßnahmen: Da hat das Gericht der Exekutive zu viel Macht belassen, finde ich. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Gericht und Politik wegen einer angemessenen Zurückhaltung aber nie dauerhaft angespannt gewesen.

Voßkuhle: Na, angespannt war es schon ab und an. Da gibt es ein paar Beispiele: das erste Fernsehurteil, die Ostverträge, die Kruzifix-Entscheidung oder manche europarechtliche Entscheidungen. Da war die Politik durchaus verärgert.

Wie bewerten Sie umgekehrt den Umgang der Politik mit dem Grundgesetz? Seit 1949 gab es insgesamt 237 Änderungen, die teilweise sehr detailliert ausgefallen oder taktisch motiviert sind, wie zuletzt die Aufnahme des Sondervermögens für die Bundeswehr ins Grundgesetz.

Papier: Hin und wieder wurde das Grundgesetz schon durch Vorschriften aufgebläht, die ich eher in einer Strafprozessordnung oder in Polizeigesetzen vermutet hätte, zum Beispiel die Regelungen zum Großen Lauschangriff oder zum Asylrecht. Der ursprüngliche Text zeichnet sich in der Tat durch seine präzise, knappe und klare Sprache aus. Das ist leider in den späteren Jahrzehnten hin und wieder vernachlässigt worden.

Voßkuhle: Es kam immer wieder einmal vor, dass man einen gefundenen politischen Kompromiss verstetigen wollte. Es ist aber in der Regel keine gute Idee, sehr zeitgebundene Kompromisse ausführlich in die Verfassung zu schreiben, die entwicklungs offen für die Zukunft bleiben soll.

Im letzten Abschnitt des Interviews von Steven Geyer wird die mögliche Gefährdung des Bundesverfassungsgerichts durch populistischen Parteien erörtert. Ich will hier darauf nicht eingehen. Nur soviel: Ich denke, dass weder die Demokratie als Ganzes wie auch unser Verfassungsgericht als wesentlicher Teil unseres Regierungssystems nicht wirklich durch zusätzliche Gesetze geschützt werden kann. Wenn unsere Gesellschaft in einen so desolaten Zustand geführt wird, wie zu Zeiten der Weimarer Republik, dann bieten Gesetze und Beteuerungen keinen Schutz. Man kann ja die Demokratie als eine weltliche Religion ansehen und die Poli-

tiker als ihre Priester. Diese Form der Demokratie wird aber nur solange akzeptiert, wie sie die Bürger in einem Zustand des Wohlbefindens leben und gedeihen lässt. Dass das derzeit nicht mehr so ist, geht doch auf das Konto der Parteien der Mitte. Die Wendung in der Politik zum Populismus ist doch die Folge von der Leistungsschwäche der politischen Mitte.

„Das Grundgesetz ist für mich nicht nur ein Text, sondern ein großes Versprechen“ heißt es weiter oben von Andreas Voßkuhle. Ich will beschreiben, dass ich das als das große Versprechen des Grundgesetzes ansehe und warum ich urteile – also meine Meinung dazu sage – dass sowohl das Verfassungsgericht wie die alle drei Gewalten unsere Republik diese Versprechen verraten haben. Da das keine selbstverständliche Anschuldigung ist, für ich die eher eine hässlich verpackte Kritik zu erwarten habe und nicht ein Lob für den Einsatz für unserer Demokratie, habe ich natürlich gezögert, ob ich das wirklich wagen sollte. Über diese Hemmschwelle wäre ich auch ohne die von mir zitierte Aussage von Hannah Arendt hinweggekommen, aber mit ihr fällt es mir leichter.

Das große Versprechen des Grundgesetzes im Sinne von > Es soll werden! < ist noch nicht erfüllt. Die spätere Auslegung des Grundgesetzes im Sinne von > Da haben sich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die das GG erarbeitet haben, versprochen im Sinne von gerirrt.< Das wäre eine Lüge, wem das so gedacht oder gesagt wird.

„Es wurde vom Parlamentarischen Rat, dessen Mitglieder von den Landesparlamenten gewählt worden waren, am **8. Mai 1949** beschlossen und von den Alliierten genehmigt. Es setzt sich aus einer Eingangsformel, Präambel, den Grundrechten und einem organisatorischen Teil zusammen.“

Diese Auskunft spuckte eine Suchmaschine aus. Wichtig ist hier, nicht die Menschen der westdeutschen Gesellschaft haben sich eine Verfassung gegeben, sondern die Länderparlamente, die auch damals schon von den Parteien und nicht von unabhängigen Bürgern besetzt waren. Und die Alliierten – die damals noch die Besatzer waren haben Auftrag dazu erteilt. Und eine Form der Verfassung, die ihnen nicht gefallen hätte, hätten sie auch nicht genehmigt. Es wurde also eine Demokratie installiert, bei der das Volk nicht gefragt wurde, ob sie diese haben will oder eine andere. Es ist zum Teil auch wohl so gewesen dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Westdeutschen einschließlich der Geflüchteten und Vertriebenen genug mit dem täglichen Überlebenskampf und dem Verkräften der zugewiesenen Rolle als Schuldige und Mörder beschäftigt waren.

((Ergänzung beim Korrekturlesen durch TA: Es war die Umkehrung der Formel der Nazis: „Der Staat ist alles und du bist nichts!“ Dabei lässt die Politik nicht erkennen, dass sie von dieser Formel Abstand genommen hat. Bei der Schuldzuweisung für das Wirken des Staates unter der Nazi Herrschaft wird jedem einzelnen Bürger die vererbte Haftung zugewiesen. Und da wundert man sich dann, dass, das zum Glaubwürdigkeitsverlust der Nachkriegspolitik – die ihr Verfallsdatum überschritten hat – führt. Eine Gesellschaft besteht wohl nie nur aus Helden, sondern vorwiegend aus Mitgliedern, die um das eigene Wohl und das der Ihrigen bemüht ist. Wenn Anpassung und Feigheit das erfolgreichste Überlebenskonzept ist, dann sortiert man sich selber dort ein. Das Heldenhafte in einer Gesellschaft ist die Ausnahme, besonders wenn es im Alltag nicht trainiert, belohnt und geduldet wird. Der Staat hat seine Bürger in die Rolle von Mördern bugsiiert und nicht umgekehrt. Vermutlich ist es so, dass sich die Aggressionen, die sich situationsbedingt in der deutschen in der Weimarer Republik aufgebaut haben, im NS-Staat entladen haben. Und Hitler war der Typ, der den Schlüssel für das Zündschloss lieferte. Aber Hitler kam in den Besitz des Schlüssels durch die demokratischen Parteien der Weimarer Republik (mithilfe der Sieger), weil sie damals die deutsche Gesellschaft ins Elend gestoßen hatten. Der Hinweis der heutigen Politik auf den Antisemitismus und das völkische Denken, den bzw. das es gab, ist nur eine propagandische Ablenkung vom Versagen ihrer Vorläuferparteien in der Weimarer Republik.))

Zurück zur Entstehung des Grundgesetzes;

Ich habe neulich noch ein Bild von Konrad Adenauer vor den Augen gehabt, Darunter oder daneben stand ein Ausspruch von ihm mit Bezug auf den parlamentarischen Rat , der sinngemäß lautete: *Wir haben unser Mandat nicht vom Volk.*²⁶ Was dabei heraus kam wurde bewusst nicht Verfassung genannt, sondern Grundgesetz. Dieser Begriff sollte seine Vorläufigkeit aussagen. Es wurde auch davon gesprochen, dass das Grundgesetz ein Oktroy²⁷ sei.

Das alles war den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates (PR) bewusst. Ich schätze, dass diesen Mitgliedern des P. R. auch bewusst war, dass eine Verfassung nicht nur eine Sammlung von Gesetzesnormen ist, die ein willkürlich gewähltes Gremium beschließt, sondern ihre Erarbeitung auf möglichst breiter Arbeit und die Beschlussfassung möglichst von allen Bürgern bestimmt werden müsse, damit sie ein Instrument der Identifizierung der Bürger ihrer Gesellschaft in der sie leben, möglich wird. Ich denke, der Weg zur Verfassung ist genauso wichtig wie der Inhalt der Verfassung. Und in eine Verfassung gehören auch keine Ewigkeitsklauseln, weil die Menschen und ihre Gesellschaft, für die sie eine rechtliche Orientierung sein soll, sich in ihren Einstellungen und Werten verändern, ebenso die Lebensbedingungen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Es ist aber die Abqualifizierung des Volkswillens, wenn Verfassungsrichter, die Verfassung weiter entwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger müssen selber direkt oder durch eine besondere Vertretung kleine Änderungen vornehmen können. Und alle

²⁶ Ich finde die Quelle nicht mehr. Wenn ein Korrekturbedarf besteht, bitte ich um eine Benachrichtigung.

²⁷ Heute: Mit oktroyiert werden **Gesetze, Verordnungen oder Maßnahmen bezeichnet, die von Regierungen, Obrigkeiten, Ämtern, Vorgesetzten o. Ä. aufgezwungen werden.**

25 Jahre sollte eine große Revision der Verfassung vorgenommen werden, so das jeder Bürger wenigsten einmal in seinem Leben sich zu den Verfassungsgebern zählen kann. Es muss aber in jedem Fall aufhören, dass die Verfassungsgewalten, die nach der Idee von der Demokratie im Rahmen der Verfassung handeln sollen, sich selber die Verfassung danach zurechtbiegen, wie es ihren Interessen entspricht. Auch in der repräsentativen Demokratie kann das Volk /eine Gesellschaft ihre Rolle als oberste Gestalterin der verfassungsrechtlichen Geschehens nicht aufgeben.

Bevor ich auf das große Versprechen des Grundgesetzes komme, von dem Andreas Voßkuhle sprach, welches aber viel konkreter ist (war) als Voßkuhle es beschreibt. Verweise ich darauf, dass ich mich nicht als Verfassungsrechtler äußere. Wenn dieser Status eine Vorbedingung wäre, für die Mitsprache über demokratische Belange, dann wäre das ein weiterer Beweis, dass wir gar keine Demokratie haben. Da ich mich aber mit diesen Zeilen nicht das erste mal mit dem Thema Verfassung und Demokratie befasse, verweise auf meine durch Links angezeigten Bemühungen aus der Zeit, als der Verfassungsverrat geplant und durchgeführt wurde. Natürlich sind meine Überlegungen von dem gesprochenen und gelesenen Wort von anderen Menschen angereichert worden, aber wie ich schon an anderer Stelle geschrieben habe, irgendwann weiß man ja nicht mehr, ob das, was man sagt und schreibt, dem eigenen Kopf oder aus anderen Köpfen entsprungen ist.

Manchmal sprechen zu mir vorhandene, ungelesene oder nur angelesene Bücher zu mir. Jetzt wieder. Ich habe schon seit langer Zeit ein Buch mit 450 Seiten Umfang bei mir liegen, dass jetzt bei diesen Zeilen wieder in Erinnerung kam, ohne das ich genau weiß, warum. Der Titel lautet: „BOLLWERK DER REPUBLIK / Eine Biografie der Amerikanischen Verfassung. Der Autor ist Burton J. Hendrick. Die Erstveröffentlichung in den USA war 1941 und in Deutschland ist das Buch 1953 im Rudolf Zitzmann – Verlag erschienen. Bisher habe ich soviel verstanden. Das Verhältnis zwischen der US-Politik und den Hütern ihrer Verfassung war von Anbeginn ein Ringen um die Gestaltung und Auslegung der Verfassung.

000 Hinweise auf eigene Bemühungen 000

9.0  **Die Verfassungs-Piraten**

Arbeitsmappe für:

- parlamentarische Verfassungskommissionen
- Bürgerrechtsvereinigungen
- mit dem Thema befasste Einzelpersonen und Institutionen

November 1991 (68 Seiten / 1 MB)

9.1  **Die Verfassungs-Piraten**

Anschreiben und Eingangsbestätigungen (13 Seiten / 274 KB)

10.0  **Verfassungsbeschwerde**

über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag

Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)

10.1  **Die Antwort**

und andere Rückmeldungen (15 Seiten / 459 KB)

11.0  **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!**

Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages - *April / Mai 1993*

11.1  **Die Korrespondenz**

000

Am 27. Juli brachte die HAZ unter *Politik* den folgenden Bericht von Thomas Spang:

Manifest für Trumps Machtübernahme

Die Heritage Foundation hat eine Strategie zur Umsetzung erzkonservativer Ziele entwickelt.

Die Bildunterschrift eines Mannes in großer Pose lautet:

Ein Plan für die Zentralisierung der Macht in den USA: Kevin Roberts, Präsident der Heritage Foundation.

Es ist so, als hätte man mir eine Antwort auf die Frage zukommen lassen, warum mir das Buch *BOLLWERK DER REPUBLIK* von *Burton J. Hendrick* eingefallen ist. Ich bringe nachfolgend den ersten Absatz aus dem HAZ-Bericht:

Washington. Kevin Roberts hat eine Mission. Der Präsident der Heritage Foundation versucht, Donald Trumps autoritäre Impulse in ein Programm umzusetzen. Mit dem Input von mehr als einhundert konservativen Organisationen entwickelte der Vordenker des „Trumpismus“ ein 900

Seiten starkes Manifest, auf das Trump bei einer Rückkehr ins Weiße Haus zurückgreifen kann. Die „Project 2025“ genannte Blaupause trägt unverkennbar die Handschrift Roberts', der wie Trump ein Bewunderer des ungarischen Präsidenten Viktor Orban ist und als Stabschef im Weißen Haus im Gespräch ist. Dort säße er an den Hebeln der Macht, um sein Programm umzusetzen. Die USA stünden „vor einer zweiten amerikanischen Revolution“, sagte der Heritage-Präsident in einem Podcast des Rechtsaußen Steve Bannon: „Die wird ohne Blutvergießen ablaufen, wenn die Linken dies zulassen.“ Die Revolution richte sich gegen „die Globalisten“, die Amerika in Konflikte wie den in der Ukraine verwickelten, die nicht im nationalen Interesse seien. Und durch den ungebremsten Zustrom von Migranten angeblich absichtlich für einen „Bevölkerungsaustausch“ sorgen. Die antisemitischen und rassistischen Untertöne der Blaupause sind kaum zu überhören. Roberts' Agenda zielt unter anderem darauf ab, elf Millionen Einwanderer ohne gültige Papiere zu deportieren sowie die Homoehe abzuschaffen. Weil er weiß, dass es dafür im Kongress keine Mehrheit gibt, zielt das „Project 2025“ auf eine Zentralisierung der Macht in der Hand des Präsidenten ab. ...

Da das Manifest für Trumps Machtübernahme sein soll, so wird es bei uns wohl nicht viel gelesen werden, denn hier scheint die Meinung zu herrschen, was Trump und die Republikaner wollen, ist alles schlecht. Das weiß man doch. Da braucht man gar nicht mehr fragen, was an den Demokratischen Partei in den USA politisch schlecht ist. Das Schlechte vertreten doch die Republikaner. Daher sind sie als Bedrohung anzusehen. Ich denke, dass der Kampf um die Verfassung solange weitergeht, bis dass die großen Probleme der jeweils betroffenen Gesellschaften gelöst sind. Die Lösungen können nicht die Verfassungen bringen. Diese können nur, so lange sie von einer großen Mehrheit als gültig anerkannt werden, die hässlichen Formen der politischen Auseinandersetzungen dämpfen. Eine uneingeschränkte Zustimmung zur Verfassung ist nur in den Gesellschaften erreichbar, wo die Freiheit und Gerechtigkeit als Voraussetzung für den Frieden geschaffen wurde. Die USA und unsere Gesellschaft, in denen das Wissen dazu vorhanden ist, gehören nicht dazu.

Ein anderer Artikel aus der HAZ vom gleichen Tag lautet:

Urteil steht, Streit geht weiter / Die Entscheidung war mit Spannung erwartet worden – dann sickerte sie vorher durch. Das Bundesverfassungsgericht erklärt Teile der Ampel-Wahlrechtsreform für verfassungswidrig. Immerhin könnte der Bundestag kleiner werden.

Der Beitrag ist von Kristina Dunz, Markus Decker, Alisha Mendgen und Christian Rath. Dass die Entscheidung des Gerichtes ungewollt früher die Öffentlichkeit erreicht hat, ist für mich nebensächlich. Worüber ich mich aufregen kann, ist die Tatsache, dass wieder einmal ein Parlament glaubt, bei uns ohne Schaden für die Demokratie, sich als Verfassungsgeber aufspielen zu können. Die Lehre²⁸ von der Gewaltenteilung will doch, dass die drei Gewalten nicht in eigener Sache Recht schafft. Wenn bei uns das Wahlrecht in einem einfachen Gesetz steht, dann ist das ein Fehler und zeigt einmal mehr, dass das Grundgesetz im Zeitpunkt seiner Entste-

28 Besser: Die Erkenntnisse über die Wirkungen von der Gewaltenteilung.

hung akzeptabel war, aber danach sein Ruf als beste Verfassung aller Zeiten, ein Schlafmittel für uns als deutscher Michel war und ist. Das ist kein Einwand gegen ein anderes Wahlrecht, nur muss das Schaffungsrecht beim Volk oder bei einer gesonderten Vertretung angesiedelt werden.

Es ist möglich, dass sich das Verfassungsgericht schon mehrfach mit der 5%-Klausel im Wahlrecht beschäftigt hat. Ich habe es zum ersten Mal in einem Bericht über eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes gelesen. Die 5%-Klausel ist Gift für die Demokratie und ist eine ständige Wiederholung der Ignorierung der Verfassungsnorm von den gleichen Rechten der Menschen. Schon, dass Eltern nicht zusätzlich für ihre unmündigen Kinder ein stellvertretendes Wahlrecht zugeschrieben wird, ist ein Mangel, denn die meisten Gesetze greifen in die Zukunft der Kinder ein.

Ich habe jetzt keine Zahlen gefunden, die mir Auskunft geben, von wie vielen Wählern ihre Stimmabgabe eine entgegengesetzte Wirkung hatte, als die gewollte, weil sie durch die 5% Klausel anderen Parteien zugutekamen. Wahrscheinlich ist es so, dass wir nicht nur einmal eine Minderheitsregierung hatten, wenn der erreichte Prozentsatz der regierungsbildenden Parteien von der Zahl der abgegebenen Stimmen errechnet wird, also mit den Stimmen der Opfer der 5%-Klausel. Noch ärgerlicher ist, dass die großen Parteien die Einführung mit der Zersplitterung der Parteien in der Weimarer Republik begründeten, weil dies Hitler an die Macht brachten. Diese Behauptung ist milde geurteilt ein Irrtum, tatsächlich wohl die Verschleierung der bürgerlichen Demokraten und der Sozialdemokraten, dass aus Unkenntnis der Währungszusammenhänge die deutsche Gesellschaft ins Elend getrieben wurde.

Ich füge aber noch einen kurzen Ausschnitt aus dem weiter oben beschriebenen Zeitungsartikel ein.

Und das ist der Inhalt:

Das neue Wahlrecht, das SPD, Grüne und FDP im März 2023 mit dem Ziel der Verkleinerung des aufgeblähten Bundestags beschlossen haben, wird im Kern bestätigt – doch die beabsichtigte umstrittene Streichung der sogenannten Grundmandatsklausel ist verfassungswidrig. Begründung: Die bayerische CSU und ihre Wählerinnen und Wähler würden sonst unzulässig benachteiligt. Geklagt hatten die CSU, das Land Bayern, die CDU und CSU-Abgeordneten im Bundestag sowie die Linke.

Die Grundmandatsklausel sichert Parteien den Einzug ins Parlament, wenn sie zwar an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, aber mindestens drei Direktmandate in den Wahlkreisen holen. 2021 profitierte die Partei Die Linke davon. Sie kam bundesweit auf nur 4,9 Prozent der Stimmen, holte aber drei Direktmandate.

Keine Einwände gegen den Kern

Bei der CSU verhält sich die Sache noch einmal anders. Sie tritt nur in Bayern an und kam 2021

auf 5,2 Prozent der Stimmen. Sie gewann aber 45 der 46 Wahlkreise in Bayern direkt. Bei einer Abschaffung der Grundmandatsklausel wäre nicht ausgeschlossen, dass ihre Kandidaten zwar in fast allen Wahlkreisen die meisten Stimmen bekommen, aber niemand von ihnen und damit die ganze CSU nicht in den Bundestag einzieht, wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen.

Karlsruhe entschied nun, dass die Fünf-Prozent-Hürde ohne Grundmandatsklausel verfassungswidrig ist. Grundsätzlich sei die Sperrklausel zwar gerechtfertigt, um die Funktionsfähigkeit des Bundestags zu sichern. Bei der CSU sei sie aber nicht nötig, weil ihr Einzug in den Bundestag nicht zur Zersplitterung des Parlaments beitrage. Traditionell schlossen sich CSU und CDU ja zu einer gemeinsamen Fraktion zusammen. ...

Der nachfolgende Link führt zu der Urteilsbegründung:

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvg24-064.html>

Rückblick

Bevor ich mit dem aktuellen Stand der Verfassungssituation weiterfahre, versuche ich in Stichworten bzw. mit Zitaten die für unsere Verfassungsentwicklung wichtigen Ereignisse und Erkenntnisse mir und den Lesern dieser Zeilen das verschlüsselt im Gedächtnis ruhende Wissen durch die Öffnung von Quellen zu reaktivieren ²⁹:

Aus: Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker / eine geschichtliche Studie von Fritz Schwarz / Genossenschaft Verlag freiwirtschaftliche Schriften Bern, 1945

Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874,

Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismarck wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequeme sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben, Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären» wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an G e l d die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.

Mit dem Jahre 1893 kam die Erlösung. Die Goldfunde stiegen wieder. Sie ermöglichten die Ausdehnung der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und die Entwicklung der Technik. Doch blieben die staatlichen Versuche zur Besserung der Lage bestehen. Die Bündnisse wurden nicht gelöst, die Kolonien nicht aufgehoben, die Zölle nicht abgebaut. Und was das Allerschlimmste war: die eintretende Besserung wurde sogar diesen sinnlosen Versuchen zugeschrieben. Man geriet auf diese Weise in eine ganz unheilvolle Täuschung hinein. Was der vermehrte Geldumlauf gebracht hatte, glaubte man selber geschafft zu haben. So kam man zu einer ganz schiefen Bewertung von Zöllen, Kolonien, Bündnissen und Rüstungen. Bei der ersten

²⁹ Das sind aber große Sprünge. Ich versuche mich hier nicht als Historiker zu beweisen., das bin ich nicht. Aber auch für Historiker gilt: Die Ergebnisse der Geschichtsschreibung ist immer eine gestaltete Geschichte und meisten eine, die dem Sieger nützlich ist.

Schwierigkeit, die von der Wirtschaft her später auftauchen würde, war sicher anzunehmen, daß man ihr wieder mit den gleichen Mitteln entgegentreten würde, die ja vermeintlich - schon früher geholfen hätten! So konnte eine anhaltende, scharfe Krise schließlich den Krieg zur Auslösung bringen, den man 1893 vertagt hatte. (Band 2 Seite 37 folgend) ...

Gab es 1914 einen Ausweg aus der Krise?

Fragt man sich, ob den Regierenden 1914 keine Möglichkeit gegeben worden wäre, die auf der gesamten abendländischen Kultur lastende Krise zu beheben, so können wir auf eine Schrift hinweisen, die schon im Frühjahr 1909 sämtlichen deutschen Landesfürsten, Ministern und Abgeordneten zugestellt worden war. Sie hieß «Aktive Währungspolitik, eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Notenemission» und hatte als Verfasser die beiden deutschen Kaufleute Silvio Gesell und Ernst Frankfurth. In dieser Schrift von 96 Seiten Umfang war die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes klar dargelegt, der Bedarf an Geld, das Maß des Geldbedarfes, waren die Folgen steigender und sinkender Preise angegeben, ferner standen darin währungstechnische Vorschläge für die Sicherung der Währung und zwar sowohl für die nationale als für die internationale Währung. In aller Deutlichkeit und Sachlichkeit war darin auch dargelegt, woher die allgemeinen Krisen rühren und, was wichtiger war, es wurde auch angegeben, wie sie verhindert und beseitigt werden könnten. Doch rührte sich damals in ganz Deutschland keine Hand, um hier etwas zu tun. Erst jagte man die Volkswirtschaft in die Preissteigerung hinein, um sie dann in der Preissenkung und Absatzstockung im Stiche zu lassen. Wenn man schon nach Verantwortlichen für den Weltkrieg von 1914 bis 1918 suchen will, so müßte man sie dort finden, wo man für die Währungspolitik verantwortlich war und diesen Warnungsruf von Gesell und Frankfurth nicht beachtete.

Zu dieser Schrift waren von 1912 ab neue Warnungen gekommen durch den in Berlin erscheinenden «Physiokrat», herausgegeben von Georg Blumenthal. Da hatte Otto Maß schon im November 1912 vor der kommenden Krise gewarnt: «Allgemeiner Preisfall ist Krankheit für die Volkswirtschaft, ist Hemmung des Lebens in allen Formen, ist beginnendes Sterben. Wie unmittelbar aber gerade die kulturelle Entwicklung davon berührt wird, das ergibt sich deutlich z. B. gerade daraus, daß mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Steigerung der Verbrechen Hand in Hand geht.» Er zeigt dann die verhängnisvollen Folgen der Goldverminderung und verlangt eine dem Warenangebot angepaßte Geldverwaltung, «ein Reichswährungsamt». Das wäre, schreibt er dort, «eine volkswirtschaftliche Leistung von größter Tragweite, eine Tat auch von größter kulturpolitischer Bedeutung». In der Dezembernummer überschreibt Gesell den Leitartikel mit «Geld oder Krieg!». «Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhafte Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, um so tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen. Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. Und für Barbaren gibt es kein anderes Mittel, um die Bevölkerung auf der Höhe der Subsistenzmittel zu erhalten als den Krieg, den Massenmord. Entweder Arbeitsteilung und ein dieses sicherndes Geldwesen, als Träger einer aufwärtsstrebenden Kultur, die die Subsistenzmittel der Bevölkerung anzupassen weiß, oder aber umgekehrt die gewaltsame Anpassung der Bevölkerung an die natürlich gegebenen Subsistenzmittel durch den Krieg, das gegenseitige Totschlagen der Ueberzähligen.» Er mahnt die Verantwortlichen im gleichen Aufsatz: «Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen, statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen...»

Im gleichen Jahre sprach auf dem Internationalen Handelskammerkongreß in Boston Professor Irving Fisher über die Teuerung und ihre Ursachen. Professor Woodrow Wilson, der nachher Präsident der Vereinigten Staaten wurde, machte mit seinem Einverständnis den Vorschlag, in Zeiten sinkender Preise den Golddollar leichter auszuprägen, so daß also dessen Menge erhöht werden könnte, wodurch die Nachfrage steigen würde und die Preise gehalten werden könnten. Doch ungehört verhallten diese Vorschläge und Warnungen. Der Sozialdemokrat Südekum, Mitglied des Reichstages, wurde in Nürnberg von einem Vertreter dieser Ansichten gestellt, der selbst Vorstandsmitglied eines sozialdemokratischen Vereins in Berlin gewesen war. «Da ich diese Ansichten von der gesellschaftlichen Entwicklung für falsch halte, werde ich ihrer Propaganda mit derjenigen Energie entgegentreten, die ich meiner Partei und ihren Anhängern schuldig bin», antwortete Abgeordneter Südekum auf einen Brief seines Kritikers. 16) So prallte die Aufklärungsarbeit Gesells und seiner Anhänger an der Mauer marxistischer und bürgerlicher Vorurteile ab, obschon im November 1913 Gesell einen Ausspruch aus der Ge-

schichte des Siebzigerkrieges anführte, worin M o l t k e sagte: «Es sind die Stimmungen der Völker, das Unbehagen über einen Zustand, welche den Frieden gefährden.»

Man wollte nicht merken, daß man mit voller Fahrt in einen solchen Zustand hineinfuhr, ja, sich schon mitten darin befand, denn «sieben Arbeitslosenversammlungen (so berichten die Berliner Zeitungen im August 1913) waren nach den großen Sälen in den einzelnen Berliner Stadtvierteln einberufen worden. Der Andrang war sehr stark, mehrere Säle mußten schon eine Stunde vor dem Beginn polizeilich gesperrt werden. Referenten waren Gewerkschaftsführer. Sie schätzten die Zahl der in Berlin vorhandenen Arbeitslosen auf 50,000. Darunter befänden sich ungezählte Arbeiter, die schon 17 bis 20 Wochen hätten feiern müssen. Hierzu kämen noch Tausende von Arbeitern, die seit Wochen sogenannte Feierschichten in den Kauf nehmen müßten. Als Hauptursache der Kalamität wurde die heutige Wirtschaftspolitik bezeichnet.» (Als der Krieg vorbei war und die Geldverminderungskrise gleicherweise vollem Gange war wie 1912, da hieß es überall: Das sind die Folgen des Krieges!)

Im gleichen Monat wiederholte Gesell im «Physiokrat» die Vorschläge vom Jahre 1909, die die Amerikaner, wie wir noch hören werden, Ende 1922 durchführten, um die Krise zu beheben.

Fußnote im Original: 16) «Physiokrat» Nr. 4, August 1914 (Band 2 S. 81. ff.)

Das nächste Kapitel im Buch „Segen und Fluch des Geldes“ von Fritz Schwarz lautet: „*Warum versagte 1914 die Sozialdemokratie*“. Daraus will ich nicht zitieren. Die Frage bleibt aber ein Dauerthema, weil sie sich auch zwischen den beiden Weltkriegen und nach dem zweiten stellt. Die Antwort ist aber nicht in der Böswilligkeit oder dem Mangel an einem guten Willen ihrer Mitglieder und Anhänger zu suchen, sondern in geistigen Gefangenschaft, dem Marxismus und danach im Keynesianismus.³⁰ Daher ihr Anrennen gegen Schuldenbremse, ohne zu bedenken, dass die Kreditnachfrage den Zins in die Höhe treibt oder hält, die normalen Schuldner und die Unternehmen, bedrückt, den Wohnungsbau ausbremst und den Kostenanteil des Zinses in allen Preisen für alle Waren über 30% hochtreibt. Hier wirkt auch noch zusätzlich treibend der steigende Kapitaleinsatz. Bei der Miete für den Wohnraum kommt Boden- oder Grundrente als zusätzlichen Kostentreiber hinzu. Die Nichtbeachtung dieser Zusammenhänge ist das Merkmal der Sozial- und Wirtschaftspolitik aller politischen Parteien und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Ich schreibe solche Sätze nicht gerne, weil sie nach Sätzen eines Großmauls klingen oder als wenn ich für mich beanspruche, den großen Durchblick zu haben. Ich würde mich gerne übel beschimpfen lassen, wenn ich dafür erkennen könnte, dass die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften aufhören würden, für die Politik die blinden Blindenführer zu liefern.

Es sind nicht immer Nationalismus und Imperialismus, die zu Kriegen führen und auch nicht die Blindheit der Wissenschaft, sondern Einzelpersonen und kleine Gruppen, die besonders gut auf dem Währungsklavier spielen können und mit den Möglichkeiten der Börse gut vertraut sind. Die Ergebnisse werden dann dem Publikum als Reinigungskrise oder den Launen

30 Das ist kein Versuch die Wertschätzung von Marx und Keynes herabzusetzen.

des internationalen Finanzmarktes vermittelt. Wenn Bürger dann nicht mit solchen Antworten zufrieden sind und eigene Deutungen wagen, dann wird das mit dem Vorwurf „Verschwörungstheorie“ abgeblockt. Das trifft die wirklichen Spinner unter den Vertretern von Verschwörungstheorien, schützt aber jene, die ihre Geschäft zu Lasten der Allgemeinheit machen. Es wäre besser solchen Vermutungen auf den Grund zu gehen, weil es für den Bürgerfrieden wichtiger ist als nach neuen Sternen zu suchen, oder die Sprachen von Vögeln zu erforschen. Denn wenn die offiziellen Erklärungen von Ministern, Regierungssprechern und den „soliden“ Medien selbst nach Verschwörungstheorien riechen, darf man sich nicht wundern, wenn solche aus Bürgermund eine Konjunktur haben. Den Aussagen nach einer vermutlichen Verschwörung nachzugehen und zu klären lohnt sich aus zweierlei Gründen. Einmal kann die Klärung die Folgen von Inflation und Deflation nicht länger von der Politik und Wissenschaft den Bürgerinnen und Bürgern als quasi Naturereignis verkauft werden. Und zweitens können solche Vorgänge dann nicht länger die Nahrung für den Antisemitismus sein. Wenn hier nicht möglichst bald Ross und Reiter (auch in Form von Theorien) benannt werden, dann wird das jetzige Jahrhundert, von dem wir rund ein viertel hinter uns haben, ohne dass wir die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet haben, sich so blutig entwickeln wie das zwanzigste Jahrhundert. Es mag sein, dass auf die nackte Lüge und die gut verpackte Lüge als Instrument der Politik nicht ganz verzichtet werden kann, sie sollte aber so sparsam angewendet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in ihre Regierungen nicht ganz verlieren. Wenn das nicht gelingt wird die Demokratie ganz zur Illusion. Ich komme darauf, weil mir die Beilage „Wochenende“ der HAZ vom 3./4. August wieder vor die Augen kam. Und hier wird ein Beitrag von Harald Stutte über den ehemaligen US-Präsidenten Richard Nixon mit Verweis auf Donald Trump wie folgt getitelt: **Das Weiße Haus und die Wahrheit.** > *Weiße Häuser* < gibt es aber viele auf dieser Welt. Ich könnte nicht mit einem guten Gewissen sagen, dass es bei uns kein > Weißes Haus < gibt.

Frank Bohner, ein Freund aus Stuttgart sandte über ein Mailing-Liste folgende Nachricht:

Laut Stuttgarter Zeitung vom Wochenende (.3./4. 08. 2024) (Theodor Kissel) hat der 1881 nach 199 Tagen Amtszeit ermordete US-Präsident James A. Garfield laut Kissel zwei Wochen vor seinem gewaltsamen Tod mit folgenden Worten das Finanzsystem kritisiert:

"Wer die Geldmenge in unserem Land kontrolliert, ist der absolute Meister aller Industrien und Geschäfte (...) und sobald Du verstehst, dass das gesamte System sehr leicht zu kontrollieren ist, von wenigen Männern an der Spitze, wirst Du verstehen, woher Inflationsperioden und Wirtschaftsdepressionen kommen".

Über den den Verfasser der zitierten Sätze ist im Netz zu lesen:

Theodor K. Kissel ist ein deutscher Althistoriker. Theodor Kissel machte 1981 am Otfried-von-Weißenburg-Gymnasium Dahn das Abitur. Ab 1984 studierte er die Fächer Alte Geschichte, Ägyptologie, Mittlere und Neue Geschichte an der Universität Mainz.
[Wikipedia](#)

Geboren: 25. Januar 1962 (Alter 62 Jahre)

Bücher: [Il Foro Romano: vita nel cuore di Roma](#), [MEHR](#)

Ich nehme an, dass ich schon berichtet habe, dass ich diesen Text nur mit X Unterbrechungen aus verschiedenen Gründen schreibe. Da weiß ich nicht immer, ob ich einen Gedanken schon geschrieben oder nur gedacht habe. Anfangs hatte ich auch vor, einen kurzen Text mit möglichst wenig Zitaten zu schreiben. Aber in den Zwischenzeiten spülten mir Erinnerungen Texte ins Bewusstsein, die ich unbedingt erwähnen wollte und das möglichst mit Originalzitaten. Das scheint mir besonders im Hinblick auf die Weimarer Republik und den Ursachen des Ersten Weltkrieges erforderlich zu sein. Als Ursachen des Ersten Weltkrieges werden ja häufig der deutsche Militarismus, der Nationalismus und das imperialistische Streben benannt. Nach dem Buch „Segen und Fluch des Geldes“ von Fritz Schwarz, den ich zitiert habe, haben die genannten Ursachen wiederum ihre Ursache im Streben nach Überschüssen im Export, weil nur diese Überschüsse das Gold bringen konnte, das man glaubte für die Geldmengenvermehrung für eine wachsenden Wirtschaft zu benötigen. In der gleichen Situation waren auch die andern am Welthandel teilnehmenden Staaten. Aufgrund der herrschenden Geld- und Währungstheorie war es so, dass fast zwangsläufig die Konkurrenten Kriegsgegner wurden.

Mir fielen bei diesem Thema drei Bücher von Sebastian Haffner ein: Der erste Titel lautet: „**Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg**“. Der zweite Titel lautet „**Anmerkungen zu Hitler**“ und der dritte: „**Überlegungen eines Wechselwählers**“. Damit sich die Leserin oder der Leser eine Vorstellung von dem Autor machen kann, sollte sie eine Kurzbiographie von ihm vorweg lesen.

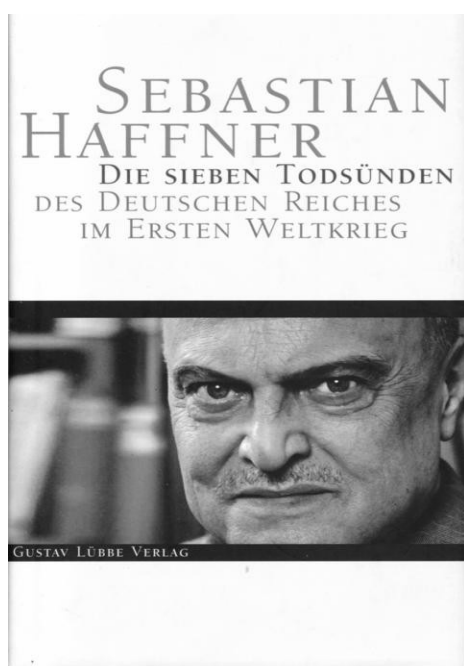
Ich bin nun mal deutsch. Sebastian Haffner: Eine Biographie

Der Mann, den wir als Sebastian Haffner kennen, wurde in den letzten Tagen des Jahres 1907 geboren und starb eine Woche nach seinem 91. Geburtstag. Er war Untertan Kaiser Wilhelms II. und Bürger der Weimarer Republik, floh aus Hitlerdeutschland, wurde Engländer und – erst 1972 – Bürger der Bundesrepublik. Er galt als halber Kommunist und ganzer Reaktionär, preussischer Patriot und überzeugter Europäer. Für die einen war er ein Schwadronierer, für die anderen ein geschichtsmächtiger Zauberer. Er schrieb für die weit rechts stehende ‚Christ und Welt‘ und die ‚konkret‘ Ulrike Meinhofs.

Silke Rotzoll | 21.11.2001

<https://www.deutschlandfunk.de/ich-bin-nun-mal-deutsch-sebastian-haffner-eine-biographie-100.html>

Ich stellte dann fest, dass ich den einen oder anderen Auszug von Haffners Werken schon in anderen Texten verwendet habe, aber ich kann ja nicht damit rechnen, dass diese auch gelesen werden, so dass die Wirkung einer Doppelung wahrscheinlich ausbleibt. Aber ich hatte soviel Auszüge gescannt, dass sie vom Umfang her zu viele waren. Als ich mir dann den Umfang der Auszüge bewusst machte, habe ich einen Rückzieher gemacht und beschränke mich auf weniger Auszüge als vorher gedacht. Ich beginne mit dem Band „*Die sieben Todsünden ...*“ und dessen Vorwort. Ich füge aber die Titel- bzw. die Umschlagseiten und die Inhaltsverzeichnisse ein. Es lohnt sich wirklich diese Bücher zu lesen, um nicht in dem von der deutschen Politik bis in die Gegenwart zelebrierten Schuld kult – der niemandem nutzt, aber politisch unfähig macht – hängen zu bleiben.



INHALT

Vorwort	7
1. Die Abkehr von Bismarck	11
2. Der Schlieffenplan	27
3. Belgien und Polen oder Die Flucht vor der Wirklichkeit	47
4. Der unbeschränkte U-Boot-Krieg	65
5. Das Spiel mit der Weltrevolution und die Bolschewisierung Russlands	83
6. Brest-Litowsk oder Die verpatzte letzte Chance	101
7. Der wirkliche Dolchstoß	119
Damals und heute (Nachwort 1964)	137
Nachwort 1981	169

Sebastian Haffner schreibt im oben angezeigten Buch: ³¹

VORWORT

1914-1964. Die Gedenktage sind vorbei, die Gedenkartikel sind geschrieben. Wer sie gelesen hat, muss feststellen: Deutschland ist mit dem Erlebnis des Ersten Weltkrieges nicht fertig geworden. Es liegt ihm unverdaut und unverdaulich im Magen wie eh und je.

Aus dem Erlebnis ist keine Erfahrung geworden. Die Erinnerung bringt nicht Einsichten und Erkenntnisse herauf, sondern Gefühle und Stimmungen.

Die alten Legenden sind nicht tot, von der »Einkreisung« bis zum »Dolchstoß«. Die Älteren reiben sich heute wie je an der »Kriegsschuldlüge« wund, bestreiten die Niederlage (die ja auch nicht leicht zu begreifen war, nach so vielen Siegen) und hadern mit dem Schicksal.

Die Jüngeren wissen nichts und wollen nichts wissen. Sie finden, schon der Zweite Weltkrieg gehe sie nichts mehr an; und nun gar der Erste! Für sie ist er eine ferne Sage.

³¹ Erstaussgabe 1964. Zitiert aus der Ausgabe von 2001.

Er ist aber der Anfang einer Geschichte, die noch nicht zu Ende ist - auch für die Jüngsten unter uns nicht. Mit dem Ersten Weltkrieg begann die deutsche Selbstzerstörung, die immer noch weitergeht. Damals begann Deutschland die Fehler zu machen, die es seither immer weiter in der Welt heruntergebracht haben - und die es heute noch macht.

Wer einen schweren Rückschlag im Leben erleidet, fragt sich nachher normalerweise: »Was habe ich falsch gemacht?« Er fragt sich das nicht, um sich zu bestrafen oder zu erniedrigen - bestraft und erniedrigt ist er weiß Gott genug -, sondern um aus seinen Fehlern zu lernen. Wenn er es versäumt, wird er dieselben Fehler immer wieder machen.

Die Deutschen haben es versäumt, und sie haben dieselben Fehler immer wieder gemacht. Statt sich zu fragen, wodurch sie sich den Krieg eingebrockt und ihn dann verloren haben, haben sie sich immer wieder vorgerechnet, dass sie am Krieg unschuldig gewesen seien und ihn eigentlich gewonnen hätten. Der Rest, der dann noch verblieb, war »Schicksal«.

Aber der Krieg und die Niederlage waren nicht »Schicksal«. Sie waren das Ergebnis falscher Einschätzungen, falscher Entscheidungen und falscher Maßnahmen deutscher Regierungen, die meist die Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit hatten. Die großen Fehler der deutschen Vorkriegspolitik, Kriegspolitik und Kriegführung sind heute aus der Entfernung mit dem bloßen Auge so klar zu erkennen wie die Gipfel einer fernen Gebirgskette. Man muss nur hinsehen wollen.

Hinsehen - nicht: sich zurückversetzen. Wem es darum geht, die Akteure von damals persönlich anzuklagen oder zu entlasten, der muss ihnen gewiss zubilligen, dass sie vieles, was heute klar zu sehen ist, zu ihrer Zeit nicht sehen oder voraussehen konnten. Darum geht es aber hier nicht. Wir wollen nicht richten, wir wollen lernen - aus harten, schweren, teuer bezahlten Erfahrungen endlich lernen. Wer das will, darf den Einwand nicht scheuen, dass man natürlich klüger ist, wenn man vom Rathaus kommt. Wäre man es doch nur! Nachträgliche Weisheit mag billig sein, aber besser als Verharren im Irrtum ist sie allemal. Das Dümme, was man tun kann, ist sicherlich, absichtlich wieder zu vergessen, was man auf dem Rathaus erfahren hat, und schließlich ebenso unbelehrt herauszukommen, wie man hineinging.

»Aber die anderen waren auch nicht besser und haben auch ihre Fehler gemacht!« Wahrscheinlich; aber für den, der aus seinem eigenen Unglück lernen will, ziemlich uninteressant. Die Deutschen werden kaum je in die Lage kommen, die damaligen Fehler Englands oder Russlands, Frankreichs oder des alten Österreichs zu wiederholen. Es sind ihre eigenen Fehler, die ihnen nachhängen und für die sie sich interessieren sollten, um sie in Gegenwart und Zukunft zu vermeiden. Jeder kehre vor seiner Tür. (Seite 7 f.)

I .DIE AB KEHR VON BISMARCK

Der erste der großen Fehler, die Deutschland gemacht hat, war, den Ersten Weltkrieg überhaupt zu verursachen. Das hat es nämlich getan. Mit »Kriegsschuld« hat das nichts zu tun. Von »Kriegsschuld« zu sprechen war nach dem Ersten Weltkrieg aufseiten der Sieger Scheinheiligkeit und Heuchelei. Schuld setzt ein Verbrechen voraus, und Krieg war damals kein Verbrechen. Er war im Europa von 1914 noch eine legitime Einrichtung, durchaus ehrenhaft und sogar ruhmvoll. Er war auch nicht etwa unpopulär. Gerade der von 1914 war es nirgends. Gejubelt wurde im August 1914 nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Russland, Frankreich und England. Die Völker fühlten damals alle, dass ein Krieg wieder einmal fällig war, und begrüßten alle seinen Ausbruch mit einem Gefühl der Befreiung. Aber dass er fällig geworden war, lag an Deutschland. Der große Bruch zwischen Frieden und Vorkrieg hatte um die Jahrhundertwende stattgefunden. Und was sich damals geändert hatte, war die deutsche Politik. Sonst nichts.

Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hatten zu den friedlichsten der europäischen Geschichte gehört. Auch das lag größtenteils an der deutschen Politik. ...

(S. 11)

Aus: Damals und heute (Nachwort 1964)

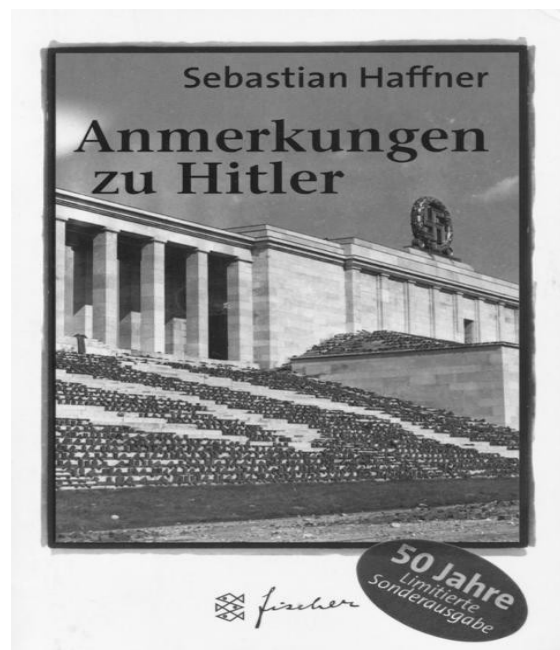
Nun, die Welt ist in der Tat kein Kindergarten. Völkerrechtsbrüche, Kriegsverbrechen, Brutalitäten und Grausamkeiten sind auch von anderen Mächten als vom Deutschen Reich begangen worden. Immerhin ist das Debetkonto, das das Deutsche Reich in dieser Hinsicht im Ersten Weltkrieg angehäuft hat, ziemlich hoch (vom Zweiten Weltkrieg zu schweigen). Den Hass, den man damit erregt, vorher nicht einzukalkulieren ist naiv und ihn dann noch nachher durch Selbstgerechtigkeit, Selbstbemitleidung und aussichtslose Aufrechnungsversuche bis zum Ekel zu steigern - besonders nachdem man verloren hat und auf die Versöhnlichkeit der siegreichen Opfer einigermaßen angewiesen ist - ist weder würdig noch klug. In dieser letzten Hinsicht leistet nun aber gerade die Bundesrepublik etwa gegenüber Polen und Russland heute Erstaunliches.

Noch einmal: Verbrechen und Grausamkeiten haben alle Völker auf dem Kerbholz, und obwohl die Deutschen sich gerade in diesem Jahrhundert in dieser Hinsicht traurig hervorgetan haben, stehen sie als Sünder gewiss nicht allein. Womit sie so ziemlich allein stehen, ist die Naivität, mit der sie sich selbst freisprechen und von einer herausgeforderten, schwer misshandelten und schließlich siegreichen Welt völlige Folgenlosigkeit ihrer Taten als ihr gutes Recht beanspruchen. Zu dieser Naivität gehört es übrigens auch, dass sie offenbar der Meinung sind, diese Taten würden nicht bemerkt, solange sie nur selbst nicht darüber reden; und jeden, der das eigene Nest zu reinigen versucht, gewohnheitsmäßig beschuldigen, es zu beschmutzen.

Das nächste Buch

Inhalt

Leben	7
Leistungen	31
Erfolge	57
Irrtümer	87
Fehler	113
Verbrechen	142
Verrat	168



Leben

... Napoleon versuchte, eine Dynastie zu gründen. Lenin und Mao organisierten die Parteien, die sie gründeten, zugleich als Pflanzstätten für ihre Nachfolge, und tatsächlich haben diese Parteien ja auch fähige Nachfolger produziert und unfähige, wenn auch unter manchmal blutigen Krisen, ausgeschaltet.

Nichts davon bei Hitler. Er richtete alles bewußt auf seine eigene Unersetzlichkeit ein, auf ein ewiges »Ich oder das Chaos«, beinahe könnte man sagen, auf ein »Nach mir die Sintflut«. Keine Verfassung; keine Dynastie - die wäre ja auch unzeitgemäß gewesen, von Hitlers Ehescheu und Kinderlosigkeit ganz abgesehen; aber auch keine wirklich staatstragende, Führer hervorbringende und überdauernde Partei. Die Partei war für Hitler nur das Instrument seiner persönlichen Machtergreifung; ein Politbüro hatte sie nie, und Kronprinzen ließ er darin nicht aufkommen. Über seine Lebenszeit hinauszudenken und vorzusorgen, weigerte er sich. Alles hatte durch ihn selbst zu geschehen.

Damit aber setzte er sich unter einen Zeitdruck, der zu überstürzten und unsachgemäßen politischen Entscheidungen führen mußte. Denn jede Politik ist unsachgemäß, die nicht von den Umständen und Möglichkeiten der jeweiligen Lage, sondern von der Dauer eines einzelnen Lebens bestimmt wird. Das aber bedeutete Hitlers Entschluß. Er bedeutete insbesondere, daß der große Lebensraum-Krieg, den er vorhatte, unbedingt noch zu seinen Lebzeiten, von ihm selbst, geführt werden mußte. Natürlich hat er darüber nie öffentlich gesprochen. Die Deutschen wären doch wohl ein wenig erschrocken, wenn er es getan hätte. Aber in den Bormann-Diktaten vom Februar 1945 gibt er alles offen zu. Nachdem er sich darüber beklagt hat, daß er den Krieg ein Jahr zu spät begonnen habe, erst 1939 statt schon 1938 (»aber ich konnte ja nichts machen, da die Engländer und Franzosen in München alle meine Forderungen akzeptierten«), fährt er fort: »Verhängnisvollerweise muß ich alles während der kurzen Spanne eines Menschenlebens vollenden... Dort, wo die anderen über eine Ewigkeit verfügen, habe ich nur einige armselige Jahre. Die anderen wissen, daß sie Nachfolger haben werden... « Freilich, dafür, daß er keinen haben konnte, hatte er selbst gesorgt. ... (S. 26. f.)

Leistungen

... Im ganzen muß man die Handhabung und Dosierung des Terrors in den ersten sechs Jahren - erst Furchterregung durch wüste Drohungen, dann schwere, aber hinter den Drohungen doch etwas zurückbleibende Terrormaßnahmen und danach allmählicher Übergang zu einer Beinahe-Normalität, aber ohne völligen Verzicht auf ein wenig Hintergrund-Terror - eine psychologische Meisterleistung Hitlers nennen. Sie sorgte bei den zunächst ablehnend oder abwartend Gestimmten - also der Mehrheit - für das rechte Maß von Einschüchterung, ohne sie zu verzweifelterm Widerstand zu treiben; und, noch wichtiger, ohne von den mehr positiv beurteilten Leistungen des Regimes allzu sehr abzulenken.

Unter diesen positiven Leistungen Hitlers muß an erster Stelle, alles andere in den Schatten stellend, sein Wirtschaftswunder genannt werden. Den Ausdruck gab es damals noch nicht; er ist erst für die überraschend schnelle Wiederaufbau- und Wiederankurbelungsleistung der Ära Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt worden. Aber er paßt noch viel besser auf das, was im Deutschland der mittleren dreißiger Jahre unter Hitler vor sich ging. Viel tiefer und stärker war damals der Eindruck, daß ein wirkliches Wunder vollbracht wurde, und daß der Mann, der es vollbrachte, also Hitler, ein Wundertäter war.

Im Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung. Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunderbarer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden, bei völlig stabilen Löhnen und Preisen. Das ist später nicht einmal Ludwig Erhard gelungen.

Man kann sich die dankbare Verblüffung, mit der die Deutschen auf dieses Wunder reagierten und die insbesondere die deutsche Arbeiterschaft nach 1933 in hellen Haufen von der SPD und KPD zu Hitler umschwenken ließ, gar nicht groß genug vorstellen. Sie beherrschte in den Jahren 1936 -1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der Hitler immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantisches Nörglers. »Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben« - das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die große Masse der Hitlergegner gebildet hatten.

War das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre wirklich eine Leistung Hitlers? Man wird die Frage trotz denkbarer Einwände wohl bejahen müssen. Es ist vollkommen richtig: Hitler war wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ein Laie; die einzelnen Einfälle, mit denen das Wirtschaftswunder in Gang gesetzt wurde, stammten größtenteils nicht von ihm, und besonders das halsbrecherische Finanzierungs-kunststück, von dem alles abhing, war eindeutig das Werk eines anderen Mannes: seines »Finanzzauberers« Hjalmar Schacht. Aber es war Hitler, der Schacht holte - erst an die Spitze der Reichsbank, dann auch des Wirtschaftsministeriums - und ihn machen ließ. Und es war Hitler, der all die Ankurbelungspläne, die schon vor ihm existiert hatten, aber vor ihm eben aus allen möglichen, hauptsächlich finanziellen Bedenken gestrandet waren, aus den Schubladen holen und ins Werk setzen ließ - von den Steuergutscheinen bis zu den Mefowechseln, vom Arbeitsdienst bis zu den Autobahnen. Er war kein Wirtschaftspolitiker, nein, und er hatte sich nie träumen lassen, daß er auf dem Umweg über eine Wirtschaftskrise und mit der Aufgabe, eine Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, zur Macht kommen würde. Die Aufgabe war ganz und gar nicht auf ihn zugeschnitten; in seinen Plänen und politischen Gedankengebäuden hatte das Wirtschaftliche bis 1933 kaum eine Rolle gespielt, aber er besaß genug politischen Instinkt, um zu begreifen, daß es jetzt für den Augenblick die Hauptrolle spielte, und, überraschenderweise, auch genug wirtschaftspolitischen Instinkt, um, im Gegensatz etwa zu dem unseligen Brüning, zu erfassen, daß Expansion in diesem Augenblick wichtiger war als budgetäre und monetäre Stabilität.

Außerdem besaß er freilich auch, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die Macht, mindestens den *Schein* monetärer Stabilität mit Gewalt zu erzwingen. Denn auch diese Schattenseite des Hitlerschen Wirtschaftswunders darf nicht übersehen werden: Da es sich inmitten einer fortdauernden Weltdepression abspielte und Deutschland zu einer Wohlstandsinsel machte, erforderte es die Abschottung der deutschen Wirtschaft gegen die Außenwelt, und da seine Finanzierung der Tendenz nach unvermeidlich inflationär war, erforderte es von oben auferlegte Zwangslöhne und -preise. Für ein diktatorisches Regime, mit den Konzentrationslagern im Hintergrund, war beides möglich: Hitler brauchte weder auf Unternehmerverbände noch auf Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen, er konnte beide in der »Deutschen Arbeitsfront« zusammenzwingen und damit lahmlegen, und er konnte jeden Unternehmer, der ungenehmigte Auslandsgeschäfte machte oder die Preise seiner Ware erhöhte, ebenso ins KZ sperren wie jeden Arbeiter, der Lohnerhöhungen verlangte oder gar dafür zu streiken drohte. Auch insofern muß man das Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre das Werk Hitlers nennen, und insofern waren sogar diejenigen in gewissen Sinne nur konsequent, die um des Wirtschaftswunders willen auch die Konzentrationslager in Kauf zu nehmen. ... (S. 34 f.)

Erfolge

... Seine Erfolge aber hat er sämtlich gegen Gegner errungen, die zu wirklichem Widerstand unfähig oder unwillig waren. Innenpolitisch hat er der Weimarer Republik den

Todesstoß versetzt, als sie bereits ausgehöhlt und praktisch aufgegeben war. Außenpolitisch hat er das europäische Friedenssystem von 1919 erledigt, als es bereits von innen heraus erschüttert war und sich als unhaltbar erwiesen hatte. In beiden Fällen hat Hitler nur das schon Fallende gestürzt.

Auch hatte es Hitler in den dreißiger Jahren, anders als in den Zwanzigern und Vierzigern, personell durchweg mit schwachen Gegnern zu tun. Die deutschen Konservativen, die ihm die Nachfolge der Weimarer Republik eine Weile streitig machten, waren konzeptionslos, unter sich zerstritten und innerlich schwankend zwischen Widerstand gegen Hitler und Bündnis mit Hitler; ebenso zwischen Widerstand gegen Hitler und Bündnis schwankend waren die englischen und französischen Staatsmänner der späteren dreißiger Jahre, denen Hitler seine außenpolitischen Erfolge abgewann. Wenn man sich den Zustand Deutschlands im Jahre 1930, den Zustand Europas im Jahre 1935 und den Zustand Frankreichs im Jahre 1940 genauer ansieht, verlieren Hitlers Erfolge den Nimbus des Wunderbaren, den sie für die Mitlebenden hatten. Wir müssen uns also dieser Mühe unterziehen, auch wenn die Betrachtung mitunter von Hitler wegzuführen scheint. Ohne ein wenig Zeitgeschichte bleiben Hitlers Erfolge unverständlich. Die Weimarer Republik war 1930 bereits am Ende, ehe Hitler im September seinen ersten großen Wahlerfolg errang.

62

Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und undefinierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als seine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. Die einzige Frage war, ob die bereits aufgegebenen Republik durch eine konservative - in letzter Konsequenz wohl monarchische - Restauration abgelöst werden sollte oder eben durch Hitler.

Wenn man diese Ausgangslage verstehen will, muß man einen kurzen Blick auf die Geschichte der Weimarer Republik werfen - eine von Anfang an unglückliche Geschichte.

Die Republik wurde bei ihrer Gründung nur von einer Dreiparteienkoalition der linken Mitte getragen - SPD, Linksliberale und Katholiken -, die schon die Reichstagsmehrheit der letzten Jahre des Kaiserreichs gebildet und im letzten Moment des Kaiserreichs, im Oktober 1918, seine Parlamentarisierung durchgesetzt (genauer: in den Schoß geworfen bekommen) hatte. Nach der Revolution vom November 1918 bildete sie die »Weimarer Koalition« der National-

63

versammlung, schuf die Weimarer Verfassung, die der des parlamentarisierten Kaiserreichs im wesentlichen nachgebildet war, und machte sich ans Regieren. Aber schon nach einem Jahr, bei den ersten republikanischen Reichstagswahlen, verlor sie die parlamentarische Mehrheit und gewann sie niemals wieder.

Dazwischen hatte die programmwidrige Revolution vom November 1918 stattgefunden. Sie hatte der Weimarer Koalition keineswegs ins Konzept gepaßt und war von ihr niedergeschlagen worden. Das erzeugte eine enttäuschte und erbitterte Daueropposition von links, die den Weimarer Staat nie akzeptierte und sich nie mit ihm versöhnte. Aber die Revolution hatte immerhin den einen, nicht wieder rückgängig zu machenden Erfolg gehabt, die Monarchie abzuschaffen. Der Weimarer Koalition blieb danach nichts übrig, als die von der Revolution geschaffene Republik zu der ihren zu machen. Damit aber schuf sie sich eine noch viel zahlreichere und stärkere Daueropposition von rechts, die den Weimarer Staat, den »Staat der Novemberrevolution«, ebenso wenig akzeptierte wie die enttäuschten linken Revolutionäre; und sie war gefährlicher als die Linksoption, weil sie nach wie vor fast alle Staatsstellungen in Heer und Beamenschaft besetzt hielt; der Staat von Weimar hatte von Anfang an eine ganze Armee von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst! Von 1920 an besaßen überdies die rechten und linken Gegner der Republik zusammen auch noch die Mehrheit im Reichstag, und bis 1925 schlingerte die Republik, kaum vom Stapel gelassen, bereits jahrelang wie ein Schiff in Seenot. Fast kein Jahr verging ohne einen Putsch von rechts oder links. (Der Hitlerputsch von 1923 war einer von vielen.) Niemand hätte der Republik in diesen Jahren ein langes Leben gegeben.

Und dann war ihr doch eine kurze Periode scheinbarer
64

Konsolidierung beschieden - die »goldenen zwanziger Jahre«, die Jahre von 1925 bis 1929; für Hitler die Jahre vollkommener Erfolglosigkeit, in denen seine lärmende Republikfeindschaft völlig ohne Echo blieb und fast schon der Lächerlichkeit verfiel. Was hatte sich geändert? Was machte die »Republik ohne Republikaner« plötzlich lebensfähig?

Mehreres. Ein fähiger Außenminister, Gustav Stresemann, brachte Ansätze zur Versöhnung mit den Kriegsgegnern, Erleichterungen und kleine Prestigeerfolge heim. Amerikanische Kredite sorgten für eine bescheidene Wirtschaftsblüte. Das Wichtigste aber war: Die massive und mächtige Rechtsopposition, immer schon (oder: immer noch) in dem Staat, den sie ablehnte, in allen Ministerien und Behörden fest verankert, gab ihre Opposition gegen diesen Staat vorübergehend und versuchsweise auf und ließ sich herbei, ihn zu regieren; aus Republikfeinden wurden ein paar Jahre lang »Verunftrepublikaner«.

Das entscheidende Ereignis, das diesen halben Gesinnungswandel möglich machte und der Republik die Chance der Konsolidierung gab, war, im April 1925, die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Man hat darin vielfach den Anfang vom Ende der Republik sehen wollen. Ganz falsch. Die Hindenburgwahl war für die Republik ein Glücksfall und gab ihr die einzige Chance, die sie je hatte. Denn mit dem Weltkriegsheros und kaiserlichen Feldmarschall an der Spitze sah die Republik für die Rechte, die sie bis dahin eisern abgelehnt hatte, plötzlich akzeptabel aus; etwas wie eine Versöhnung bahnte sich an. Sie hielt vor, solange (von 1925 bis 1928) eine Mitte-Rechts-Koalition aus Katholiken, Rechtsliberalen und Konservativen die Reichsregierung bildete. Damit war vorübergehend das staatstragende Parteiensystem zum ersten und einzigen Mal auf die ganze Breite des
65

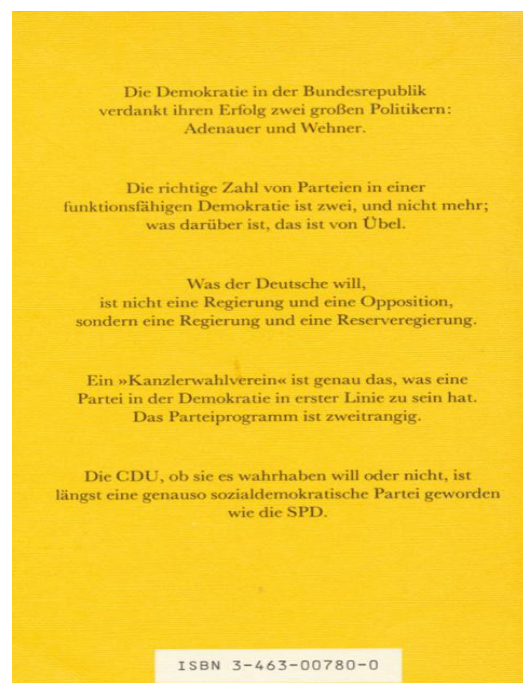
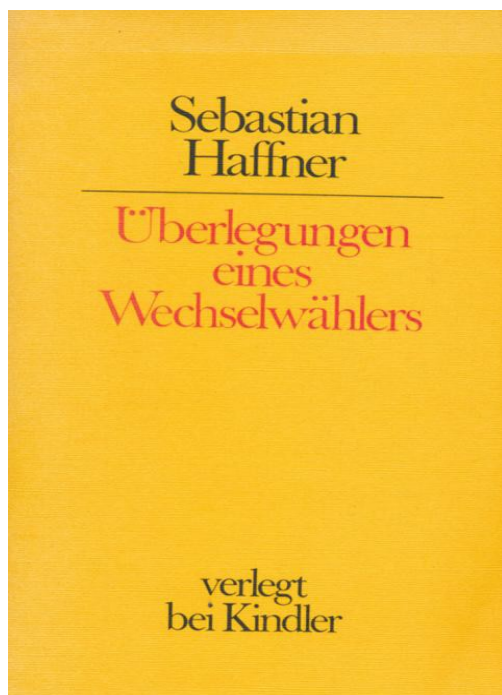
Rechts-Links-Spektrums ausgedehnt, von radikalen Randgruppen wie Kommunisten und Nationalsozialisten abgesehen; denn an der Staatstreue der nunmehrigen Opposition aus Sozialdemokraten und Linksliberalen war ohnehin nicht zu zweifeln. Aber das blieb Episode. Als 1928 die Rechtsregierung die Wahlen verlor und, zum ersten Mal seit 1920, ein Sozialdemokrat wieder Reichskanzler wurde, war alles schon

wieder vorbei. Die Konservativen, unter einem neuen Führer - Hugenberg -, gingen wieder auf stramm antirepublikanischen Kurs, selbst das katholische Zentrum, ebenfalls unter einem neuen Führer - Kaas -, redete jetzt von der Notwendigkeit eines autoritären Regimes, und im Reichswehrministerium begann ein politisierender General - von Schleicher -, Staatsstreichpläne zu schmieden. So etwas wie das Wahlergebnis von 1928 sollte der Rechten nie wieder passieren können, die Regierung - eine ewige Rechtsregierung - sollte von Parlament und Wahlen unabhängig gemacht werden, wie im Bismarckreich; die Parlamentsherrschaft sollte weg, ein Präsidialregime her. Im März 1930 war es soweit. Stresemann war im Oktober 1929 gestorben, im selben Monat hatte ein amerikanischer Börsenkrach eine Weltwirtschaftskrise eingeleitet, die sich sofort verheerend auf Deutschland auswirkte; die Regierung hatte sich nicht darauf einstellen können und war zurückgetreten, und diesmal wurde sie durch keine andere parlamentarische Regierung mehr ersetzt. Statt dessen wurde ein wenig bekannter rechter Zentrumsmann, Brüning (Schleichers Kandidat), Reichskanzler ohne parlamentarische Mehrheit, aber dafür mit quasidiktatorischen Vollmachten und mit dem heimlichen Auftrag, den Übergang zu einem konservativ-autoritären, parlamentsunabhängigen Regime zu vollziehen. Einstweilen regierte er mit Notverordnungen unter dem

66

Notstandsparagrafen, und als der Reichstag nicht spurte, löste er ihn auf. Das war Hitlers Chance. In der intakten (oder scheinbaren intakten) Republik der Jahre 1925 – 1929 hatte er nichts zu Bestellen gehabt. In der Staatskrise von 1930 wurde seine Partei mit einem Schlage zur zweitstärkste. ...

und das folgende 3. Buch



Erschienen 1980

Inhalt

Kapitel I	
Demokratie in Deutschland	7
Kapitel II	
Parteien im Wandel	61
Kapitel III	
Überlegungen eines Wechselwählers ...	117

Bei dem zuletzt genannten Band von Sebastian Haffner habe ich Widerspruch anzumelden, nicht bei der Schilderung der unterschiedlichen Herkunft der politischen Parteien in den USA und in Europa, auch nicht bei der Schilderung, dass politischen Parteien erst in der geschichtlichen Neuzeit in Erscheinung treten, sondern bei der Beschreibung ihrer Wirkungen gestern, heute und zu ihren künftigen Aufgaben.

Sebastian Haffner, Jahrgang 1907. Er zwei Jahre jünger als mein Vater, der Ostpreuße, genauer Memelländer, der die Option hatte, Litauer³² zu werden oder preußischer Staatsbürger zu bleiben. Er hat sich Ende der Zwanziger Jahr aus der Arbeitslosigkeit, von Hamburg aus, in eine selbständige Existenz im Oldenburgischen gerettet. Als er diese Existenz (zusammen mit seiner ostfriesisch wurzelnde Frau) dann mit einem Friseur- und Fotogeschäft gut entwickelt hatte, wurde er schon vor dem 1. September 1939, dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen³³ zum Militär eingezogen und Invalide.

Ich vermute, dass Haffner dieses Buch Anfang seines 8. Lebensjahrzehnt geschrieben hat und nach allem, was er hinter sich hatte, mehr mit dem in Übereinstimmung zu leben wünschte, was er im Jetzt vorfand. Vielleicht bekam er am Ende der 70er Jahre, wie Erich Kästner 1930 von seinen Lesern die Frage gestellt: „Wo bleibt das Positive?“

32 Der Name Abromeit ist litauischen Ursprungs und heißt soviel wie Abrahams Sohn.

33 Der Vorgang wird heute so geschildert, dass er zu dem Bild der bösen Deutschen oder Hitler-Deutschen passt, so einfach war es aber nicht. Die Ursachen der Konflikte zwischen Polen und Deutschland wurden schon von den Siegern des Ersten Weltkrieges erzeugt. Dies ergibt aus dem Buch „Meine Danziger Mission 1937 – 1939“ von Carl J. Burckhardt, letzter Hoher Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig. Auf der Seite 8 ist zu lesen: „Stresemanns Absichten waren bekannt. Er hat sich schon 1925 sehr deutlich geäußert: in einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte er die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors sowie die Veränderung der oberschlesischen Grenze als ein Hauptziel seiner Politik.“ Zu Stresemann siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Stresemann

Das ist aber kein Grund für mich, dieses Buch nicht zu empfehlen. Ich weise nur darauf hin, um erkennen zu geben, dass ich kein „gläubiger“ Leser bin.

Aus dem Kapitel Demokratie in Deutschland

... Womit wir wieder bei unserem Thema wären. Die Deutschen der Weimarer Periode hatten Thomas Manns Diagnose bestätigt, sie hatten die politische Demokratie nicht geliebt-, und sie hatten sie mit völlig demokratischen Mitteln beseitigt - weggewählt; dieselben Deutschen haben in den letzten dreißig Jahren die Bundesrepublik zu einer der stabilsten Demokratien der Welt gemacht, und das, ohne ihren Nationalcharakter erkennbar zu ändern. Thomas Mann gab als Grund dafür, daß sich Demokratie für die Deutschen - oder die Deutschen für die Demokratie - nicht eigneten, an, daß die Deutschen » die Politik selbst nicht lieben können«. Das tun sie immer noch nicht. Der verstorbene Bundespräsident Heinemann gab auf die Frage, ob er den Staat, dem er vorstand, liebe, zur Antwort: »Ich liebe meine Frau« - und sprach damit vielen - nicht allen - seiner Landsleute aus dem Herzen. Das deutsche Mißtrauen gegen die Politik, der »vorsichtige Ekel« davor, um mit Nietzsche zu reden, ist so lebendig wie eh und je. Warum hat er sich das eine Mal so und das andere Mal genau umgekehrt ausgewirkt? Auf diese Frage - und man muß zugeben, daß es eine interessante Frage ist - fehlt bisher, soweit wir sehen, jede Antwort. Ein paar Antworten, die gelegentlich - mehr in

28

der privaten als in der öffentlichen Diskussion - versucht worden sind, haben sich im Laufe der Zeit als oberflächlich und falsch herausgestellt. Die erste lautete, die Bundesrepublik sei ein Schönwetterstaat. Das Wirtschaftswunder erkläre alles. In der Weimarer Zeit ging es, die meiste Zeit, den meisten Leuten schlecht: Inflation, Depression, Massenarbeitslosigkeit. In der Bundesrepublik ging es, jedenfalls in den fünfziger Jahren, den meisten Leuten überraschend gut, besser als je: da ist es leicht, so lautete das Argument, ein guter Demokrat zu sein. »Laßt einmal wieder eine Wirtschaftskrise hereinbrechen«, so ging dieses Argument weiter, »und ihr werdet sehen, wie schnell wieder der Ruf nach dem starken Mann ertönt!« Nun, eine Wirtschaftskrise ist herein gebrochen, wenn auch keine so katastrophale wie 1930. Die siebziger Jahre waren wirtschaftlich alles andere als eine Schönwetterperiode: Inflation, Rezession, eine Million Arbeitslose - und wo ist der Ruf nach dem starken Mann? Im Gegenteil, das politische Parteiengefüge der Bundesrepublik hat sich in den siebziger Jahren mehr als je konsolidiert, ihr soziales Sicherheitsnetz ist noch fester geknüpft worden, ihre Rechtsstaatlichkeit hat sogar die Herausforderung des Terrorismus unbeschädigt bestanden; alles in allem genom-

29

men steht der demokratische Staat Bundesrepublik Anfang der achtziger Jahre siche-

rer und fester auf seinen Beinen als noch Ende der sechziger, als es immerhin Studentenrevolte und Apo gab. Übrigens ist nie klargemacht worden, warum Demokratie an wirtschaftliche Prosperität gebunden sein sollte; wenn man die Geschichte zum Beispiel Englands und Amerikas betrachtet, könnte man ebensogut die These vertreten, daß gerade wirtschaftliche Notzeiten eine demokratische Entwicklung begünstigen. Eine zweite Erklärung ging dahin, die Demokratie - wie die ganze Bundesrepublik - sei einfach eine Form der Anpassung an die westlichen Siegermächte. Und daran ist ja soviel richtig, daß die Demokratie in Deutschland zweimal, nach dem ersten Weltkrieg wie nach dem zweiten, eine Frucht der Niederlage war. Hätte der Kaiser den ersten Weltkrieg gewonnen - die Hohenzollern regierten noch heute. Und hätte Hitler den zweiten gewonnen - keine innerdeutsche politische Kraft hätte ihn beseitigt. Aber das beantwortet nicht die Frage, warum es nach 1918 und nach 1945 so sehr unterschiedlich weitergegangen ist. Die Weimarer Republik, obwohl immerhin durch eine echte deutsche Revolution geschaffen, war von An-

30

fang an ein kränkliches Gebilde und hatte nach kümmerlichen zwölf oder dreizehn Jahren die klare Mehrheit der Deutschen gegen sich. Die Bundesrepublik, mit viel schwächeren Anfängen und obendrein nur ein deutscher Teilstaat, ist in den dreißig Jahren ihrer bisherigen Geschichte immer stärker geworden. Das ist mit bloßer Anpassung und liebedienerischer Beflissenheit gegenüber den demokratischen Siegermächten längst nicht mehr zu erklären. Die Amerikaner, Engländer und Franzosen haben heute auf die innere Gestaltung des mit ihnen verbündeten deutschen Staates keinen wirklichen Einfluß mehr. Wenn in diesem deutschen Staat heute die Demokratie praktisch unangefochten funktioniert - viel besser funktioniert, als sich 1949 voraussehen ließ - , dann deswegen, weil die Deutschen es so wollen; und sie wollen es, weil es ihnen so gefällt, nicht weil es den Amerikanern, Engländern und Franzosen gefällt. Und damit sind wir wieder bei der alten Frage: Was erklärt, daß dieselben Deutschen, die nach 1918 mit der » immerhin sogar selbstgeschaffenen « Weimarer Republik nichts anzufangen wußten und sie 1932 mehrheitlich verwarfen, aus der 1949 mehr oder weniger auferlegten, zunächst fast gleichgültig hingenommenen Bundesrepublik ihren Staat gemacht ha-

31

ben, einen der gesundesten Staaten der deutschen Geschichte und eine der stabilsten Demokratien in der ganzen Welt? Warum ist Bonn nicht Weimar geworden? Was hat die Deutschen zu Demokraten gemacht?

Die kürzeste Antwort lautet wahrscheinlich: Harte Notwendigkeit. Aber diese Antwort, wie alle sehr kurzen Antworten, ist ein wenig kryptisch. Sie will erklärt sein. Versuchen wir es. Die Weimarer Republik hat man, schon sehr bald nach ihrer Entstehung, eine Republik ohne Republikaner genannt - nicht etwa eine Demokratie ohne Demokraten. Der Unterschied in der Formulierung ist bedeutsam. Man kann nicht sagen, daß es in Deutschland 1918 - und schon vorher im Kriege, sogar schon vor dem Kriege - nicht starke demokratische Strömungen gegeben hätte. Aber zugleich waren die Deutschen von 1918 in ihrer Mehrheit gewohnheitsmäßige Monarchisten. Keine bürgerliche Partei wollte die Monarchie abschaffen. Nicht einmal die Mehrheit der Sozialdemokraten wollte es. Ebert, der letzte kaiserliche Reichskanzler und erste republikanische Reichspräsident, versuchte

als Vorsitzender der SPD noch am 9. November 1918 verzweifelt, die Monarchie zu retten. Er gab sich große Mühe, seinen letzten Vorgänger im Reichskanzleramt,

32

Prinz Max von Baden, als »Reichsverweser«, also als Statthalter eines künftigen Monarchen, zu halten, und er nahm es seinem Parteifreund Scheidemann sehr übel, daß er vom Balkon des Reichstages aus impulsiv die Republik ausgerufen hatte. Und wie Ebert dachten die meisten der damals sogenannten Mehrheitssozialdemokraten. Sie waren, wie auch die bürgerlichen Linksliberalen und manche katholischen Zentrumsleute, durchaus demokratisch gesinnt, aber sie waren im Grunde keine Republikaner. Ihr Demokratieverständnis war ein monarchistisches. Unter »Demokratie« verstanden sie die Brechung des politischen Adelsmonopols, besonders durch Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, und mehr Macht für die »Volksvertretung«, den Reichstag: Er sollte in Zukunft den Kanzler durch ein Mißtrauensvotum stürzen können. Aber ernennen sollte den Kanzler nach wie vor der Kaiser. »Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung« - das Motto, das der preußische Reformminister Hardenberg hundert Jahre vorher geprägt hatte, war im Grunde auch noch das der demokratischen (sozialdemokratischen) Reformpolitiker der Zeit des ersten Weltkriegs. Eine monarchische Regierung, eine Regierung von oben, war ihnen noch selbst-

33

verständlich. Was sie wollten und »Demokratie«. (oder auch, gut deutsch, »Volksstaat«.) nannten, war im Grunde nur eine Mitbestimmung von unten, erweiterte Rechte für ein auf breiterer Basis gewähltes Parlament; wenn man es zugespitzt sagen will; eine mächtigere volkstümliche Daueropposition gegen die kaiserliche Regierung. Diese Vorstellung schlug sich dann auch in der Weimarer Verfassung nieder. Man hat die Weimarer Verfassung damals die freieste der Welt genannt; und tatsächlich gab sie der politischen Betätigung des Volkes mehr Auslauf als das Grundgesetz der Bundesrepublik; man könnte sogar sagen: sie überforderte die Politikfreudigkeit der Deutschen. Nicht nur der Reichstag und die Landtage, auch der Reichspräsident wurde vom Volk gewählt; und außerdem gab es noch Volksbegehren und Volksentscheid, die das Bonner Grundgesetz nicht kennt. ...

Seite 34

Zu den Europäern „sichtbaren“ Parteien in den USA:

Der Demokrat Roosevelt war ein Aristokrat; der Republikaner Nixon kam aus dem untersten Kleinbürgertum. Und in den Südstaaten sind noch heute die »linken« Demokraten die Partei der ehemaligen Sklavenhalter, die »rechten« Republikaner die der Sklavenbefreier. Kurz, die Parteizugehörigkeit sagt in Amerika wenig über die Klassenzugehörigkeit, wenig auch über die politische Meinung aus; es gibt »linke« und »rechte« Demokraten, »rechte« und »linke« Republikaner. Für den Europäer ist das immer noch verwirrend. Aber so war es in Amerika von Anfang an, und vergessen wir nicht: Es waren die Amerikaner, nicht die Europäer, die die Parteien erfunden haben. Offensichtlich

haben sie sich etwas dabei gedacht, sie von Anfang an so breit anzulegen, nicht als Klassen-, Meinungs- oder Weltanschauungsparteien, sondern als das, was man bei uns heutzutage »Volksparteien«- nennt.

Warum sind denn überhaupt die Parteien in Amerika entstanden und nicht in Europa? Und warum haben sie in Amerika von vornherein eine Form angenommen, der sie in Europa erst heute, zweihundert Jahre später, und immer noch zögernd, beinah ver-
stohlen, beinah wi-

68

derwillig, zustreben? Die beiden Fragen hängen zusammen, und die kurze Antwort auf beide lautet wahrscheinlich: weil in Amerika die moderne Massendemokratie entstanden ist - während die Europäer immer noch dabei sind, die Demokratie zu erlernen. Die dreizehn amerikanischen Kolonien, die sich nach gewonnener Unabhängigkeit 1788 als Vereinigte Staaten von Amerika etablierten, hatten ja nicht nur einen Unabhängigkeitskrieg geführt; sie hatten eine Revolution gemacht. Und diese Revolution war viel mehr als eine Auswechslung des Herrschers und des Herrschaftspersonals. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung enthält den ungeheuren Satz: »Regierungen muß es unter Menschen geben; sie beziehen ihre berechtigten Gewalten von der Zustimmung der Regierten«. Damit ist der paulinische Satz: »Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet«, der bis dahin in der ganzen Christenheit, auch in den amerikanischen Kolonien, unwidersprochen gegolten hatte, auf den Kopf gestellt - oder, wenn man will, vom Kopf auf die Füße. Regierung, »Obrigkeit« kommt nicht mehr von oben und wird nicht als gottverordnet akzeptiert, sobald sie sich irgendwie gebildet hat. Sie muß von unten, aus dem Volke heraus, gebildet werden, und sie

69

muß die Zustimmung des Volkes finden, das heißt, sie muß gewählt werden: Nur dann ist sie legitim. Das ist das neue politische Evangelium der modernen Demokratie, das in Amerika 1776 erstmals verkündet und 1788 dann in prosaische politische Realität umgesetzt wurde. Eine ungeheure Herausforderung an die gesamte geschichtliche Erfahrung! Daß so etwas gelingen und funktionieren könnte, schien noch generationenlang außerhalb Amerikas fast unglaublich. Noch in den 1830er Jahren beschrieb einer der intelligentesten europäischen politischen Denker aller Zeiten, Tocqueville, die »Demokratie in Amerika« mit nie nachlassendem Staunen.

Das Staunen galt nicht der Tatsache, daß Menschen sich so etwas ausdenken konnten - Utopien hatte es immer gegeben -, sondern daß es, mehr oder minder erfolgreich, in einem Teil der Welt verwirklicht worden war, daß es funktionierte. Das aber verdankte es der anderen weltgeschichtlich neuen politischen Erfindung, die die Amerikaner gleichzeitig mit der Demokratie gemacht hatten, der Erfindung der Parteien - und zwar gerade solcher Parteien, wie es die amerikanischen von Anfang an waren; also sehr gleichartiger, schwer unterscheidbarer, keineswegs durch entgegenge-

70

setzte politische Philosophien voneinander geschiedener Parteien; und nur zweier von ihnen. Der Versuch, eine dritte Partei zu etablieren, ist in der amerikanischen Geschichte immer wieder gelegentlich gemacht worden und immer wieder gescheitert. Man bedenke: Demokratie heißt ja nicht Abschaffung von Regierung, von »Obrigkeit«. Im Gegenteil, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung sagt ausdrücklich: Damit die Menschen ihres Rechts auf Leben, Freiheit und Glücksstreben sicher sein können, muß es Regierungen unter Menschen geben. Auch demokratische Obrigkeit ist Obrigkeit, auch in der Demokratie müssen Regierung, Polizei, Militär, Justiz, Finanzamt bei den Bürgern Gehorsam finden - und, wo sie ihn nicht finden, notfalls erzwingen. Aber wo sollen Regierung, Polizei usw. herkommen? Und wie soll sichergestellt werden, daß sie wirklich auf der Zustimmung der Regierten beruhen? Die Antwort auf diese Fragen - dieselbe Antwort auf beide -, die die Gründer der amerikanischen Demokratie gegeben

haben, ist eben die Erfindung der Parteien. Die amerikanische Revolution hatte ja, was Regierung und Verwaltung, »Obrigkeit«, betraf, zunächst tabula rasa gemacht. Es gab keinen König mehr, keine königliche Verwaltung, Ju-
71

Schauen al die Präambel des Grundgesetzes und die Artikel 146 und 23 an:
Die ursprüngliche Fassung vom 23. Mai 1949 lautete:

stiz, Armee, Polizei. Das alles hatten vorher die Engländer gestellt, und die hatte man vertrieben. Der Ersatz dafür - Präsident, Kongreß, Gerichte, Verwaltungsbehörden - mußte irgendwie geschaffen werden. Aber wo sollte er herkommen? Er sollte vom Volke gewählt werden. Aber dazu mußte erst einmal etwas da sein, was zur Wahl stand: Menschen, die willig und vielleicht fähig waren, Regierungsfunktionen auszuüben, wenn sie in solche Ämter gewählt wurden, mußten irgendwie aus dem Volke herausgefiltert werden, sie mußten sich, örtlich und landesweit, als regierungswillig zu erkennen geben, und sie mußten bereit sein, sich zur Wahl zu stellen. Man brauchte, mit einem Wort, Pflanzschulen für Politiker oder angehende Politiker; und zwar Pflanzschulen im Plural, nicht nur eine einzige, denn sonst hatte ja das Volk keine Wahl gehabt; aber auch wieder nicht zu viele, denn das hätte Verwirrung gestiftet; am besten wohl zwei, denn keine Wahl ist eine so klare Wahl, wie die Wahl zwischen zwei und nur zwei Möglichkeiten, das So oder So. Mit einem Wort, man brauchte .Parteien., und zwar zwei davon; private Wahlvereine, die zugleich Regierungsschulen waren; Einrichtungen, die mögliche Regierungen herausbildeten und zur Wahl stellten. ...

72

... Das deutsche Staatsbewußtsein hatte sich bis 1918 ganz eindeutig am Monarchen orientiert. Nun war der Monarch weg, aber das Bewußtsein hatte sich dadurch nicht mit einem Schlag geändert. Daß die Parteien jetzt plötzlich eine ganz andere Rolle zu spielen hatten als vorher, daß es ihnen jetzt zukam zu regieren und nicht mehr nur, die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren, auf diesen Gedanken kam zunächst niemand; am wenigsten die Parteien selbst. Wir haben schon im ersten Kapitel gesehen, daß die Weimarer Verfassung die Lücke, die das Verschwinden der Monarchie hinterlas-

82

sen hatte, auszufüllen suchte, indem sie den vom Volke gewählten Reichspräsidenten zu einer Art Wahlmonarchen machte; in Notzeiten sogar zu einem Wahidiktator. Außerdem gab es ja - anders als in Amerika nach 1783 - immer noch, unangetastet, den ganzen kaiserlichen Herrschaftsapparat, den Beamtenkörper, die Armee. Sollten die doch weiterregieren! Durch die ganzen vierzehn Jahre der Weimarer Republik zieht sich wie ein roter Faden ein ewiges Bestreben, die Regierung von Parlament und Parteien wieder zu trennen, .Fachminister« anstelle von Politikern in die Regierung zu holen - einmal, 1923, gab es sogar fast ein Jahr lang eine reine »Fachregierung«, die Regierung Cuno; und bald danach, im Winter 1923/24, eine legale, vom Reichspräsidenten Ebert unter dem Notstandsartikel ernannte Militärdiktatur unter dem General v. Seeckt. Auch die »Präsidialkabinette« Hindenburgs in den Jahren 1930/32 regierten losgelöst von Reichstag und Parteien. Das erste von ihnen, das Kabinett Brüning, wurde immerhin zwei Jahre lang vom Reichstag »toleriert« - dies war der offizielle Ausdruck, in dem sich die Abdankung der Parteien von der Regierungsverantwortung geradezu klassisch artikulierte: Der Reichstag trug und stützte die Regierung nicht, aber er stürzte sie auch

83

nicht, er mißbilligte, aber er »toleriert« sie; er wollte einfach mit dem Regieren nichts zu tun haben. Die »demokratischen« Parteien, die in Brünings Zeit noch eine knappe

Mehrheit im Reichstag hatten, drückten sich vor der Regierungsverantwortung; sie fühlten sich eben nicht geschaffen dafür. Sie hatten es im Grunde schon vorher nicht getan. In den zwölf Jahren von 1919 bis 1930 hatte es elf Regierungswechsel gegeben, und nicht wenige der elf Regierungen waren Minderheitsregierungen gewesen; die Parteien drängten sich nicht zur Regierungsverantwortung und gingen gern schnell wieder in die »Erholungsopposition« (ein heute vergessenes, damals allgemein gebräuchliches Schlagwort des politischen Jargons). Denn in der Regierung, die immer eine Koalitionsregierung war (keine Partei war stark genug, allein zu regieren), mußten sie notgedrungen Kompromisse machen, mit denen sie ihre Stammwähler enttäuschten. In der Opposition konnten sie sich davon wieder »erholen«.

Die Parteien der Weimarer Republik waren eben immer noch, weitgehend sogar noch mit demselben Personal, wenn auch teilweise mit veränderten Parteinamen, die alten Parteien des Kaiserreichs: dieselben Klassen- und Interessenvertretungen, »Weltanschauungspartei-

84

en«, auf Kritik und Opposition eingerichtet, nicht auf Regierung. Wenn sie regieren sollten, fühlten sie sich überfordert. In der konstitutionellen Monarchie waren Reichstag und Parteien sozusagen die Bremse im Auto gewesen. Nun sollte die Bremse plötzlich den Motor ersetzen, und das konnte sie natürlich nicht. ...

85

Ich denke, dass das, was ich von Sebastian Haffners Aussagen in diesen Text eingefügt und von anderen Autoren in anderen Texten von mir eingefügt habe, macht deutlich, dass die Behauptung der offiziellen Politik, Hitler sei durch das völkische Denken und den Antisemitismus an die Macht gekommen, nicht stimmen kann. Es soll nicht behauptet werden, dass es keinen Antisemitismus in Deutschland gab – er war im Abendland auch damals weit verbreitet – und keine völkische Denkweise gegeben hat, sondern nur, dass diese beiden angegebenen Gründe nicht die Kraft hatten die Republik zu sprengen und ohne Kriegsgründe soviel Menschen und davon besonders viele Juden in den Tod zu schicken.

Ich habe Nahum Goldmann schon in anderen Texten von mir zitiert. Er schreibt in seinem Buch „Mein Leben. USA – Europa – Israel“:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. (Seite 8)

Wenn die Weimarer Republik dem Judentum eine Heimstätte war, dann kann in dieser Zeit der Antisemitismus und das völkische Denken nicht die Ursache für den Aufstieg von Hitler sein. Der einzige Grund könnte dann nur gewesen sein, dass die jüdischen Mitbürger wesent-

lich besser durch die ökonomische Krise gekommen sind. Dann wäre das aber ein Hinweis der besagt, dass nicht nur die nichtjüdische Bevölkerung auf das Wohl der jüdischen Gesellschaftsmitglieder achten müssen, sondern umgekehrt genauso. Von einzelnen Fällen ist mir das auch bekannt. In der „kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek“ auf meiner Internetseite, habe ich auch eine Schrift von dem jüdischen Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden aus dem Jahr 1924, in zweifacher Form erneut veröffentlicht. Die eine Fassung mit Hilfe einer Originalfassung in einer Frakturschrift. Die andere als Fortsetzungsreihe der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ von 1989. Diese Ausgabe enthält eine biographische Notiz zum Autor. Einführend ist dort zu lesen:

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, beginnen wir mit einem Abdruck der Schrift von Dr. Max Sternberg "Warum und wie zur Freiwirtschaft?" Dr. Sternberg hat darin im Jahr 1924 in geradezu prophetischer Sicht das Versagen marxistischer Parteien vorausgesagt und das Überleben des Kapitalismus. Mit Schaudern erfüllt es den heutigen Leser, wenn Sternberg, selbst jüdischer Mitbürger, "eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze" der Deutschnationalen heraufkommen sieht, auf die "ja von jeher das dumme Volk hereingefallen ist."

Sternberg beginnt mit einem fiktiven Gespräch zwischen dem damaligen Großindustriellen Stinnes und den Führern der Sozialdemokratie. Bis auf die von uns kursiv gesetzten Wörter (Im Original gesperrt), halten wir uns strikt an das vorliegende Dokument.³⁴

Eigentlich könnte das alles Schnee von gestern sein, wenn nicht mit der falschen Entstehungsgeschichte der Nationalsozialismus durch unseren Staat Aufklärungsarbeit zu machen ver-

31. Juli 1919

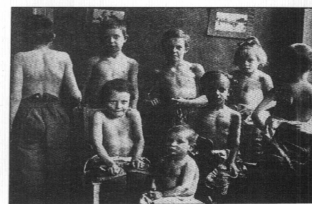
Weimarer Verfassung steht

Rechte und linke Parteien kritisieren die Weimarer Verfassung, die von der Nationalversammlung in dritter Lesung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wird. MSPD, Zentrum und DDP votieren für, DNVP, DVP und USPD gegen die neue Verfassung. Reichspräsident Friedrich Ebert (MSPD) unterzeichnet die Grundsätze der Republik am 11. August. Hugo Preuß (DDP), der u.a. auf die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern verweist, war maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt. Die DNVP begründet ihre Ablehnung damit, dass ihr die neue Verfassung nicht konservativ genug sei. Sie wendet sich gegen die »extreme Demokratie« und den umfassenden Parlamentarismus, der in der Weimarer Verfassung verankert ist. Die USPD hingegen meint, dass der Zeitpunkt für die Verfassung verfrüht sei. Deutschland bräuchte eine Abkehr von dem engen Nationalismus und einen Aufstieg zum Internationalismus.

12. Juli 1919

Hungerblockade aufgehoben

Zur Freude der Bevölkerung heben die alliierten Siegermächte die seit Ende 1914 bestehende Wirtschaftsblockade gegen Deutschland auf. Ab sofort können wieder normale Handelsbeziehungen gepflegt werden. Die Ostseeblockade bleibt allerdings bestehen, da noch immer deutsche Truppen im Baltikum kämpfen. Die Sanktion wird oft als Hungerblockade bezeichnet. Nach deutschen Angaben sind ihr über 700 000 Menschen zum Opfer gefallen. Besonders in den Städten treten Mangelkrankheiten auf. Vor allem Kinder litten unter dem Boykott (Abb.: Unterernährte Kinder vor der ärztlichen Untersuchung).



34 Die Texte haben auf meiner Internetpräsenz die Kennziffern 56.2.1 und 56.2.2

7. NOVEMBER 1918

Novemberrevolution im Deutschen Reich

Die Novemberrevolution fegt in Deutschland die wilhelminische Ordnung hinweg. Arbeiter- und Soldatenräte gehen für die Republik auf die Straßen.

Aufständische Matrosen des 3. Geschwaders wählen in Kiel einen Soldatenrat, der die Macht in der Stadt übernimmt. Die Aufständischen verfügen über 40000 bewaffnete Soldaten, mit denen sie die Inhaftierten des Matrosenaufstands befreien. Die Forderungen des Soldatenrats, die von der SPD und der USPD unterstützt werden, leiten die Revolution im Deutschen Reich ein. Mit der Entsendung des »rechten« Sozialdemokraten Gustav Noske ins aufständische Kiel versucht die Mehrheits-

(M)SPD, die Kontrolle über die beginnende Revolution zu gewinnen und sich zum Verhandlungsführer der Aufständischen zu machen. Die Forderungen der meuternden Soldaten beziehen sich zunächst ausschließlich auf eine Mildereung der Militärdisziplin und auf die Rücknahme von Befehlen. Von einem revolutionären politischen Ziel, wie der Umwandlung des Deutschen Reichs in eine demokratische Republik, ist noch nicht die Rede.

Auf einer Versammlung in Hamburg solidarisieren sich am 5. November Soldaten und Arbeiter und rufen den Generalstreik aus. Von hier greift die Bewegung auf Lübeck und Bremen über. Einen Tag später kontrollieren Arbeiter- und Soldatenräte die Städte Wilhelmshaven, Bremerhaven, Oldenburg, Schleswig, Lüneburg, Hannover sowie die gesamte mecklenburgische Küste. Trotz des Versuchs der MSPD, die Kieler Matrosenerhebung auf ihre im wesentlichen unpolitischen Forderungen zu reduzieren, lässt sich der Aufstand nicht mehr unter Kontrolle halten. Die Kieler Ereignisse wirken wie ein Fanal, das unmittelbar revolutionäre Aktionen auslöst. Hatte die Erhebung zunächst den Charakter einer Militärrevolte, so wird sie mit ihrer Ausbreitung von Norden nach Süden zu einer revolutionären Bewegung, die weite Teile der Bevölkerung erfasst.

Am 7. November greift die Revolution auf die Städte des Ruhrgebiets, die sächsisch-thüringische Industrieregion und den Großteil Süddeutschlands über. Der Zusammenbruch der mi-

litärischen Ordnung führt zur Bildung von Soldatenräten, die von den Garnisonssoldaten unterstützt werden. Die Arbeiterschaft der Industriebetriebe orientiert sich an diesem Beispiel und gründet Arbeiterräte, die sich mit den Soldaten verbünden. Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die Exekutivgewalt, d.h. sie treten an die Stelle der örtlichen militärischen Generalkommandos. Die kom-



Die Soldaten der Berliner Garde-Ulanen-Kaserne übergeben ihr Gebäude und ihre Waffen den Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates.

munalen und zivilen Behörden bleiben in der Regel unangetastet. Die Räte verstehen sich als eigenständige Organisationen unabhängig von Parteien und Gewerkschaften. Sie besitzen kein einheitliches Konzept für die Umgestaltung des Staates, befürworten jedoch die Zusammenarbeit mit MSPD und USPD. Die politische Führung in den von den Räten beherrschten Orten liegt bei den Parteiorganisationen beider sozialdemokratischer Parteien. Am 7. November ruft Kurt Eisner, Vorsitzender der Münchener USPD, im bayerischen Landtagsgebäude den republikanischen »Freien Volksstaat Bayern« aus. Zur gleichen Zeit verlässt König Ludwig III. mit seiner Familie überstürzt die bisherige Residenzstadt. Die Revolution findet ohne jedes Blutvergießen statt. Im Saal der Gaststätte »Mathäuserbräu« wird am späten Abend der Arbeiter- und Soldatenrat gewählt.

Die Reichshauptstadt wird am 9. November von der Revolution erfasst. Mit einem spontanen Streik der Arbeiterschaft bricht der bewaffnete Aufstand in Berlin aus. Die Arbeiter- und Soldatenräte stellen ihre bewaffnete Macht den Mehrheits-Sozialdemokraten zur Verfügung. Damit ist der Machtkampf zwischen diesen und dem äußersten linken Flügel, der USPD, über die Führung der revolutionären Erhebung und die zukünftige Gestaltung des Staates entschieden. Nur vereinzelt kommt es zu Gefechten mit kaisertreuen Offizieren. Während in anderen deutschen Städten die Macht bereits in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegt, bleibt es in der Hauptstadt wegen der Zersplitterung der politischen Linken zunächst ruhig.

sucht wird und dadurch nach meiner Einsicht nach ungewollt den Antisemitismus eher fördert als bekämpft. Und ich habe auch das Gefühl, dass die Motivation der Anti-Antisemiten genauso, nicht ehrlich begründet ist, sondern sich aus der Lust und versteckten Motiven speist, Andersdenkende mit Zustimmung der Politik in das gesellschaftlich Aus zu stellen und sich selber dadurch als einen guten Bürger präsentieren können.

Ich bringe jetzt (oben) noch ein paar Scanne aus dem Buch „DAS JAHRHUNDERT-BUCH“, 1999, ein Projekt des ADAC-Verlages und des Bertelsmann Lexikon Verlages. Neben den jeweiligen Schwerpunktthemen wird für jeden Tag des vorigen Jahrhunderts eine Nachricht vorgestellt. Das Buch hat 1264 Seiten in einem Format, das über DIN A 4 hinausgeht. Ich denke, auch diese hier eingefügten Bild-Dateien können helfen sich in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg hineinzudenken.

In einer solchen Situation der Rebellion und Unruhe vieler Bürger kann nicht unmittelbar eine funktionierende Demokratie entstehen, weil eine Erhebung ja in einer gehäuften individuellen Unzufriedenheit der Beteiligten mit ihrer Lebenssituation zu tun hat. Durch die Ausrufung entsteht nicht unmittelbar eine Demokratie oder Republik. Die Gefahr besteht immer, dass kleine Einheiten der Erhebung ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und von Vorstellungen anderer Minderheiten und der Mehrheiten ihre Vorstellungen von dem, was werden soll, durchsetzen wollen. Auch die Autoritäten, die sichtbar werden, werden wohl nur selten in einem demokratisch legitimen Selektionsprozess „geboren“. Der schöne Schein und die Manipulation sind dann der Meister und die Meisterin der Situation. Das große Übel, das in einer solchen Situation entsteht, ist der Zeitdruck der tatsächlich, wahrscheinlich oder vorgeschoben besteht. Da kann keine Verankerung einer Demokratie entstehen (oder auch nur nach der Lösung dringender Probleme gesucht werden). Die Bürger werden von den Prozessen der Findung einer Verfassung und seiner Verabschiedung ausgeschlossen und werden obendrein von selbsternannten Vertretern des Volkes dafür zu doof gehalten. Das habe ich so nicht gelesen, aber man kann es berechtigt so deuten. Auch die Verquickung der Verfassungsgebenden Versammlung mit den Aufgaben mit der Wahl von Parlament und Regierung ist 1919 schon gegeben. Für die Art der Entstehung des Grundgesetzes, bei der die Landtage die Mitglieder des Parlamentarischen Rates bestimmt haben, kann man sich noch berechtigte Gründe zurechtlegen, aber die Ausschließung der Bürger der DDR und BRD, der beiden deutschen Republiken, muss man – wenn man sich nicht selbst belügen will – als Verrat des Demokratieprinzips und des Auftrages des Grundgesetzes sehen. Darauf komme ich noch zurück. Ich füge noch erst

einen Beitrag aus dem Jahrhundertbuch zu dem Versailler Vertrag ein. Dass hier nicht von einem Vertrag gesprochen werden kann, geht schon daraus hervor, dass Deutschland von den Verhandlungen darüber ausgeschlossen war. Der Vorgang zeigt, dass Sieger in einer kriegerischen Auseinandersetzung an einem wirklichen Frieden gar nicht interessiert sind. Und das bleibt auch so, so lange Kriege für Sieger ein gutes oder erforderliches Geschäft sind.

Das die Deutschen damals gekränkt über das „Diktat“ waren, ist verständlich. Ob dieser „Vertrag“ unerfüllbar war, wie immer gesagt wurde, wurde von Silvio Gesell anders gesehen. Dazu später mehr. Hier füge ich noch einen Link zum Thema Nationalversammlung ein.

https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zur_Deutschen_Nationalversammlung#

Empörung über das Diktat

Die Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen des Versailler Vertrages lösen in Deutschland über alle Parteien hinweg einen Sturm der Entrüstung aus (Abb. unten: Der DDP-Vorsitzende Friedrich Naumann bei einer Protestrede; Abb. rechts: Plakataufschrift: »Zum Henker mit dem Höllenfrieden«). Neben der demütigenden Behandlung der deutschen Delegation – bei eingeschränkter Bewegungsfreiheit durfte sie lediglich den Vertragstext entgegennehmen – sind es vor allem die Entwaffnungsbestimmungen und die Forderung nach alleiniger Anerkennung der Kriegsschuld, die helle Empörung hervorrufen. Am 20. Juni tritt die Regierung unter Philipp Scheidemann (MSPD) zurück. Scheidemann, der den Vertragstext »als ein befristetes Todesurteil für Deutschland« bezeichnet, zieht die Konsequenz aus der Tatsache, dass es in der Nationalversammlung keine Mehrheit für seine den Vertrag ablehnende Politik gibt. Unter dem Druck eines alliierten Ultimatums, den Krieg wieder aufzunehmen und

Deutschland militärisch zu besetzen, wenn der Vertrag nicht binnen einer gesetzten Frist unterschrieben werde, streiten die Abgeordneten heftig um die Unterzeichnung. Schließlich setzt sich die Auffassung durch, dass dem entwaffneten Land keine andere Möglichkeit mehr bleibe, als den Vertrag zu akzeptieren. Vor allem die Parteien der politischen Rechten instrumentalisieren diese Entscheidung bald schon als Agitationsgrundlage. Sie stellen die Akzeptanz des Versailler Vertrages als Kapitulation und Verrat an der Nation dar. Am 23. Juni ermächtigt die Nationalversammlung schließlich die neue Regierung unter Gustav Bauer (MSPD), den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen. Aus Protest gegen die bedingungslose Unterzeichnung stürmen Soldaten der Berliner Freikorps das Zeughaus und verbrennen französische Fahnen, die im Krieg 1870/71 erbeutet worden waren. Der Vertrag stößt auch in Großbritannien und den USA, die ihn nie ratifiziert haben, auf Kritik. So schreibt der Londoner »Daily Herald« am 8. Mai: »Die Bedingungen der Entente sind schamlos und abgeschmackt, sie sind Vorspiel neuen Rassenhasses und eines neuen Krieges«. In ganz Europa finden Protestveranstaltungen statt.



Bevor ich eine Stellungnahme von Gesell zum Versailler Vertrag hier einblende, zitiere ich seine Sicht von 1918 auf die nachfolgende Entwicklung der nationalen und internationalen

Politiken wieder. Die Worte sind eingängig und gehören vermutlich zu den am häufigsten zitierten Aussagen von ihm.

Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: „Nie wieder Krieg!“, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

(Silvio Gesell / Gesammelte Werke / Band 17 / Seite 257)

Am 17. August habe ich zusammen mit meiner Frau auf ARTE den Film „Abenteuer Tiefseekabel / Die Vernetzung der Welt“ angesehen. Im Begleittext³⁵ der Programmankündigung heißt es:

99 Prozent des weltweiten Datenverkehrs läuft heute nicht etwa über Satellit, sondern über Seekabel, die am Meeresgrund liegen. Der Film zeigt, wie Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen Irland und Kanada das erste transatlantische Tiefseekabel verlegt wurde. Es verband Nordamerika mit Europa und legte den Grundstein für die Entwicklung eines globalen Kommunikationssystems.

Am 16. August 1858 wird eine kurze telegrafische Mitteilung von Valentia Island im irischen County Kerry mehr als 3.000 Kilometer weit über den Atlantik bis nach Neufundland geschickt: „Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Per Schiff wäre die Nachricht mindestens zehn Tage unterwegs gewesen, doch dank des neuen Telegrafenkabels auf dem Grund des Atlantischen Ozeans dauerte die Übertragung mit Morsecode nur wenige Stunden – der Beginn eines neuen Kommunikationszeitalters. Visionäre Unternehmer und Pioniere der Technik hatten das scheinbar Unmögliche möglich gemacht, wie der reiche Geschäftsmann Cyrus W. Field, Samuel Morse, Erfinder des Telegrafen und des Morsecodes, der britische Ingenieur Isambard Brunel und der Physiker William Thomson alias Lord Kelvin. Mit Einfallsreichtum und Durchhaltevermögen vollbrachten sie gemeinsam eine der größten wissenschaftlichen Leistungen ihrer Zeit. Sie mussten zahlreiche Rückschläge hinnehmen, bevor ihnen nach acht Jahren endlich der Durchbruch gelang. Mit innovativen Grafiken, historischen Rekonstruktionen, Archivaufnahmen und beeindruckender Filmtechnik erzählt der Dokumentarfilm das Abenteuer Tiefseekabel.

Man erwartete von dem Gelingen des Projektes Impulse für den Frieden zwischen den Völ-

35 <https://www.arte.tv/de/videos/101363-000-A/abenteuer-tiefseekabel/>

kern, das war ein Trugschluss, wie sich herausstellte. Sicher ist, dass unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen, das Projekt mit mehrmaligem Scheitern nicht hätte finanziert werden können, wenn das Vorhaben mit dem Gelingen nicht eine hohe Rendite dadurch versprochen hätte, dass mit dem erreichbaren Informationsvorsprung an den Börsen höhere Gewinne ermöglicht würden. Als der zweitgrößte Nutznießer dieses Fortschrittes – wie bei den meisten Erfindungen – war der Militärische Bereich, den man beim genaueren Hinschauen als Diener des Kapitalismus sehen kann. Ich will mit diesen Zeilen keine Aufklärungsversuch starten, sondern nur darauf hinweisen, dass es im gesellschaftlich-ökonomischen Bereich immer noch genug zu entdecken gibt. Der Grund ist, dass die westliche Wirtschaftswissenschaft trotz des Fleißes ihrer Mitglieder und der Entwicklung hochkomplizierter Modelle im Ideologischen stecken geblieben ist.

Hier drin liegt auch die Ursache begründet, dass die Weimarer Republik ihr Ende im Scheitern fand, dass für Hitler die Politik der Demokraten die Startrampe wurde und den Deutschen den Titel „Mördervolk“ einbrachte. Ich würde mich ja selbst beim Schreiben eines solchen Satzes als Propagandisten einstufen, wenn die offizielle Ökonomie eines der ökonomischen Probleme, die am Beginn des vorigen Jahrhunderts bestanden (Einkommens- und Vermögensverteilung, Konjunkturstabilität, Befreiung der ökologischen Belange vom ökonomischen Wachstumsdruck, Schaffung der ökonomischen Bedingungen für den Bürger- und Völkerfrieden) gelöst hätte.

Diese Sätze enthalten kein Bemühen, die Summe der Gesellschaftswissenschaftler in ihrer Ehre zu kränken und sind auch kein Versuch, meine persönlichen Mängel durch die Herabsetzung ganzer Berufsgruppen zu kompensieren. Erstens würde ich damit jene Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler kränken, die die Mängel ihrer Berufsstände erkannt haben und versuchen, diese zu überwinden. Zweitens würde ich statt einer Aufklärung einer weiteren Vernebelung unserer (und weltweit sich wiederholenden) gesellschaftlichen Probleme fördern. Es gilt, einen Schlüssel für die immer noch nicht genug bewusst gewordene Blockadehaltung zu finden.

Gestern stellte ich ein paar Bücher zurück ins Regal, da fiel mein Blick auf das Buch von Hermann v. Berg. Der Titel lautet: „Marxismus-Leninismus Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie“. Das Buch ist 1986 in der BRD erschienen. Ich kann mich erinnern, dass ich von Berg, als ich das Buch damals gelesen hatte, angeschrieben und gefragt habe, ob

das Buch sein Freifahrtschein in den Westen gewesen wäre? (Oder so ähnlich.) Er antwortet sinngemäß, das wäre eine Frage zu einer komplizierten Geschichte. Vor dem Schlafengehen habe ich das Buch nochmals in die Hände genommen und darin geblättert. Anhand der vielen Markierungen konnte ich feststellen, dass ich es intensiv gelesen habe. Ich las dann noch das Vorwort und wusste, dass ich heute an dieser Stelle daraus eine Passage verwenden kann. Zur Erläuterung des gewählten Stils des Verfassers Hermann von Berg scheint mir erforderlich zu sein, die ersten Sätze aus dem Vorwort ebenfalls zu zitieren:

Wer Polemik nicht mag, soll dieses Buch nicht anfassen. Der Stoff, den es behandelt, verträgt keine unterkühlt sachliche, zurückhaltende, akademische Verfahrensweise. So habe ich andere Arbeiten formuliert. ... (S. 7)

... Ich ziehe ein Fazit aus meinem Leben, theoretisch wie politisch. Vielleicht hilft es jungen Menschen, den Irrtum zu vermeiden, den ich von Kindesbeinen an zuerst dank meiner Neulehrer unterlegen bin: Das der »M-L« eine Theorie, eine Wissenschaft mit gesellschaftlichen und sozialen Konsequenzen sei, die dem Leben einen Sinn geben könnten.

Es gibt für den forschenden Hochschullehrer drei Möglichkeiten, wenn er erkennt, daß seine bisherigen fachlichen und gesellschaftlichen Ansichten nicht der Wahrheit entsprechen:

Die erste ist, von Freunden, Kameraden und Arbeitskollegen zumeist mit melancholischer Nonchalance empfohlen: Maul halten, die üppigen Pfründen und die Besitztümer genießen. Die zweite ist, nach den Regeln bekannter Geistlicher des französischen Ancien regime zu verfahren: Die Enthüllungen aufschreiben und erst nach der letzten Ölung zum Druck freigeben.

Die dritte, unangenehmste ist: Man rechnet sachlich und kritisch mit sich selbst ab, prüft sein Gewissen, vor dem man bestehen können muß, weil man sich sonst als Mensch aufgibt und zieht die Konsequenz, die jede Diktatur, sei sie faschistisch oder kommunistisch, dann erfordert: Haft, Flucht, Exil. Dabei haben DDR-Bürger Glück im Unglück: Ins Exil brauchen wir nicht.

Was habe ich für zwingende Gründe, mich nach der dritten Möglichkeit zu entscheiden? Sagt der Westen nicht seit eh und jeh, der Marxismus-Leninismus sei eine falsche Ideologie, was ist also neu oder anders an der Aussage in meiner Studie zu diesem Problem?

Gewiß: Bestimmte Leute im Westen sagen das, aber die ideologisch gedrillten bis verbohrteten Kader im realen Sozialismus hören da nicht hin, denn: Dort spricht der Klassenfeind. Sie glauben nicht den revisionistischen, trotzkistischen, eurokommunistischen, reformistischen, den liberalen und konservativen Kritikern des M-L, und einer Gruppe jugendlicher Idealisten im realen Sozialismus geht es ebenso: Aus ihnen wachsen die Leitungskader nach, mein eigener Irrtum wiederholt sich immerfort. Sie schwören auf ihre Klassiker Marx-Engels-Lenin und die Parteibeschlüsse.

Ich antworte ihnen mit diesen Klassikern und den Beschlüssen der Partei. Das verstehen sie. Das können sie überprüfen, ohne strafbare Literatur zu benutzen. Das ist kei-

ne Sprache, die ihnen Schwierigkeiten macht, im Gegenteil: Es ist die ihre. Sie sollen sich mit eigenen Augen überzeugen, welch hirnrissiges, sinnloses Bla-Bla der M-L ist, auch an Hand neuer, bisher unbekannter Tatsachen aus den historischen und ökonomischen Quellen. Noch sind die entsprechenden Bücher hierzulande nicht alle aus dem Verkehr gezogen. Das kommt erst noch.

Damit haben sie dann die Erklärung für die unerträglichen Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit, die ihnen täglich schwer zu schaffen machen, und das ist die Voraussetzung für nötige Reformen, deren Vorstellungen in ihren Köpfen reifen und durch ihre Taten realisiert werden müssen. ... (Seite 8 f.)

Eine Entsprechung zu dieser Aussage von westlich geprägten Ökonomen kann ich nicht präsentieren, weil ich noch keine gelesen habe. Diese müsste ja von jenen Professoren, Assistenten und Studenten geschrieben werden, die das damaligen Leiden von H. von Bergs aus ihren anders geprägten eigenen Erfahrungen nachempfinden könnten.

Zu bedenken ist: Die Uneinsichtigkeit der Ökonomen und anderen Gesellschaftswissenschaftler und in Folge der Politiker am Anfange des vorigen Jahrhunderts hat dazu geführt, dass noch vor der Mitte des 20. Jahrhunderts, weite Teile der Welt in Trümmern lag und die Toten nicht alle beweint werden konnten, weil es so unendlich viele gab. Wir haben schon lange begonnen die Erfahrungen daraus zu vergessen, Wir wissen nicht welche schrecklichen Wirkungen die – grob gesehen – gleiche Verhaltensweise der Wissenschaft und Politik von heute hat.

Ich wünsche mir, dass das alles Spökenkikerei ist, was ich hier schreibe. Leider habe ich keinen Anlass dazu, dass das so ist. Gesell hat sich ja nie gescheut von den Folgen der Fehlentwicklungen zu berichten, die er sah, schrieb aber auch von der Wendung, wenn er sich dazu in der Lage sah. Ich füge daher einen Beitrag zum Thema *Versailler Vertrag* von ihm ein. Das Thema hat ihn wohl stark beschäftigt, wenn man sich die Nennungen dazu im Stichwortverzeichnis anschaut.

II. Das Reparationsproblem. E. Die Hoffnung auf die Revision des Diktates.

Es gibt immer noch, und nicht nur in Deutschland Menschen, die glauben, daß das Diktat von Versailles schließlich doch noch eine Revision zu unseren Gunsten erfahren wird. Wir haben ja auch die Sachverständigen gehört, die behauptet haben, daß Deutschland die ihm aufgebürdeten Lasten nicht tragen kann. Das Urteil solcher ausländischen „Sachverständigen“ geht dann auch durch die ganze deutsche Presse, und – man freut sich, wenn nachgewiesen wird, daß wir zu arm sind und so viel nicht zahlen können. Denn man glaubt, daß das Urteil solcher Männer Einfluß auf das Gebaren der Sieger haben wird. Als ob die Völker der Entente eher nach Sachverstand sich richteten, als wir hier in Deutschland.

Es ist höchste Zeit, daß wir solche törichte Hoffnungen fahren lassen. Wer ist denn Cassel, wer ist denn Keynes? Ich glaube, daß unter der Masse der französischen

Wähler kaum einer unter tausend die Namen dieser Männer je gehört hat. Und außerdem braucht ja nur einer das Wort „Bestechung“ fallen zu lassen, dann glaubt das Volk, daß die Boches hier mit unehrlichen Mitteln arbeiten. Panama hat den französischen Bauer mißtrauisch gemacht. Und der französische Bauer regiert in Frankreich. Ihn wird das Urteil von noch so vielen und ehrenwerten Sachverständigen niemals von der Notwendigkeit überzeugen, den Vertrag zu revidieren, denn Revision heißt für ihn ja sich selbst die Steuern auferlegen, die er dem deutschen Steuerzahler zugedacht hatte! Hat es in der Geschichte der Menschheit schon je so etwas gegeben? Utopie ist solche Hoffnung. Der französische Bauer sagt sich: weshalb arbeite ich 12 Stunden im Stall und auf dem Felde? Warum soll der deutsche Arbeiter nur 8 Stunden arbeiten? Eigentlich sollte es doch umgekehrt sein! Soll der Sieger arbeiten und der Besiegte mit den Händen in den Hosentaschen zuschauen? Der Boche soll mindestens so lange wie ich arbeiten und dann wollen wir sehen, ob er zahlen kann oder nicht. So denkt der Bauer in Frankreich und so würde der Bauer in Deutschland in gleicher Lage auch denken. Und alle Sachverständigen der Welt werden ihn nicht von diesem Urteil abbringen. Sagt man ihm, daß Deutschland unter der Last zusammenbrechen wird, dann lacht er nur und sagt: umso besser. Dann brauchen wir kein so starkes Heer mehr. Dann werden wir vom Militarismus, den uns Deutschland (S.289) aufgebürdet hat, befreit. Und unser Sohn, unser fils unique braucht nicht jahrelang Kasernenluft und Kasernenmoral aufzunehmen. Bricht Deutschland gänzlich zusammen, dann sparen wir am Militärbudget, was wir an den Reparationen verlieren. Unser Sicherheitsgefühl wächst, wenn in Hungerrevolten die Deutschen sich gegenseitig umbringen. Wenn die Not die deutschen Chemiker, Ingenieure, Architekten und Kaufleute zur Abwanderung getrieben haben wird, wenn die Unternehmer mit ihrem Kapital geflüchtet, alle geflüchtet sind, wenn die Fabriken eingestürzt sein werden, dann werden wir uns sicher fühlen und dann werden wir mit Behagen die Titel der deutschen Reparationsschulden ins Feuer werfen. Kurz, wenn sich Deutschland erholt und zahlt, dann müssen wir ein starkes Heer unterhalten. Und das Heer wird die Reparationssumme auffressen. Und wenn sich Deutschland nicht erholt, dann werden wir das Heer entlassen können. Finanziell ist also für uns kein Unterschied, ob Deutschland sich erholt oder ob es zusammenbricht. Wir wollen also keine Revision.

Daß neben solchen brutalen Stimmen, namentlich in den großen Städten und im Proletariat auch menschliche Stimmen gehört werden, ändert nichts an der Tatsache, daß in Frankreich jeder Finanzminister, der sich mit den Worten einführt: Wir müssen sofort ganz energisch unsere Steuern erhöhen, damit wir Deutschland entlasten und unser lieber Nachbar nicht unter den Reparationen zusammenbricht, sofort an die Luft gesetzt wird.

In England steht es politisch für den Gedanken der Revision um kein Haar besser. Die proletarischen Massen, die die Arbeitslosigkeit auf die deutschen Reparationen zurückführen, sind aus diesem Grunde für die Revision. Die bürgerlichen Kreise, die von der Arbeitslosigkeit weniger unmittelbar betroffen werden, sollen von der Revision, die sich in eine noch stärkere Anziehung der Steuerschraube umsetzen würde, nichts wissen. Die revisionistischen Kreise in England erlitten bei den Wahlen eine schwere Niederlage. Auf wen nun soll der englische Finanzminister sich stützen, wenn er im Parlament die Revision empfiehlt und sagt, man könne doch nicht still zusehen, wie ein so scharfer Konkurrent wie Deutschland zusammenbricht und daß die „Gefahr“ besteht, daß er sich niemals erholen wird! Er empfehle, Deutschland einen Teil der Schulden zu erlassen und diesen den englischen Steuerzahlern aufzubürden, damit der Konkurrent sich erholen und seine so nützliche Tätigkeit, die nach allgemeiner Ansicht jetzt Ursache der schrecklichen Arbeitslosigkeit in England ist, wieder mit frischeren Kräften aufnehmen kann! Die Deutschen hätten ja immer behauptet, daß die „Engländer“ nur aus Konkurrenzneid in den Krieg eingegriffen hätten und daß es jetzt gilt, zu zeigen, England habe niemals solche krämerhaften Absichten gehabt! Man sieht – Utopie ist

es (Seite 290) also auch von englischer Seite her eine für uns günstige Revision zu erwarten.

Der dritte im Bunde, Italien, ist an den deutschen Reparationsleistungen weniger interessiert. Darum war auch in Italien die Stimmung der Revision günstiger. Aber an die Stelle Nittis trat nun Mussolini, der ganz andere Pläne verfolgt. Nitti war für den Weltverkehr und sah im Versailler Diktat ein schweres Hindernis für diesen Weltverkehr. Mussolini dagegen, Nationalist, wird wie alle Nationalisten lieber ein kleines, aber geschlossenes, nationales Wirtschaftsgebiet ausbauen wollen. Klein aber mein! Also erhöhte Zollsätze. Dazu aber braucht er die deutsche Industrie nicht. Dem Nationalisten ist das, was im Ausland vorgeht, gleichgültig. Gleichgültig darum auch, ob das Volk jenseits der Alpen verhungert und verdirbt. Das neue, nationalistische Italien, wird darum auch der Revision wegen sich nicht in Widerspruch mit Frankreich setzen wollen. Gib mir freie Hand am adriatischen Meer und ich gebe dir freie Hand am Rhein. So wird Mussolini an Poincaré schreiben.

Keinem Menschen auf der Welt ist das Schicksal Deutschlands gleichgültiger als den USA-Menschen. Gewiß, es gibt wie überall so auch in Amerika noch Menschen. Aber eben so sicher ist auch, daß kein Staat der Welt so brutal und rücksichtslos seine Ziele verfolgt, wie eben der Staat der Nordamerikaner. Nicht umsonst haben sich die Amerikaner selbst aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Die brutale Monroedoktrin, die Zollpolitik, die ebenso brutale Rasse- und Einwanderungspolitik, die hier getrieben wird und von deren Auswirkungen wir Europäer zu befürchten haben, daß uns das Erbe des Columbus noch einmal an die Mongolen verloren gehen wird, wenn wir die Amerikaner hier weiter ihre kurzsichtige Politik treiben lassen, alles das ist auf einem Völkerbundstag nicht vertretbar. Und von diesen, von der kurzsichtigsten Ichsucht besessenen Menschen erwarten wir nun, daß sie sich selbst besteuern werden, nur um die Landsleute – der God d . . . Hessians zu entlasten? Utopie ist solcher Glaube, kindlichste Utopie. Wenn uns Amerikaner helfen, dann wird es die Hilfe des Wucherers sein. Mehr nicht. Je hilfloser wir in den Armen des Versailler Polypen sein werden, umso mehr wird sich der Sohn Morgans freuen, und sich für Deutschland interessieren. Leute wie Morgan, die die Krise von 1907 kaltblütig heraufbeschworen, die ihr eigenes Volk zwecks Börsendifferenzen in das schwerste Unglück getrieben haben, von denen ist zu erwarten, daß sie die Revision nur vom Standpunkt des Wucherers behandeln werden.

Lassen wir also alle Hoffnungen fahren. Uns hilft sicherlich kein Staat. Wenn noch eine Hoffnung verbleibt, so ist es die, daß (Seite 291) die Entente sich vielleicht vor dem bolschewistischen Charakter der finanziellen Maßnahmen fürchten wird, die wir in Verfolg der Erfüllungspolitik werden treffen müssen. Denn, wenn uns die Entente zwingt, das Versailler Diktat zu erfüllen, so sind hier in Deutschland finanzielle Maßnahmen nötig, die den Stempel des Bolschewismus auf der Stirn tragen. Sachwertsteuern, Vermögensabgaben. Mieterschutz, Konfiskationen und Bolschewismus, es ist ein und dasselbe Ding. Und wenn wir nun den Völkern, dem Welt-Proletariat, zeigen, wie man es machen muß, wenn wir deutsche Gründlichkeit, deutsche Wissenschaft, in den Dienst dieses Reparations-Bolschewismus stellen, wenn es in der Welt bekannt wird, daß in Deutschland trotz schwerer Reparationslasten die Arbeiter aller Berufe, die Beamten, die Lehrer, die Bauern, wirtschaftlich besser gedeihen als in den von den Reparationsleistungen unterstützten Völkern, wenn die jetzige Auswanderung gar in eine Einwanderung ausländischer, belgischer, französischer, englischer, amerikanischer Arbeiter umkippt, die den Tragkörper der Reparationslasten vergrößern werden, dann vielleicht werden die Ententevölker stutzig werden und in der Furcht, daß solcher Reparations-Bolschewismus Schule machen und über die Grenze greifen könnte, werden sie die Revision vornehmen wollen, zu der ihnen sonst ewig die politische Macht fehlen würde. Dann allerdings dürfte es auch schon zu spät sein. Denn, wenn wir einmal unter dem Druck der Ententebajonette die Last des Kapitalismus abschütteln müssen, dann

werden von allen Teilen der Welt die Proletarier Studienkommissionen nach Deutschland senden und dann werden diese Proletarier dafür sorgen, daß das, was wir aus Not taten, nun in ihren Ländern aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit getan werde.

Videant consules . . . Wo sind nun die französischen, englischen, amerikanischen Konsuln des Kapitalismus, die die Aufmerksamkeit ihrer Herren, auf diese Folgen der Reparationspolitik lenken?

Jedes Ding hat zwei Seiten. Auch die Reparation hat sie. Wenn wir hier in Deutschland den Druck der Ententesoldaten benutzen, um die inneren Widerstände, die sich gegen die Lösung der sozialen Frage aufürmen, zu brechen, so ersparen wir damit den Bürgerkrieg, der vielleicht sonst unvermeidlich wäre. Dann werden wir vielleicht in einigen Jahren sagen, wenn wir von der Höhe des sozialen Friedens die Blutströme betrachten, die in den anderen Ländern im Kampfe um dasselbe Ziel vergossen werden, ausrufen: Wie billig bist du, Michel, durch die Reparationen zum sozialen Frieden gekommen!

Silvio Gesell / Gesammelt Werke / Band 13 7 1921 -1922 / ab Seite 289

000

Versailles, Versailler Friedensvertrag

→ **Reparationen**

X 244

XII 275–294, 301–303 (Wir werden den Vertrag erfüllen.)

XIII 53, 78, 230 (das blöde Warten auf die Revision), 289–292 (Hoffnungen auf Vertragsrevision fahren lassen), 302, 315, 319, 335, 339

XIV 70–72, 76, 154, 192, 194, 196, 221–223, 225, 233, 252, 264, 267, 270, 314–315, 337, 344, 355, 362, 369, 375–376, 383 (V. F. anerkennen), 385–386, 388, 401

XV 45, 48, 55, 164, 221–222, 233, 259, 380

XVI 97

XVII 41, 267–268

XVIII 255

<https://www.silvio-gesell.de/gesammelte-werke.html>

<https://www.silvio-gesell.de/leseproben.html>

000

Das Ergebnis der Suche mit dem Stichwort *Versailler Friedensvertrag* habe ich eingefügt, um den Leserinnen und Lesern zu zeigen, wie leicht man mit der digitalisierte Form der Gesammelten Werke von Gesell zu Ergebnissen kommt. Bevor ich mit einer Zwischenstufe zu einem neuen Abschnittes meiner „Botschaft“, die über meinen Tod hinaus Suchende erreichbar wer-

den soll, beginne, will ich noch auf Hjalmar Schacht ³⁶ eingehen. Schacht wurde von Sebastian Haffner in seinen „Anmerkungen zu Hitler“ als Mann erwähnt, der als Verursacher hinter „Hitlers Wirtschaftswunder“ stand.³⁷

Das von Hitler mit Hilfe von Schacht erzeugte Wirtschaftswunder hätten die Sozialdemokraten und die Parteien, die die Erlösung von der Inflation durch die Rückkehr zur Goldwährung anstrebten, auch schon 1919 haben können. Hitler wäre dann höchsten hier und da in Fußnoten von Beschreibungen der Zeitgeschichte erwähnt worden. Das ganze Elend, das er mit denen erzeugt hat, die ihn anhimmelten oder sich ihm unterwarfen, wäre der Welt erspart geblieben. Und für das Hintergrundgeschehen ist Hjalmar Schacht wie auch Reichskanzler Brüning eine Symbolfigur. Zu Brüning lese man das Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer.³⁸ Zu Schacht ist einiges in dem unten angezeigten Wikipedia-Bertrag zu lesen. Ich will hier noch ein paar Hinweise und Vermutungen vermitteln, aber nicht dem Menschen Schacht die Würde nehmen. Natürlich spielen auch im menschlichen Handeln, die persönlichen Eigenschaften eine Rolle, aber manchmal dominieren die Vorstellungen von einem Sachverhalt oder eines Problems, die Mensch im Kopf mit sich herumtragen³⁹, die Auswahl des Handlungsmusters. Ich bringe ein paar Zitate aus dem Buch „Stabilisierung der Markt“ von Hjalmar Schacht aus dem Jahr 1928.

Auf der Seite 159 / 160 ist unter anderem zu lesen:

... Nahezu ein jeder Wochenauweis bis zum Ende des Jahres zeigte eine Erhöhung des Goldbestandes, der mit dem 31. Dezember 1924 die Höhe von 760 Millionen erreichte. Das Hereinkommen der Dawes-Anleihe erlaubte es, diese Tendenz zu verstärken, so daß am 31. März 1925 der Betrag von 1 Milliarde Gold überschritten wurde. Erst im Laufe des Jahres 1926 wurden die Goldkäufe wieder verstärkt im Zusammenhang mit dem Hereinkommen großer langfristiger Auslandskredite. Der größte Teil allen Goldes ist in New York erworben worden, dann folgen mit ungefähr gleich hohen Beträgen England und die Schweiz, und kleinere Beträge sind herein-geflossen aus Schweden, Holland und Rußland. Die Goldpolitik der Reichsbank ist nicht allseitig gebilligt worden, insbesondere nicht von den Anhängern der nominalistischen Währungstheorie.

Ich habe mich auf theoretische Auseinandersetzungen weder mit den Nominalisten noch mit den Indexwährungstheoretikern jemals eingelassen und habe immer ganz offen ausgesprochen, daß ich von Währungstheorien allein nicht viel

36 https://de.wikipedia.org/wiki/Hjalmar_Schacht

37 Wenn es keine Seitenzahlverschiebung mehr gibt, findet sich die Aussage zu Schacht in diesem Text auf der Seite 61.

38 Auszüge sind auf meiner Internetseite zu finden.

39 Das ist auch wieder ein Hinweis darauf, was im Schulen vermittelt wird.

halte, daß ich aber jederzeit bereit sein würde, diejenige Währung anzunehmen, die von Amerika und England angenommen würde. Ich unterlasse es deshalb auch an dieser Stelle, mich mit den Fragen der Goldwährung, der Goldkernwährung, der Devisenwährung usw. auseinanderzusetzen, und konstatiere lediglich, daß die metallistische Währungstheorie in der Welt nicht schwächer, sondern stärker dasteht als je zuvor und daß nichts so sehr wie der Krieg die Überlegenheit der Goldwährung bewiesen hat das kann und soll nicht hindern, daß die Leiter der großen Zentralnotenbanken sich stärker als früher der Aufgabe zuwenden, durch eine richtige Verteilung und Verwendung des Währungsgoldes Preisschwankungen nach Möglichkeit zu verhindern. ...

Auf der Seite 36 und 37 ist zu lesen:

... Vielleicht ist hier der Platz, um einen Augenblick einzugehen auf die Behauptung, die im Auslande lange Zeit gehört wurde, daß Deutschland eine *bewußte Inflation* geschaffen habe, um sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Das Unsinnige einer solchen Behauptung sollte sich eigentlich schon daraus ergeben, daß auch unter den Ländern der Sieger sich heute mehrere befinden, die der Inflation nicht entgangen sind, darunter auch solche, deren Auslandsschulden geordnet sind. Will man etwa diese Länder auch beschuldigen, ihre Inflation absichtlich gemacht zu haben? Das allgemeine Elend der Inflation hat sich überall früh genug abgezeichnet, um jeden Staatsmann zu veranlassen, das Äußerste daran zu setzen, die Inflation zu vermeiden. Nein, die wahre Ursache der Inflation nach dem Kriege war der immer wieder von der Reparationskommission ausgehende Druck auf Deutschland, Zahlungen an das Ausland zu leisten, die nach Lage der Dinge einfach nicht zu leisten waren. Wohl konnte Deutschland hoffen, ausländische Kredithilfe zu bekommen, wenn eine definitive Regelung der Reparationsschuld getroffen worden wäre, so aber fehlte nicht nur dem Staat, sondern auch einem großen Teil der Wirtschaft die Möglichkeit der Kreditaufnahme. ... (S.36)

... Und so haben die Ansprüche der Reparationskommission die Mark immer weiter in den Abgrund gezogen. Auf der Konferenz von Genua im April 1922 kam diese Erkenntnis klar zutage. »Bevor nicht das Problem der internationalen Schulden, c so heißt es da, »entschlossen in Angriff genommen worden ist, besteht keine Hoffnung auf einen endgültigen Erfolg in der Frage der Wiederherstellung der Währungen Europas. c Nachdem die deutsche Regierung am 14. Dezember 1921 die Reparationskommission um eine Ermäßigung der Zahlungen gebeten hatte, wurde ihr zugestanden, daß zunächst alle zehn Tage je 31 Millionen Goldmark in Devisen zu zahlen seien. Man kann sich vorstellen, welchen Einfluß auf den Devisenmarkt die offen zutage liegende Notwendigkeit Deutschlands bedeutete, sich alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark in Devisen zu beschaffen. Es war dies geradezu eine Prämie auf die Markspekulation à la baisse. ... (S.37)

In dieser Richtung, die ich auch früher schon immer vertreten hatte, lag es vor allem, daß die Reichsbank die volle Herrschaft über den deutschen Geldumlauf wieder zurückerhielt. Die Inflation war ein fürchterliches Unglück für das Land gewesen, und sicherlich war die Frage nicht beantwortet, ob nicht die Reichsbank, zum mindesten nach dem Erlaß des Autonomiegesetzes, sich selbst und die Reichsbanknote aus der Inflation hätte herausziehen können. Alle Kritik aber an der Reichsbank konnte nicht darüber hinwegbringen, daß in der Reichsbank ein in fünf Jahrzehnten aufgebautes festes Gefüge vorhanden war, dessen segensreiche Auswirkung auf das Wirtschaftsleben in kürzester Frist wiederherzustellen war, wenn die Inflation überwunden werden konnte. Die Vorstellung, als ob die Rentenbank zu besonderen währungspolitischen Aufgaben berufen sein könne,

wünschte ich so rasch wie möglich wieder zu beseitigen. Auch die kleinen Goldmarkbanken, die hier und da mit eigenen Geldscheinemissionen aufgetaucht waren, über die noch zu sprechen sein wird, wünschte ich wieder von der Bildfläche verschwinden zu sehen. Vor allem aber war die Mannigfaltigkeit der umlaufenden Geldarten (Reichsbanknoten, Rentenbankscheine, Goldanleihestücke, Notgeld usw.) auf möglichst raschem Wege zu beseitigen und die Einheitlichkeit des deutschen Geldes wiederherzustellen. Alles das konnte nur geschehen, wenn es gelang, die deutsche Währung nicht nur theoretisch sondern auch praktisch wieder auf Gold abzustellen. Die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könnte, war so absurd, daß ich nur einen einzigen Gedanken hatte, in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde. Die Goldsituation der Reichsbank bei meinem Amtsantritt war im Grunde genommen eine verzweifelte.... (S. 94)

Für mich ist nicht eindeutig zu erkennen, ob Hjalmar Schacht sich nicht auf eine Erörterung der Wirkungen einer Goldwährung, der Grundlage seiner damaligen Politik einließ, weil das sein Gebundensein an seinem Auftraggeber oder an seinen Glauben an die Goldwährung offenbart hätte. In jedem Fall hat er die Kritik an der Goldwährung soweit verarbeitet, dass er Hitler dann eine entgegengesetzte Währungspolitik anbieten konnte. Er hat – ob gewollt oder unbeabsichtigt sei da hingestellt – erst geholfen, dass sich die Weimarer Republik das Genick brach und danach Hitler zum Glanz eines Wirtschaftsreformers. Genauso unklar ist, ob er bei der Deutung der Ursachen der Inflation Opfer seiner eigenen Unkenntnis ist oder ob er das Publikum bewusst belogen hat.

Aus dem von mir zuletzt zitierten Absatz geht auch hervor, dass Schacht mit unterschiedlichen Zahlungsmittel zu tun hatte, die alle beanspruchten Geld zu sein. Das muss uns vertraut vorkommen, denn wir leben wieder in einer Zeit, in der wir nicht wissen, was eigentlich Geld ist und welches gelten soll. Und die Noten- bzw. die Zentralbanken baden sich heute genauso in Unschuld wie in den Wirkungszeiten von Hjalmar Schacht.

Der nachfolgend benannte offene Brief an Jürgen Trittin MdB vom August 2011 unter der Überschrift „Die Bündnisgrünen und die Ökonomie / Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik“ ist der Text **96.3** und hier von besonderem Interesse, weil ich dort das Kapitel „**Dr. Greely Hjalmar Schacht**“ aus dem Buch „*Geheime Mächte*“ von Dr. *Will Noebe* eingefügt habe. Noebe ist ein Zeitzeuge, er knüpft direkt an das genannte Buch von Schacht an.

Da ich jetzt im Zeitpunkt der Niederschrift wegen eines Providerwechsels keinen Link setzen kann kopiere ich hier die Dateinamen zu der Textreihe 96 ein:

- 96.0 OB.Trittin.Gruene pdf
- 96.1 Ergaenzungen pdf
- 96.2 Links.zu.Prof.Kreiss
- 96.3 Doku.Noebe.Schacht

Ich muss meine Gedanken neu sortieren

Ich habe einen ganzen großen Stapel von Zeitungsseiten in Sichtweite liegen, ich könnte daraus „Kommentare eines Zeitungslesers in Form eines Tagebuchs“ machen, wenn es nur um die Lust am Schreiben geht. Mich treibt aber nicht die Lust am Schreiben an, sondern der innere Druck, mitzuhelfen eine neue Katastrophe wie der Erste und Zweite Weltkrieg es waren und wie es die gegenwärtige Kriege sind, vermeidbar zu machen. Heute hat die *Hannoversche allgemeine Zeitung* ein Bild auf der Titelseite als Aufmacher gebracht, das den Vorplatz des Bahnhofs in Hannover zeigen soll und dazu titelt:

Verkehrswende von unten?

Vor dem Hauptbahnhof könnte bald eine Radler-Rampe in den Untergrund führen, wenn dort der Luftschutzbunker zum Fahrradparkhaus wird. Zahlt der Bund Millionen dazu?

Auf der Seite springt eine große Schlagzeile mit folgendem Inhalt in die Augen der Leser:

Der Haushaltsstreit geht erst richtig los

Kanzler Scholz sieht im Entwurf für 2025 ein „gelungenes Gesamtkunstwerk“
Bei den Etatberatungen dürfte es schnell von den Koalitionsparteien zerpfückt und zerkratzt werden.

Und in der gestrigen Ausgabe (19. August) der HAZ ist zu lesen:

Europas neuer Bauplan

Bezahlbarer Wohnraum war bislang Ländersache, jetzt mischt sich Brüssel ein: Mit speziellen Förderprogrammen will die EU die Schaffung fördern, sogar einen eigenen Kommissar soll es geben. Übernimmt sich die Kommission mit ihren Ambitionen?

Fast jeden Tag kommt eine per Zeitung oder Fernsehen die Meldung ins Haus, dass eine Kommune, ein Bundesland oder eine Vereinigung von Bürgern für ein spezielles Anliegen vom Bund oder von Brüssel Geld benötigt. Mir scheint, die Berichtersteller sind Schlafmützen, sonst müssten sie doch die Hörer und Leser darauf aufmerksam machen, dass der Staat ihnen nur von dem geben kann, was er ihnen vorher abgenommen hat. Mit dieser Methode

wird das Ziel mit der Bezeichnung „Bürokratieabbau“ torpediert und unter den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl erzeugt, zu den zu kurz Gekommenen zu gehören. So wird das Gift erzeugt, das den Bürgerunfrieden erzeugt.

Man kann später – wenn wieder von den Überlebenden gesprochen werden kann – an den Meldungen von heute den Verfall der nach dem Zweiten Weltkrieg (unvollkommen) eingeführten Marktwirtschaft und den Mangel einer sinnvollen föderativen Gliederung der Europäischen Union und ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten stufenweise lokalisieren. Die wirkliche Botschaft des Brexit (siehe mein Text 148. Brexit. Terror. Bündnis. Krisen) wurden nicht verstanden. Ansonsten ist der riesige Bahnhofsbunker, zum Fahrradparkhaus zu machen, eine gute Idee. Da aber die Politik von heute, ungewollt das Ziel hat, die nächste große Katastrophe vorzubereiten, sollte durch den Umbau die Bombensicherheit des Bunkers nicht aufgehoben werden.

Weil ich auch mit den Einschränkungen die das Alter mit sich bringt, zu kämpfen habe, ist mir ein Brief an Hartmut von Hentig eingefallen den ich vor langer Zeit geschrieben habe, in dem ich mich zu dem Altwerden geäußert habe. Ich war nun neugierig, was ich zu dem Thema damals gedacht habe, als ich selber noch kein spürbar Betroffener war. Ich habe den Brief tatsächlich gefunden. Er ist datiert mit dem 26. 01. 98 und umfasst 4 Seiten. Die Passage, die ich so dunkel in der Erinnerung hatte, lautet:

... Es ist wirklich kein Unglück, wenn die Kraft der Zuwendung, des Lesens und gar des Gesprächs nachläßt. Vielmehr wäre es Unglück, wenn man sich selbst oder anderen vor-macht, man hätte eine verlorengegangene Kraft noch. Ich habe vor langer Zeit einen alten Mann gekannt, der hat aus Gewohnheit stapelweise Bücher aus der Bibliothek mit nach Hause geschleppt, obwohl seine Lesekraft noch gerade ausreichte, die Titel zu lesen. Andererseits habe ich zufriedene alte Männer gesehen, die einfach nur da saßen (im Sommer vor der Haustür und im Winter am Herd) und mehr nach innen und zurück schauten als nach außen und nach vom. Mein Großvater mütterlicher Seite hat nach einem Leben als Fehn-Kolonist (Torfbauer und Schiffer) zu einer Zeit viel gesponnen als in Indien unter dem Einfluß von Gandhi das Spinnrad ein Symbol der politischen Emanzipation war. Er hat es wohl nicht gewußt. Er wußte aber viele Dinge, die die Bücher lesenden Enkel nie erfahren werden.

Die Frage ist, kann der müde werdende Mensch, der im Zenit seiner Leistungsfähigkeit von etwas beseelt war, bei nachlassenden Kräften überhaupt aufhören sich um Dinge zu kümmern, die ihn bewegen? Das was den Menschen beseelt muß ja nichts hoch Geistiges oder hoch Politisches sein. Neulich wurde in einer Fernsehsendung des N3 über die Deutsche Fehnroute zwei Handwerker vorgestellt, die weit über die Pensionsgrenze hinaus waren. Ein Schlosser und ein Seilmacher. Beide arbeiten nicht aus wirtschaftlicher Not weiter, sondern weil ihre Werkstätten und ihre kunsthandwerklichen Produkte Teil

ihres Lebens sind. ...

Ich wünsche mir eine Politik bei uns und anderswo, die die alten Menschen von dem politischen Unwohlsein befreit und auch mir – soweit der Körper noch mitmacht – kleine Freuden in meiner Werkstatt beschert, damit gar nicht die Illusion immer wieder aufkommt, ich könnte am PC etwas zu „Rettung der Welt“ beitragen. (Das Sitzen bekommt meinen Beinen nicht. Sie befördern immer wieder in mir das Gefühl, mein Körper sei eine Sanduhr)

Von der Zeit, wo ich alte Leute mit Kinderaugen betrachtet habe bis heute, hat sich viel verändert. Die medizinische Hilfe und viele Dinge wie Telefon, Radio und Fernsehen, Beweglichkeitshilfen und Transportmittel haben sich verbessert, die Kommunikation besteht nicht mehr nur aus Gesprächen über den Zaun, sondern kann – wenn einem danach ist – weltweit ausgedehnt werden, wenn man sich frühzeitig auf das erforderliche technische Wissen einstellt hat⁴⁰. Ob mich das persönlich glücklich macht, kann ich gar nicht sagen. Ich fühle mich aber jedenfalls nicht in die Rumpelkammer abgestellt. Auch das, was über das Netz zu einem ins Haus bzw. auf den Bildschirm kommt, vermittelt das Gefühl der Teilhabe – aber nicht immer zur ungetrübten Freude. Ich will ein paar Beispiele benennen. Die familiären und themenbezogenen E-Mail-Listen kann ich nutzen. Das Angebot von digitalen Bildungsangeboten steht mir offen. Gerade wieder ist eine Liste der Friedrich Naumann Stiftung eingetroffen. Ich habe mir aus der Angebotsliste das nachfolgend beschriebene Webinar ausgesucht.

Reihe: "Die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft" (1/5)

Die Soziale Marktwirtschaft ist die erklärte Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Doch wie hat sie sich eigentlich durchgesetzt? Ihre intellektuellen Wurzeln gehen zurück auf die ordoliberalen Freiburger Schule. Ökonomen wie Walter Eucken konzeptionierten die Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung für die deutsche Nachkriegszeit. Wir gehen dieser Geschichte auf den Grund, gemeinsam mit der Volkswirtin Wendula von Klinckowstroem.

Über die Reihe: Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung in Deutschland. Dabei war das alles andere als selbstverständlich. Denn nach dem Ende des 2. Weltkrieges traf man in den Westdeutschen Besatzungszonen nicht nur auf eine kriegsbedingt desolante wirtschaftliche Ausgangslage, sondern aufgrund der Erfahrung der Weltwirtschaftskrise sowie der nationalsozialistischen Propaganda auf eine ausgeprägte Skepsis gegenüber Marktwirtschaft allgemein. Wie schaffte die Soziale Marktwirtschaft sich nicht nur durchzusetzen, sondern über die Jahrzehnte zur Staatsräson und Synonym zur Deutschen Wirtschaftsordnung zu avancieren? Wir gehen in dieser Reihe den Erfolgsgeheimnissen der Sozialen Marktwirtschaft auf den Grund.

Moderation

⁴⁰ Bei mir reicht es gerade so weit, dass ich den PC als verbesserte Schreibmaschine und als Lexikon nutzen kann.

Alexander Kobuss

..hält einen Master of Education in den Fächern Sozialwissenschaften, Bildungswissenschaften und Geschichte und promoviert gegenwärtig an der Universität Siegen. In seiner Forschung beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft.

Gast

Wendula Gräfin von Klinckowstroem

...ist Diplom-Volkswirtin: Fakultätsassistentin an der Fakultät für Mathematik und Physik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (1975–2015), Projektmitarbeit am Walter-Eucken-Institut und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forum Ordnungspolitik e.V.; Autorin der Walter Eucken Biografie.

Montag, 05.08.2024 / 17:00 Uhr – 18:00 Uhr / virtuell / Veranstalter: Länderbüro Berlin | Brandenburg | Mecklenburg-Vorpommern / Themenbereiche: Finanzen & Steuern, Wirtschaft & Handel, Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik / Kosten: kostenlos

<https://plus.freiheit.org/mediathek/die-idee-der-sozialen-marktwirtschaft-was-steckt-dahinter>

Ich habe bisher nur den ersten Teil gesehen und gehört. Ein Zusatzgerät zu meinen Hörgeräten macht es möglich. Ich mache dazu ein paar Anmerkungen. Gut ist, dass Alexander Kobuss schon in jungen Jahren zur Moderation den Mut und die Gelegenheit hat. Und erfreulich finde ich auch, dass mit Wendula Gräfin von Klinckowstroem eine Frau den Fachbereich Volkswirtschaft vertritt. Diese Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaft würde heute bestimmt besser dastehen, wenn sie von mehr Frauen repräsentiert würde und könnte nicht als überflüssig gewertet werden. Für jene Teilnehmer, die erst anfangen, sich mit der Sozialen Marktwirtschaft auseinander zu setzen, reicht das Gebotene alle mal aus. Die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft als Alternative zum Kommunismus und Kapitalismus wurde aber gar nicht bis zu ihrer Anwendungsreife entwickelt. Und was dann von der Sozialen Marktwirtschaft (SM) realisiert wurde, diente den Parteien in unterschiedlicher Weise die kapitalistischen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Ambition, die sie haben, zu verschleiern. Vorträge zur SM sollte nicht wie ein Nachruf klingen und auch nicht wie eine versteckte Parteiwerbung. (Diese Sätze sind nicht als Kritik gedacht, sondern als Ermunterung.)

Schon in dem Satz: „Wie schaffte die Soziale Marktwirtschaft sich nicht nur durchzusetzen, sondern über die Jahrzehnte zur Staatsräson und Synonym zur Deutschen Wirtschaftsordnung zu avancieren?“ steckt Sprengstoff. Wer schon den Begriff Staatsräson als Beweisführung seiner Gedanken benutzt, gibt zu, dass er kein Demokrat ist⁴¹. In der Demokratie bestimmt die Gesellschaft den Inhalt des Staates und nicht umgekehrt. Richtig ist, dass die Demokratie ohne Marktwirtschaft gar nicht denkbar ist, denn die Demokratie lässt sich nicht wirklich mit der Zentralverwaltungswirtschaft – der zweiten reinen Wirtschaftsordnung – reali-

41 „Als erstes wird Staatsräson als „Vorrang der Staatsinteressen vor allen anderen Interessen“ interpretiert, eine zweite Definition sieht Staatsräson als „Staatsnotwendigkeit, im Gegensatz zur individuellen Vernunft und Notwendigkeit“. Google-Suche

sieren. An dem desolaten Zustand der Marktwirtschaft kann man den desolaten Zustand unserer Demokratie ablesen. Ich verstehe Frau Gräfin von Klinckowstroem, von der ja gesagt wird, dass sie eine Biografie von Walter Eucken geschrieben hat, dass sie Eucken in den Mittelpunkt ihres Vortrages gestellt hat. Ich schätze Walter Eucken – weniger das Walter-Eucken-Institut – sehr ⁴², aber an der Entwicklung des Modells Soziale Marktwirtschaft (und ihrem Scheitern) waren doch eine ganze Reihe von Köpfen beteiligt. Das wichtigste, was sie nach meiner Einschätzung zu Eucken gesagt hat, ist dass er den Begriff Marktwirtschaft ohne Beifügung „soziale“ verstanden hat, weil er davon ausging, dass diese, wenn sie richtig eingeführt ist, von sich aus oder in sich sozial wirkt. Die Beifügung „soziale“, die von Alfred Müller-Armack stammen soll, habe ich in seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, das eine von mehreren Quellen nach der Kriegswirtschaft suchenden Menschen eine Orientierung gab, nicht gefunden. Ich komme aber auf ihn zurück.⁴³ Die Beifügung der Eigenschaft hatte nach meiner Einsicht zwei Funktionen. Da die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht klar getrennt waren⁴⁴ und als Synonyme verwendet wurden und nach dem Krieg auch bei den CDU-Mitgliedern und Wählern Vorbehalte gegenüber dem Kapitalismus bestanden, musste der Begriff Marktwirtschaft von dem Verdacht, er sei ein verkappter Kapitalismus befreit werden, gleichzeitig diente der Begriff den CDU- und FDP-Strategen, die sich eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus nicht vorstellen konnten, dazu, ihre wahren Intentionen zu verschleiern. Und die SPD, die sich heute zu den Verteidigern der Sozialen Marktwirtschaft zählt, war Gegner dieser Wirtschaftsform. Diese Erinnerung ist heute schon weitgehend im Land des Vergessens angesiedelt. Erst als die SPD für sich entdeckte, dass mit dem Teilbegriff „sozial“ dieser Wirtschaftsform staatliche soziale Zwangskollektive einfügen ließen, waren sie für die Soziale Marktwirtschaft. Registriert wurde von den Parteien gar nicht, dass die Soziale Marktwirtschaft, schon bei der Einführung aufgrund der fehlenden Bedingungen, die die Marktwirtschaft als ein sich selbststeuerndes dezentrales System benötigt, nicht richtig funktionieren konnte. Und alle Parteien und Lehrkörper der Ökonomie haben sich unredlich und unverständlich bemüht, dass es so bleibt.

Die Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM), die großen Einfluss hatte und die Politik von Ludwig Erhard – auch gegen die CDU – gestützt hat, wurde in den Bundestagen (-tagungen) des Freiwirtschaftsbundes 1951 und 1952 mit Ordoliberalen vorbe-

42 Im Text 177.4 habe ich ausführlich zitiert.

43 Wenn es eine durchsuchbare digitale Ausgabe gibt, müsste sich das schnell nachweisen lassen, ob das stimmt.

44 Und die Unterscheidung wird immer noch nicht eindeutig praktiziert. Dadurch wird eine sachliche Diskussion über ökonomische Probleme enorm erschwert. Marktwirtschaft ist ein dezentrales System des Leistungsaustausches. Ökonomische Leistung kann im Gegensatz von der Lehre über die drei Produktionsfaktoren nur menschliche Arbeit erbringen. Der Kapitalismus gründet darin, dass er einen Teil des Arbeitsertrages aufgrund von rechtlichen und sachlichen Mängel für sich abzweigen kann. Ist dem Kapitaleigner (damit ist nicht der Unternehmer gleichzusetzen) die Kapitalertragsquote zu gering, löst sich automatisch (durch gleichgerichtetes Handeln) eine Wirtschaftskrise mit Unterbeschäftigung aus. Die Krise löst sich erst dann auf, wenn der Kapitalertrag zu Lasten des Arbeitsertrages genügend steigt.

reitet. Die Protokolle liegen mir vor. Der Titel für das Jahr 1951 lautet: „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ und für das Jahr 1952 „Das Programm der Freiheit“. In dem Heft „Fragen der Freiheit“ Nr. 273/4 aus dem Jahr 2006 mit dem Titel „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“ beschreibt das Gründungsmitglied der ASM den Anteil der Freiwirtschaft an dem Vorhaben. Auf der Seite 77 heißt es:

3.2 25 Jahre „Soziale Marktwirtschaft“

Der Rückzug aus dem Vorstand in den Wissenschaftlichen Beirat der ASM kennzeichnet die Resignation der ehemals so reformfreudigen und kampfeslustigen Neoliberalen angesichts der Entwicklung nicht nur der Aktionsgemeinschaft, sondern vor allem der Sozialen Marktwirtschaft selbst. Diese Resignation fand ihren dokumentarischen Niederschlag im Protokoll der 37. Tagung der ASM vom 25. / 26.6.1973 unter dem Titel: „25 Jahre voraus“.

Aus der langen Reihe der Tagungen Nr. 3 bis 36, die sich ebenso wie der zweite Tag der Tagung Nr. 37 in der beschriebenen Einstellung mit den jeweils aktuellen, für die Unternehmer-Interessen wichtigen Fragen befaßten, hebt sich der erste Tag dieser Jubiläums-Tagung durch folgende drei Vorträge kontrastreich ab:

Ludwig Erhard: Zwischen gestern und morgen

Hans-Otto Wesemann: Vom Nutzen der Erfahrungen

Alfred Müller-Armack: Der Theorie-Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft.

Denn im Rückblick auf fünfundzwanzig Jahre „Soziale Marktwirtschaft“ und auf zwanzig Jahre „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ offenbarte sich fast unverhüllt die tiefe Kluft zwischen dem hoffnungsvollen Konzept von einst und der fast hoffnungslosen Realität von heute.

Ludwig Erhard bekannte sich zu einem theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das sich nach einem Ausspruch von Alexander Rüstow an „überwirtschaftlichen Werten einer Wirtschaftsordnung“, vor allem an den Werten der persönlichen Freiheit orientiert. Alfred Müller-Armack erklärte „das Besondere dieser Konzeption ...“, daß hier nicht nur die unverkennbaren sozialen Vorteile einer Wettbewerbswirtschaft im Vordergrund standen, sondern daß der Versuch gemacht wurde, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit zu einer echten Synthese zu bringen, bei der die Kräfte des Marktes den Ausbau der sozialen Sicherheit tragen, die soziale Sicherheit ihrerseits wieder die Funktionsfähigkeit und das Fortbestehen des Marktes garantiert.“ Die Frage, inwieweit es sich dabei um eine „echte“ oder eine „problematische“ Synthese handelt, wurde noch brennender bei der zustimmenden Zitierung einer Denkschrift der „Hamburger Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ vom Mai 1948 über die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft, deren elf Punkte offenkundig Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ verwässern, indem sie das Schwergewicht von den „konstituierenden“ zu den „regulierenden Prinzipien“ und zur „humanitären Ergänzung“ verlagern. Aber selbst dieses schon beträchtlich entwertete Konzept wurde, was Müller-Armack zu erwähnen vergißt, durch die Praxis der Erhardschen Wirtschaftspolitik noch weiter korrumpiert. Unter dem Druck der „von rechts aus seinem eigenen Lager drohenden Gefahren“ (vergleiche „Volkswirt“, IV.2.3,c), unter dem Zwang übermächtiger Wirtschaftsinteressen und durch die zeitbedingte Notwendigkeit, zunächst das Wirtschaftswachstum zu forcieren, relativierte Ludwig Erhard die von Walter Eucken formulierten drei ordnungspolitischen Grundpfeiler (vergleiche IV. I): Der Grundgedanke der „konstituierenden Prinzipien“ (A), nämlich die vollständige Konkurrenz galt nur noch als Denkmodell; das Leistungskriterium hatte zu entscheiden, welcher Wettbewerbsgrad als ökonomisch sinnvoll zu gelten hat. Das „regulierende Prinzip“ der Monopolkontrolle (B. I) wurde unter dem Gesichtspunkt maximalen Wachstums mit einer gewissen Skepsis betrach-

tet. Die beiden anderen „regulierenden Prinzipien“ (B.2: Korrektur der Einkommensverteilung, und B.3: Sozialpolitik) wurden durch das Argument entwertet, daß eine generelle Wohlstandssteigerung über geldwertstabile Expansion im Effekt sozialer sei als gezielte wachstumsgefährdende Einzelmaßnahmen. Schließlich wurde auch die „humanitäre Ergänzung“ (C) als eine mögliche Wachstumsgefahr durch den bloßen „Appell“ an das soziale Verantwortungsbewußtsein aller in einer „formierten Gesellschaft“ ersetzt.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung wendet sich Müller-Armack offensichtlich an die falsche Adresse mit dem Vorwurf: „Der Versuch ist alt, die Soziale Marktwirtschaft, die ein ernsthaftes, wissenschaftlich begründetes und praktisch ausgewiesenes System ist, abzuwerten. Man unterschlug ihre wissenschaftliche Begründung und nahm sie als einen bloßen - freilich erfolgreichen — Wahlslogan an. ..

Die *Fragen der Freiheit* sind unter dem folgenden Link zugänglich:

<http://fragen-der-freiheit.de/verzeichnisse.html> ⁴⁵

Hinweisen möchte ich noch darauf, dass schon mitten im Zweiten Weltkrieg von einer Gruppe von Freiwirten ein Wirtschaftsprogramm für die Zeit nach dem (damals noch angenommenen) verlorengegangenen Krieg geschrieben wurde.

Zum Schluss zu diesem Abschnitt noch ein Zitat aus „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ von Alfred Müller-Armack:

Um einem naheliegenden Irrtum vorzubeugen, sei von vornherein festgestellt, daß das Wesen der Marktwirtschaft nicht mit ihrer Gestalt zur Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus identisch ist. Dagegen spricht schon die allgemeine Verbreitung marktwirtschaftlicher Formen in der ganzen Geschichte, die sich überall dort gleichsam als Naturform durchsetzten, wo, was meist der Fall war, politische Mächte den Markt einfach faktisch nicht beherrschten. Das Wirtschaften des antiken Kulturkreises - vielleicht mit Ausnahme Ägyptens und der spätrömischen Kaiserzeit -, die Wirtschaft Chinas und Indiens, der intereuropäische Austausch des Hochmittelalters in Europa waren marktwirtschaftlich, und zwar einfach schon infolge des Fehlens einer wirtschaftspolitischen Lenkungsapparatur. So gesehen ist diese Wirtschaftsordnung ein fast zu allen Zeiten angewandtes Organisationsprinzip, um in größeren Kulturbereichen Menschenmassen zu wirksamer Kooperation zusammenzuführen. Was das liberale 18. und 19. Jahrhundert hinzufügte, war die Einsicht in die bisher unbeachtete Funktionsweise dieses Organisationsmittels, seine klarere Ausgestaltung und die Verbindung dieser wirtschaftlichen Ordnung mit den Prinzipien des politischen Liberalismus. So ist sie weit davon entfernt, eine Erfindung des Liberalismus zu sein, und es wäre töricht, sie aus dieser Perspektive heraus für historisch abgetan zu halten. (S.77)

00000

Zwischenbemerkungen

Was für ein Fortschritt, wenn ich an die Situation mit der Entnazifizierung der Schulbücher 1945 denke. Wir bekamen „Münchhausen der Lügenbaron“ als Lesebuch. Wie dürftig war das Unterrichtsmaterial, als ich 1948 14-jährig wider Willen Fotografenlehrling bei meinem Vater

⁴⁵ Auch das Heft 118 der FdF mit dem Titel Was heißt »sozial« in der »Sozialen Marktwirtschaft« ist im Themenzusammenhang von Interesse.

wurde und mir 1950 als Schiffsjunge gesagt wurde, dass ich das geringe Leseangebot auf dem Küstenschiff auch nutzen dürfe, sei ein Fortschritt. Das Lesen auf dem Schiff sei vor nicht langer Zeit ein Privileg vom Kapitän und Steuermann gewesen. 1957 war ich noch ganz erstaunt, als ich im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeberg von einem dänischen Volkshochschulöhrer erfuhr, dass es in Deutschland Heimvolkshochschulen gäbe. Ich hatte bis dahin nicht einmal die Abend-VHS kennengelernt, 1977 scheiterte eine gegründete Partei daran, das kein Geld für Rundbriefe und Anzeigen da war. Ein digitales Netz bestand noch nicht einmal als Idee. Noch 1970 konnte es leicht ein halbes Jahr dauern, bis man auf eine einfache briefliche Anfrage eine Antwort bekam. Und es war auch die Zeit als Karl Walker⁴⁶, mit dem ich seit 1964 in Kontakt stand und der 1931 als Buchbinder-Geselle sein Buch „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“ vorgelegt hat (in dem alles stand, was Hitler vermeidbar gemacht hätte) mir den Vorwurf machte, ich würde ja nicht lesen. Für das Lesen blieb auch keine Zeit diese wurde von der Arbeit in einer Landesbank, Familie, Partei- und andere Mitgliedschaften beansprucht. Seit 1980 stand ich bis zu seinem Tode in der Zusammenarbeit mit Helmut Creutz („Das Geldsyndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“) Da lief schon alles besser, auch das Netz war schon in Sicht. Und jetzt darf ich nicht nur ausgiebig mit meinen Büchern kommunizieren, sondern Dank des Netzes auch mit der Außenwelt. Nur die PC-Technik trübt manchmal meine Freude ein.

00000

Ungefähr zu der Zeit als ich das Teilnahmeangebot der Naumann-Stiftung nutzte, kam mir das nachfolgende Angebot der **Evangelischen Akademie Loccum** auf den Bildschirm.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Ende der Sommerferien möchten wir Sie auf die Tagung

Demografie, Arbeitsmarkt und Politik

30 Jahre nach der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags: Was hat funktioniert, was muss besser werden?

vom **16. bis 17. September 2024** aufmerksam machen, die die Evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. vom 16. bis 17. September 2024 als deren Jahrestagung veranstaltet.

Das Programm der Veranstaltung finden Sie im Anhang.

Sie finden es auch unter <https://www.loccum.de/tagungen/2454/>. Dort können Sie sich auch anmelden.

Aus dem Programm

Fachkräftemangel, Arbeitskräftemangel, Rente, Pflege, Gesundheitsversorgung ... der demografische Wandel und seine Konsequenzen – insbesondere für den Arbeitsmarkt und die damit verknüpften Sozialsysteme – sind heute in aller Munde. Doch die aktuelle Situation kam keineswegs überraschend. Nicht nur ist lange vor dem demografischen Wandel und seinen Folgen gewarnt worden, vielmehr hat sich die Politik schon frühzeitig mit dem Thema befasst. Bereits 1994 legte die Bundestags Enquete-Kommission zum demografischen Wandel ihren ersten Zwischenbericht vor, der wesentliche Herausforderungen klar herausgearbeitet hat – und die Politik hat in den letzten Jahrzehnten auch wichtige Schritte unternommen, um das Gemeinwesen fit für den demografischen Wandel zu machen: Ein massiver Ausbau

46 Karl Walker war Mitglied der SPD, aber die war weitgehend taub gegenüber seinen Mahnungen.

der Kinderbetreuung und verbesserte Leistungen für Familien, zwei Rentenreformen und die Erhöhung der Lebensarbeitszeit, die „Hartz“-Reformen der Arbeitsmarktpolitik, die Einführung der Pflegeversicherung und Zuwanderung in nennenswertem Umfang (wenn auch nicht immer, wie von der Kommission vorgeschlagen, gesteuert), um nur einige zu nennen. Dennoch scheinen die Bemühungen nicht ausreichend zu haben. Grund, anlässlich des 30. Jahrestags des Zwischenberichtes, zu analysieren, was in den 1990er Jahren erwartet wurde, welche Entwicklungen eingetreten sind, welche Maßnahmen anvisiert wurden und welche umgesetzt, was erreicht wurde und wo zu kurz gesprungen wurde. Davon ausgehend wird der Frage nachgegangen, was daraus für die künftigen Maßnahmen zum Umgang mit dem demografischen Wandel gelernt werden kann.

Sie sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok, Vorsitzende,
Prof. Dr. Werner Sesselmeier, Vorstand,
Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V.
Dr. Joachim Lange, Studienleiter,
Prof. Dr. Julia Koll, Direktorin,
Evangelische Akademie Loccum

TAGUNGSGEBÜHR: 100,- € (inkl. USt.) für Übernachtung, Verpflegung, Kostenbeitrag; für Schüler/innen, Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstler sowie Arbeitslose Ermäßigung nur gegen Bescheinigung auf 50,- €. Eine Reduzierung der Tagungsgebühr für eine zeitweise Teilnahme ist nur nach vorheriger Abstimmung möglich.

ANMELDUNG: Im Internet unter <https://www.loccum.de/tagungen/2454/>

Ich habe mich zuerst gefreut, dass die Ev. Akademie Loccum auch mal wieder ein ökonomisches Thema im Programm wagt. Ich habe schon große Tagungen dort erlebt, wie die von 1972 „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft / Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes“, in der ich Ludwig Erhard direkt fragen konnte nach dem Hemmschuh seiner Politik durch die eigene Partei.

Eine andere Tagung, die mir besonders in Erinnerung blieb war jene unter dem Titel: „Die Zukunft der Ökonomie / Wissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich“ vom Mai 1984.

Auch bei der jetzt angekündigten Tagung werden Referenten aufgeführt, die wahrscheinlich in ihrem Fachgebiet alle einen wohlklingenden Namen haben. Ich bin auch überzeugt, dass ich an ihrem Vortragsstil, ihrem Auftreten und ihrer Gesprächsbereitschaft meine Freude haben könnte, wenn ich teilnehmen würde. Der Vorteil der Angebote der Ev. Akademie ist für mich, dass ich notfalls noch mit dem Fahrrad hinfahren kann. Auch ist Loccum mit dem Kloster und der Akademie ein angenehmer Tagungsort. Der Nachteil ist, dass mir die Stühle im Sitzungssaal nicht bekommen. Ich müsste meinen Gymnastikball zum sitzen mitnehmen.

Was mich aber von einer Teilnahme wirklich abhält, ist, dass diese Tagung keine Hoffnung ausstrahlt, sondern die Erfolglosigkeit der Sozialpolitik als Reparaturwerkstatt des Kapitalismus sichtbar macht. Wenn ich daran teilnehmen würde, sähe ich mich in einer

Situation, die ich nicht widerspruchlos hinzunehmen könnte und mich veranlasst sähe eine Ergänzungsposition sichtbar zu machen oder einen Widerspruch zu formulieren.⁴⁷ Dazu habe ich keine Kraft mehr. Mir fällt ja schon schwer mein Projekt „177“ zu Ende zu bringen.

Folgende Fragen will ich hier doch stellen: Wer hat den Nutzen von der Einwanderung und wer trägt die Kosten? Und wem werden Kosten aufgebürdet? Was sind die Wirkungen der Wanderungsbewegung im abgebenden und in dem aufnehmendem Land? Wann hat Deutschland seine ganze Bevölkerung ausgetauscht. Warum wandern Menschen aus Deutschland aus?

Diese Frage ist mir bei der Betrachtung der Zahlen von Auswanderern gekommen?

Merkmal	Anzahl der Auswanderer
2022⁴	1.203.683
2021⁴	994.303
2020⁴	966451
2019³	1231552

⁴⁷ Natürlich ohne Anspruch auf Gelehrsamkeit und das letzte Wort.

Einladung

weiter denken.

Musikalische Gestaltung:

Pepper

Pepper stammt gebürtig aus dem Kreis Hannover. Kreativ entfaltet sie sich zwischen der Malerei, dem Schreiben und dem Musizieren. Das Spiel auf der frischen Hakenharfe begann sie im Alter von 7 Jahren. Derzeit lebt sie in Bad Nenndorf, wo sie im Zuge ihrer zweiten Ausbildung den Beruf der Atem-, Sinnen- und Sprechlehrerin erlernt.

Spax

Der Rapper Spax, geboren 1973 in Rheine, ist eines der „Urgesteine“ der deutschen HipHop-Szene. Seit 1988 ist er Rap-Künstler und HipHop-Aktivist. Innerhalb der HipHop-Szene ragt er nicht nur mit seinen Freestyle-Kursen heraus, sondern auch wegen seines Engagements gegen Sexismus und Rassismus. Er war für das Goethe-Institut in Afrika, Neuseeland und Singapur, arbeitete u.a. an der HipHop-Academy in Hamburg, an der Staatstheater und dem Schauspielhaus Hannover, wo er nicht nur Aufführungen inszenierte, sondern auch eigene Stücke sowie Operngesänge schrieb. Er lehrt an Schulen und Universitäten. Als HipHopper engagiert er sich in zahlreichen sozialen und karitativen Bereichen. Spax wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, u.a. 2018 mit dem Integrationspreis des Deutsch-Türkischen Netzwerks. Folgende Musikalben veröffentlichte er: 1998 Privat (style french), 2000 Alles Relativ, 2004 Engel & Ratten, 2005 Schattenkrieger (All City Allstars feat. Spax), 2011 Unter dem Radar (als Die Profis mit DJ Mirko Machine), 2012 Zonen ändern dich nicht immer (als Die Profis mit DJ Mirko Machine), 2017 Wahrheit, 2019 Diamanten & Pechstein, 2021 Lucid-Übersinn.

Anmeldung erforderlich per E-Mail an Frau Christine Schmidt bis einschließlich 22.08.2024:
wsmens@fiph.de oder telefonisch: (0511) 16409-30

Die Teilnehmerzahl ist aufgrund der räumlichen Gegebenheiten begrenzt. Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Sie können der Verwendung Ihrer Adresse für die Einladung zur Preisverleihung jederzeit ohne Angabe von Gründen widersprechen: wsmens@fiph.de oder per Post an das Forschungsinstitut für Philosophie Hannover, Gerberstraße 26, 30169 Hannover.

Forschungsinstitut für Philosophie Hannover · Gerberstraße 26 · 30169 Hannover · Telefon: (0511) 16409-30 · E-Mail: wsmens@fiph.de · www.fiph.de

Kurz nach der Einladung der Evangelischen Akademie kam die gescannte und oben eingefügte Einladung des **Forschungsinstitut für Philosophie Hannover** mit der Post ins Haus. Das fiph macht aus einer Buchpreisverleihung immer in Hildesheim eine Veranstaltung in beeindruckenden Räumlichen Umfeld in Hildesheim. Hinterher gibt es immer einen kleinen Imbis an Stehtischen. Ich vermute, dass dabei die Teilnehmer auch zu dem Gehörten miteinander ins Gespräch kommen sollen. Das hat bei den beiden Malen, die ich dabei war nicht so recht geklappt. Es ist möglich, dass das nachdenken über das Gehörte die Münder verstopft hat oder dass die Besucher miteinander fremdelten. Obwohl Hildesheim in Km gedacht nicht so weit weg ist vom Steinhuder Meer, ist eine Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmit-

teine Fahrt, die nicht am gleichen Tag zurück führt. Ich muss daher auf meinen Besuch zur Buchpreisverleihung verzichten. Ich beschloss daher, wenigstens auf das Geschehen aufmerksam zu machen. Zu diesem Zweck wollte ich m Netz etwas über die Autorin des Buches „Fortschritt und Regression“ erfahren. Zu meiner Überraschung bin ich dann auf einen Vortrag mit dem gleichen Titel von der Autorin gestoßen:

<https://www.youtube.com/watch?v=4dQ7o7NZYVQ>

"Fortschritt und Regression" - Ein Vortrag von Prof. Dr. Rahel Jaeggi



[Humboldt-Universität zu Berlin](https://www.humboldt-universitaet-berlin.de/)

» 2.490 Aufrufe 08.02.2024

In ihrem Vortrag über „Fortschritt und Regression“ am 12.12.2023 plädierte Prof. Dr. Rahel Jaeggi dafür, beide Konzepte weiterhin als grundlegende sozialphilosophische Werkzeuge zu begreifen, da sich mit ihnen die gesellschaftlichen Transformationen der Gegenwart weiterhin fundiert kritisch betrachten ließen. Jaeggi löst das Begriffspaar von den teleologischen Modellen der Geschichtsphilosophie und begreift Regression als inhärenten Teil des Fortschritts. Die öffentliche Vortragsreihe „Theorie & Gesellschaft“ wird durch den Lehr- und Forschungsbereich Allgemeine Soziologie und Kulturosoziologie an der Humboldt-Universität ausgerichtet. «

Nun kann ich nicht aus jedem Gedankenfaden, der in einem Vortrag „gesponnen“ wird, gleich ein fertiges Kleidungsstück stricken, dazu muss man erst prüfen, für welche Stricknadeln und Stricktechnik der Faden geeignet ist. Man muss also erst die Eigenschaften des Fadens „verstehen“. Und das verstehen kommt nicht immer beim ersten mal Hören. Und da wir in der Politik starke Regressionen erleben – ich denke nicht nur an eine Verlagerung nach „rechts“ gerichteten Konzepten, sondern stärker an den militärischen Bereich – kam mir der Titel des Vortrages ganz vertraut vor. Eine Minderung der Regression kann dann schon als Fortschritt verstanden werden. Wenn eine Person oder eine Gesellschaft einen Weg gegangen ist, der sich als zunehmend unwegsam herausstellt, dann ist die Entscheidung den Weg bis dem Punkt zurückzugehen, von dem aus sich ein gangbarer Weg zeigt, eine fortschrittliche Regression. Das Gefährliche am Fortschritt und der Regression liegt also im Verharren ohne Überprüfung der Wirkungen.

00000

Ich mache jetzt auf eine vierte Einladung aufmerksam. Die aktuellen Termine sind vermutlich

uninteressant, wenn diese Zeilen ihre Leserin oder Leser findet. Von Interesse ist jeweils, wer hinter der Einladung steht und was vermittelt werden soll.

Fairconomy-Herbsttagung am 1. - 3. November 2024 in Wuppertal

Liebe Leserinnen und Leser dieser Rundmail,

hiermit möchte ich Sie/Euch freundlich auf unsere **nächste Fairconomy-Herbsttagung am Wochenende 1. – 3. November 2024** in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal aufmerksam machen und auch herzlich dazu einladen. Das in der beigefügten pdf-Datei enthaltene Programm gibt es auch auf unseren Internetseiten www.stiftung-geld-boden.de und www.inwo.de

Auf Ihre/Eure Anmeldungen freuen wir uns in unserem Vorbereitungskreis sehr. Bitte benutzen Sie dafür das **Anmeldeformular**, das Sie hier finden: <https://hwlink.de/Herbst2024>

Mit herzlichen Sommergrüßen

Werner Onken

Initiative für Natürliche
Wirtschaftsordnung (INWO)
&
Stiftung für Reform der
Geld- und Bodenordnung

E I N L A D U N G
FAIRCONOMY-HERBSTTAGUNG

**Ansätze einer
Geld-, Energie-
und
Klimawende**

VORTRÄGE UND DISKUSSIONEN
am Wochenende 1. bis 3. November 2024
Silvio-Gesell-Tagungsstätte | Wuppertal

Kontakte

Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
Werner Onken
E-Mail: onken@sozialoekonomie.info

Tagungsstätte: Silvio Gesell Tagungsstätte
Schanzenweg 86 | 42111 Wuppertal
Telefon: 02053-423766
E-Mail: mb@sgt-wuppertal.de
<https://sgt-wuppertal.de>
Anfahrt: <https://sgt-wuppertal.de/kontakt/anfahrt/>

EINFÜHRUNG

In den 1990er Jahren schrieb der namhafte Ökonom Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger von der Universität St. Gallen/Schweiz, dass 99 % der Menschen nicht über das Geldwesen nachdenken würden, obwohl sie alle täglich mit Geld umgehen und unter den Folgen der mangelhaften Funktion des Geldwesens leiden. In der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten (2008) traten diese Funktionsmängel des Geldwesens unübersehbar zutage. Nach einer kurzen Aufregung gab es jedoch eine allgemeine Rückkehr zum ‚business as usual‘. Und selbst die wenigen Menschen, die über das Geldwesen nachdachten, sprachen und sprechen bislang noch nicht mit einer Stimme. Zudem bringt die digitale Revolution neue Probleme und vielleicht auch Perspektiven für eine Geldwende mit sich.

Hinzu kommt ein immer offensichtlicher werdendes Scheitern der bisherigen Form der Energiewende. Die Energie- und Klimawende lässt sich obendrein nicht von einzelnen Staaten gestalten. Dafür braucht es eine globale Koordination aller Lösungsbemühungen auf der Ebene der Vereinten Nationen. Dies gilt auch für eine Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Geld-, Energie- und Klimawende sind miteinander zusammenhängende Teilaspekte einer immer dringlicher werdenden „Großen Transformation“ der herkömmlichen strukturell ungerechten, friedlosen und umweltzerstörerischen Wirtschaft. An ihrer Stelle braucht es gerechte, friedliche und naturverträgliche Strukturen. Hierüber wollen wir bei dieser 68. „Fairconomy“-Herbsttagung miteinander ins Gespräch kommen und laden Sie seitens der Veranstalter dazu herzlich ein.

ANMELDUNG

Ausführliche Informationen zur Anmeldung und ein Online-Formular finden Sie unter:
<https://hwiink.de/Herbst2024>

PROGRAMM

Freitag, 1. November 2024

- 19.45 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Oberwesel
- 20.00 Uhr **Kennenlernen und informeller Gedankenaustausch**

Samstag, 2. November 2024

- 9.15 Uhr **Die Zukunft des Zahlungsverkehrs mit dem digitalen Euro**
Dr. Max Danzmann, Berlin
- 10.45 Uhr Kaffeepause
- 11.15 Uhr **Fairconomy mit Felix Fuders Zinskonzept, Vollgeld und MMT – Gemeinsames und/oder Trennendes?**
Prof. Dr. Franz Schneider I.R.,
Westfälische Hochschule Zwickau
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Wie eine grüne Weltwährung ECOR mehr Klimagerechtigkeit für alle herstellen könnte**
Paula Haufe, M.A. Universität Witten-Herdecke, Doktorandin im Department für Philosophie, Politik und Ökonomik
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.30 Uhr **Energiewende am Ende?**
Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier Umwelt-Campus Birkenfeld
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Uhr **Vorstellung der Dissertation „Von der monetären Wirtschaftsanalyse zur Theorie einer Geldreform“**
Simon Papaud M.A. VWL und Wirtschaftssoziologie, Grenoble, Doktorand in Geschichte des ökonomischen Denkens an der Université de Picardie / Université Lumière Lyon 2
- Vorstellung des Buches „How to Fulfil the UN Sustainability Goals“**
Prof. Dr. Felix Fuders, Coordinator Right Livelihood Campus Austral, Universidad de Valdivia / Chile

Sonntag, 3. November 2024

- 9.15 Uhr **Die Monetäre(n) Strategie(n) des Ethereum-Netzwerks**
Tobias Hillie, M.Sc. Informatik, Kassel
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr **Diskussion zu den Vorträgen und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12.30 Uhr **Ende der Tagung**
Änderungen vorbehalten!

T.A.: Die Stiftung hat in der Vergangenheit schon wesentliche Arbeiten und Veröffentlichungen finanziert. Sie ist aber inzwischen finanziell so schwach, dass sie nicht einmal eine Halbtagsstelle für dringende Arbeiten finanzieren kann. Wer einsieht, dass die freiwirtschaftliche Aufklärungsarbeit erforderlich ist, sollte die Stiftung stärken, soweit sie oder er kann.

Wer einen Kontakt sucht oder Hilfe für das eigene Studium der NWO sucht, kann den folgenden Link nutzen: www.inwo.de Niemand sollte sich darauf verlassen, dass jemand anderes für sie die notwendige Arbeit übernimmt.

Ich schließe diese Datei 177.13.1 und hoffe, dass mir noch ein Neustart mit der Datei 177.13.2 gelingt.